



Einladung

Stadt Erlangen

Sozial- und Gesundheitsausschuss / Sozialbeirat

1. Sitzung • Dienstag, 26.01.2010 • 16:00 Uhr • Kleiner Sitzungssaal, Rathaus

Öffentliche Tagesordnung - 16:00 Uhr

**Inhaltsverzeichnis
siehe letzte Seite(n)**

1. Mitteilungen zur Kenntnis
- 1.1. Bewirtschaftung der Amtrücklage
hier: Anfrage von Frau Stadträtin Grille in der SGA-Sitzung vom
11.11.2009 50/001/2010
Kenntnisnahme
2. Sachstandsbericht zum SGB II-Vollzug in der Stadt Erlangen 501/001/2010
Beschluss
- 3. Haushaltsberatungen 2010**
- 3.1. Haushalt 2010 50/002/2010
Beschluss
- 3.2. Arbeitsprogramm 2010 50/003/2010
Beschluss
- 3.3. Ergebnishaushalt 2010 50/004/2010
Beschluss
- 3.4. Investitionshaushalt 2010 50/005/2010
Beschluss
- 3.5. Stellenplan 2010 50/006/2010
Beschluss
- 3.6. Antrag zum Haushalt 2010:
Arbeitsprogramm Sozialamt - Widerspruchsbehörde Rechtsamt
Fraktionsantrag 312/2009 Grüne Liste vom 01.12.2009 50/007/2010
Gutachten
4. Anfragen

Ich darf Sie hiermit zu dieser Sitzung einladen.

Erlangen, den 18. Januar 2010

STADT ERLANGEN
gez. Dr. Siegfried Balleis
Oberbürgermeister

Falls Tagesordnungspunkte dieser Sitzung aus Zeitgründen auf den nächsten Termin verschoben werden müssen, bitten wir Sie, die entsprechenden Unterlagen aufzubewahren und erneut mitzubringen.

DIE SITZUNGSUNTERLAGEN KÖNNEN AUCH UNTER WWW.STADTRAT.ERLANGEN.DE ABGERUFEN WERDEN.

Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:
V/50/VOA - 86 2249

Verantwortliche/r:
Herr Otto Vierheilig

Vorlagennummer:
50/001/2010

Bewirtschaftung der Amtrücklage

hier: Anfrage von Frau Stadträtin Grille in der SGA-Sitzung vom 11.11.2009

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Sozialbeirat	26.01.2010	öffentlich	Kenntnisnahm e	
Sozial- und Gesundheitsausschuss	26.01.2010	öffentlich	Kenntnisnahm e	

Beteiligte Dienststellen

I. Mitteilung zur Kenntnis

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen. Die Anfrage von Fr. Stadträtin Grille aus der SGA-Sitzung vom 11.11.2009 ist damit beantwortet.

Sachverhalt

Zur Finanzierung weiterer, unerwartet eingetretener Mehrkosten beim Neubau des Erlanger Frauenhauses in Höhe von 40.000 € hatte die Verwaltung in der SGA-Sitzung am 30.9.2009 einen Deckungsvorschlag unterbreitet, der vom SGA einstimmig gebilligt wurde. Dabei hatte die Verwaltung darauf verzichtet, den Kämmerer um eine entsprechende Mittelbereitstellung zulasten des städtischen Haushalts zu bitten. Vielmehr hatte das Sozialamt angeboten, die Gesamtsumme – in Abweichung zum SGA-Beschluss über die Verwendung des Budgetergebnisses 2008 – komplett zulasten der Amtrücklage des Sozialamtes zu finanzieren.

Aus diesem Vorgang schloss Frau Stadträtin Grille, dass es offenbar einen „Geheimtopf“ des Sozialamtes gebe, von dem die Stadträte keine Kenntnis hätten und der in keinen Haushaltsunterlagen auftauche. Es könne aber nicht angehen, dass das Sozialamt über „Geheimtöpfe“ in derartiger Größenordnung verfüge, ohne dass die Stadträte davon Kenntnis hätten. Sie forderte deshalb von der Verwaltung, dass ab sofort in jeder SGA-Sitzung eine Information über den aktuellen Stand dieses „Geheimtopfes“ des Sozialamtes gegeben werde.

Die Vorhaltungen von Frau Stadträtin Grille werden von der Verwaltung als sachlich falsch und als in höchstem Maße unberechtigt entschieden zurückgewiesen. Denn es handelt sich zum Einen weder um einen „Geheimtopf des Sozialamtes“, noch kann zum Anderen eine Rede davon sein, dass die Stadträte darüber keine Kenntnis hätten. Beides trifft nachweislich nicht zu:

Es handelt sich um die Budgetrücklage, die für jede Dienststelle (nicht nur für das Sozialamt) existiert und in die vom Stadtrat ein eventuelles, positives Budgetergebnis des Vorjahres übertragen wird. Dies ist im vergangenen Jahr durch Stadtratsbeschluss vom 27.5.2009 erfolgt. Darüber hinaus muss vorher durch Beschluss des zuständigen Fachausschusses die geplante Mittelverwendung aus der Budgetrücklage gebilligt werden. Dies ist im vergangenen Jahr durch SGA-Beschluss vom 6.5.2009 erfolgt. Frau Stadträtin Grille ist

Mitglied in beiden Gremien, so dass keine Rede von einem „Geheimtopf“ und auch keine Rede davon sein kann, die Stadträte hätten hiervon keine Kenntnis – zumal jedes Jahr in den Haushaltsunterlagen der Kämmerei über den Stand der Budgetrücklagen aller Dienststellen berichtet wird (siehe in den Unterlagen der heutigen Sitzung: Vorschlag der Kämmerei zum Grundsatzbeschluss Ergebnishaushalt 2010).

Im Gegenteil musste die Bereitstellung der 40.000 € aus der Amtrücklage zur Abdeckung der Mehrkosten beim Neubau des Frauenhauses zwingend dem SGA zur Beschlussfassung vorgelegt werden, da sie von der ursprünglich vom SGA beschlossenen Mittelverwendung aus der Budgetrücklage abweicht. Dies verdeutlicht die nachfolgende Gegenüberstellung der, vom SGA am 6.5.2009 beschlossenen Mittelverwendung für das positive Jahresergebnis 2008 mit den, bis Jahresende 2009 tatsächlich vorgenommenen Buchungen in der Amtrücklage des Sozialamtes:

Bestand der Amtrücklage aus 2007	38.617,32 €
+ Übertrag aus Jahresergebnis 2008	281.167,-- €
Bestand der Amtrücklage am 27.5.2009	319.784, 32 €

	Mittelverwendung lt. SGA v. 6.5.09	Buchungen bis 31.12.2009
Mehrkosten Neubau Frauenhaus lt. Eilverfügung des Oberbürgermeisters vom 24.7.2008	176.167,- €	176.167,- €
Zuschuss Eingliederungsmittel GGFA	25.000,- €	25.000,- €
Teilweise Neumöblierung der Wöhrmühle	30.000,- €	27.930,04 €
Fenstererneuerung in den Verfügungswohnungen Bayreutherstr. 68	20.000,- €	14.573,78 €
FN-Funkanlage für Schwerhörige im Ratssaal	10.000,- €	5.789,99 €
Möblierung Büros Seniorenbetreuerinnen	10.000,- €	2.000,- €
Fortbildungskosten	unbeziffert	nicht benötigt
Supervisionskosten	unbeziffert	1.234,98 €
Öffentlichkeitsarbeit i. Bereich Senioren/Behinderte	unbeziffert	11.331,79 €
Übertrag Seniorenreisen	unbeziffert	nicht benötigt
Kosten Sozialbericht	unbeziffert	4.622,- €
Technische u. sonst. Ausstattung des Sozialamtes	unbeziffert	205,- €
Weitere Mehrkosten Neubau Frauenhaus	nicht vorgesehen	40.000,- €

Stand der Amtrücklage am 31.12.2009	10.929,74 €
-------------------------------------	-------------

- II. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
- III. Zum Vorgang

Anlage Abstimmung zur Vorlage: 50/001/2010

Referat Amt
V 50 DVB

Tel. Nr.:
09131/86- 2444

**Bewirtschaftung der Amtsrücklage
hier: Anfrage von Frau Stadträtin Grille in der SGA-Sitzung vom 11.11.2009**

Abstimmung:

Kenntnisnahme des Sozialbeirat am 26.01.2010
mit gegen Stimmen.

.....
Vorsitzender

.....
Berichterstatter

Kenntnisnahme des Sozial- und Gesundheitsausschuss am 26.01.2010
mit gegen Stimmen.

.....
Vorsitzender

.....
Berichterstatter

Referat Amt
V 50 VOA

Tel. Nr.:
09131/86- 2249

Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2008 des Amtes 50

Beratungsfolge	Termin	öff.	nöff.	Vorlagenart	Abstimmungsergebnis		
					einstimmig	für	gegen Prot.verm.
SB	06.05.09	X		Gutachten	X		
SGA	06.05.09	X		Beschluss	X		

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

- Gutachten
Das bereinigte Gesamtbudgetergebnis 2008 des Amtes 50 in Höhe von 3.199.296, 44 € wird begutachtet. Dem vorgesehenen Übertrag von 281.167 € wird zugestimmt.
- Beschluss
Mit dem Vorschlag zur Verwendung des Budgetübertrages 2008 in Höhe von 281.167 € und Verwendung der Restmittel in der Budgetrücklage des Amtes 50 von 38.617,32 € besteht, vorbehaltlich der Beschlussfassung über die Übertragung der Budgetergebnisse durch den Stadtrat, Einverständnis.

II. Begründung

- Das bereinigte Sachkostenbudgetergebnis 2008 des Amtes 50 beträgt 3.147.630, 27 € (Vorjahr: 572.203,66 €). Das Sachkostenbudget des Sozialamts (inklusive der Hartz IV-Ausgaben) ist relativ schwierig im Voraus zu kalkulieren und – angesichts der überwiegend gesetzlich festgelegten Leistungsansprüche – nur in äußerst geringem Umfang durch Verwaltungsentscheidungen zu beeinflussen. Das außergewöhnlich hohe, positive Budgetergebnis ist im wesentlichen zum einen durch Minderausgaben im Bereich des SGB II (Unterkunftskosten für Hartz IV-Empfänger) verursacht (wegen der Erstellung des Erlanger Mietenspiegels zum Ende 2007 war für das Jahr 2008 mit einer spürbaren Anhebung der Mietobergrenzen zu rechnen gewesen, deren Umfang im Zeitpunkt der Aufstellung des Haushaltsplans noch nicht konkret bezifferbar war. Darüber hinaus hat sich auch in 2008 erfreulicherweise die Anzahl der Hartz IV-Empfänger in Erlangen verringert). Andererseits hat zum positiven Budgetergebnis auch stark beigetragen, dass die Übernahme von Sozialhilfaufgaben im Bereich des SGB XII durch den Bezirk im Laufe des Jahres 2008 Stück für Stück erfolgt ist – im Zeitpunkt der Aufstellung des Haushaltsplans jedoch noch vorsorglich die Aufgabenerfüllung durch die Stadt einkalkuliert werden musste.
- Das bereinigte Personalkostenbudgetergebnis 2008 des Amtes 50 beträgt 51.666,17 € (Vorjahr: 81.212,57 €). Es ist – verteilt über alle vier Abteilungen – ausschließlich zurückzuführen auf Krankheitszeiten, bzw. Zeitspannen, in denen vorhandene Planstellen nicht besetzt waren.
- Das Arbeitsprogramm 2008 konnte wie geplant erfüllt werden.
- Unter Berücksichtigung der vorgeschriebenen 70%igen Rückgabe an den Haushalt beläuft sich das eigentlich zu übertragende Gesamtergebnis aus dem Budget 2008 des Amtes 50 auf insgesamt 959.788,93 €. Das Sozialamt hat sich mit dem Finanzreferat darauf verständigt, daraus einen Betrag von 678.621,93 € zusätzlich an den städtischen Haushalt zurückzugeben und nur einen Teilbetrag in Höhe von 281.167 € in die Amtrücklage zu übertragen.
- Zusammen mit dem, noch in der Amtrücklage vorhandenen Betrag von 38.617,32 € aus dem Ergebnis 2007 schlägt die Verwaltung folgende Verwendung des Budgetübertrages vor:

- Nach ausführlicher Befassung durch Gebäudemanagement und Rechnungsprüfungsamt wurde durch Eilverfügung des Oberbürgermeisters nach Art. 37 GO vom 24.07.2008 eine Übernahme von Mehrkosten beim Neubau des Frauenhauses in Höhe von bis zu 264.000 € durch die Stadt Erlangen (Sozialamt) zugesichert - abzüglich einer eventuellen Kostenübernahme durch den Landkreis Erlangen-Höchstadt. Diese zusätzliche Kostenbelastung war bei der Aufstellung des Haushalts 2009 nicht berücksichtigt worden, kann jetzt aber aus dem Budgetergebnis 2008 finanziert werden. Da der Landkreis sich zu einer zusätzlichen Abdeckung der Finanzierungslücke beim Neubau des Frauenhauses in Höhe von 87.833 € bereit erklärt hat, verbleibt für die Stadt Erlangen die Abdeckung einer Finanzierungslücke von 176.167 €. In Abstimmung mit dem Finanzreferat soll die Abdeckung dieser städtischen Verpflichtung über das zu übertragende Budgetergebnis 2008 des Amtes 50 erfolgen.
- Ebenfalls in Abstimmung mit dem Finanzreferat soll aus dem Budgetergebnis 2008 des Sozialamtes ein Zuschuss in Höhe von 25.000 € an die GGFA für die Betreuung und Eingliederung Langzeitarbeitsloser gehen. Die Ausstattung der GGFA mit Eingliederungsmitteln des Bundes ist heuer sehr knapp – in der (ohnehin gestrafften) Budgetplanung der GGFA ist auch noch ein nicht unerhebliches, ungedecktes Defizit zu verkraften. Gerade angesichts der sich verschlechternden Konjunkturlage ist es besonders wichtig, dass die Eingliederungsbemühungen für Langzeitarbeitslose in Erlangen auf dem bisherigen Niveau fortgeführt werden können.
- Erneuerung des Mobiliars im Dachgeschoss des Übernachtungswohnheimes Wöhrmühle (ca. 30.000 €). Die Wöhrmühle als städtisches Übernachtungsheim für Obdachlose und Durchreisende feiert heuer als städtische Einrichtung das 80jährige bestehen.
- Erneuerung der Fenster und weitere Verbesserungen im Verfügungswohnungsgebäude Bayreuther Str. (ca. 20.000 €).
- Neue Anschaffung einer mobilen FN-Funkanlage für Schwerhörige (10.000 €).
- Möblierung der demnächst neu einzurichtenden beiden Altenbetreuerbüros (10.000 €).
- Fortbildungskosten für die Mitarbeiterschaft
- Fortführung von Supervisions-Angeboten für die Mitarbeiterschaft
- Unterstützung von Öffentlichkeitsarbeit im Senioren- und Behindertenbereich (Seniorenratgeber, Stadtplan über barrierefreie nutzbare Einrichtungen und Gebäude, Wegweiser und Flyer für Behinderte, Aktion „eine Rampe für eine Stufe“ usw.)
- Übertrag des Einnahmeüberschusses aus dem Bereich „Seniorenreisen 2008“ für die Seniorenreisen 2009
- Finanzierung des zusätzlichen Personalaufwandes in der Statistikabteilung des Rechtsamts zur Erstellung eines städtischen Sozialberichts
- Diverse Verbesserungen in der technischen Ausstattung unserer Büroräume (z. B. Anschaffung eines Laptops usw.)

III. Abstimmung

Gutachten des Sozialbeirates

einstimmig

Beschluss des Sozial- und Gesundheitsausschusses

einstimmig

gez. Dr. Preuß
Vorsitzende/r des

gez. Dr. Preuß
Berichterstatter/in

IV. **Beschlusskontrolle**

Datum	Gremium	Umsetzung
--------------	----------------	------------------

V. Kopie <Amt 50> zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Kopie an <Referat II> zur Kenntnis.

VII. Kopie an <Amt 50> zum Vorgang

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
V/50/VOA - 86 2249

Verantwortliche/r:
Herr Otto Vierheilig

Vorlagennummer:
501/001/2010

Sachstandsbericht zum SGB II-Vollzug in der Stadt Erlangen

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Sozialbeirat	26.01.2010	öffentlich	Gutachten	
Sozial- und Gesundheitsausschuss	26.01.2010	öffentlich	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

Die Ausführungen von Sozialamt und GGFA zum Stand der Umsetzung des SGB II in der Stadt Erlangen werden zustimmend zur Kenntnis genommen.

II. Begründung

Sachbericht

1. Entwicklung der Fallzahlen

Bis Jahresende 2009 hat sich der erwartete, konjunkturbedingte Anstieg der Fallzahlen eigentlich noch nicht spürbar eingestellt - im Gegenteil: Gerade bei den arbeitslos gemeldeten SGB II-Empfängern war im Dezember wieder ein Rückgang zu verzeichnen, so dass wir mit einer SGB II-Arbeitslosenquote von 2,5 % immer noch ganz nahe am besten Wert seit Einführung des Hartz IV-Gesetzes (2,3 % im Dez. und Jan. vor einem Jahr) liegen.

2. KdU-Bundesbeteiligung 2010

Am 4.12.2009 hat der Bundestag das Gesetz zur Neufestlegung der KdU-Bundesbeteiligung beschlossen, wonach der in Bayern gültige Wert ab 1.1.2010 von 25,4 % auf 23,0 % absinkt. Seit Einführung der derzeit geltenden, nach unserer Auffassung nicht sachgerechten Berechnungsformel im Jahr 2007 ist damit diese Bundesbeteiligung von 31,2 % (damals 4,35 Mrd. €) auf jetzt 23,0 % (3,73 Mrd. €) zurückgegangen – die KdU-Kostenbelastung der Kommunen ist dagegen im gleichen Zeitraum von 9,3 Mrd. € auf ca. 12 Mrd. € angestiegen. Zur Problematik dieser gesetzlichen Berechnungsformel wird auf die ausführliche Darstellung im Sachstandsbericht zur letzten SGA-Sitzung am 11.11.09 verwiesen.

Allerdings hat der Bundesrat in seiner Sitzung am 18.12.2009 diesem Gesetzesentwurf die Zustimmung verweigert und den Vermittlungsausschuss angerufen. Der Bundesrat fordert – ebenso wie die Kommunalen Spitzenverbände – eine neue, an den tatsächlichen Unterkunftskosten ausgerichtete Berechnungsformel.

Das Gesetz konnte deshalb zum 1.1.2010 nicht in Kraft treten. Zu erwarten ist jedoch, dass der Bundestag den Einspruch des Bundesrats mit absoluter Mehrheit zurückweisen wird (es handelt sich um ein nicht zustimmungspflichtiges Gesetz). Trotz des fehlenden In-Kraft-Tretens hat sich das BMAS mit Schreiben vom 21.12.09 bereit erklärt, die KdU-Anteile des Bundes ab 1.1.2010 auf der Basis dieses Gesetzentwurfes zu überweisen.

3. Neuordnung der SGB II - Behördenstruktur

Nachdem im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP die Überführung der Argen in getrennte Aufgabenwahrnehmung (eine Lösung, die nach Meinung fast aller Fachleute als die schlechteste Lösung für alle Betroffenen angesehen wird), sowie die unbefristete Weiterarbeit der 69 bestehenden Optionskommunen beschlossen wurde, fand am 25.11.2009 in Hamburg eine Konferenz der Arbeits- und Sozialminister der Länder (ASMK) statt. Überraschenderweise wurde hier mit 15:1 (mit Enthaltung Baden-Württembergs) eine andere Lösung befürwortet, nämlich eine GG-Änderung zur Rettung der Argen.

Etwas zum gleichen Zeitpunkt veröffentlichte das BMAS (die dritte und vorerst letzte Fassung datiert vom 11.12.09) ein sog. Eckpunktepapier, in dem erläutert wird, wie sich das BMAS die Zusammenarbeit von Bundesagentur und Kommune in der getrennten Aufgabenwahrnehmung konkret vorstellt. Gleichzeitig wird in diesem Eckpunktepapier aber auch erläutert, wie das BMAS künftig die Optionskommunen „an die kurze Leine nehmen“ möchte, nämlich mit einer faktischen Aufsichtsfunktion des BMAS an den Ländern vorbei, sowie mit einer vollen Haftung der kommunalen Haushalte gegenüber dem Bund sowohl nach Rechtmäßigkeits-, wie auch nach Zweckmäßigkeitsgesichtspunkten (selbstverständlich allein jeweils nach der Sichtweise des BMAS) – und das alles auch noch mit Verzinsungspflicht. Man kann sagen, dass in diesem Eckpunktepapier wieder alle „Folterinstrumente“ zum Vorschein gekommen sind, die im BMAS jemals gegen Optionskommunen erträumt wurden. Wir sind jedoch optimistisch, dass derartige Absonderlichkeiten keine Chancen auf Realisierung haben, obwohl angesichts des zwischenzeitlich eingetretenen Ministerwechsels von Herrn Jung zu Frau von der Leyen die inhaltliche Position der BMAS-Spitze derzeit schwer einzuschätzen ist.

In einer eigens zur SGB II-Organisationsreform einberufenen Sonder-ASMK am 14.12.2009 wurde die kritische Haltung der Länder gegenüber der, vom Bund geplanten getrennten Aufgabenwahrnehmung nochmals deutlicher und detailliert vorgetragen. Gleichzeitig zeigten sich die Länder für eine Änderung der Verfassung zur Rettung der Argen und zu einer „Weiterentwicklung der Optionsmodelle“ ausdrücklich gesprächsbereit. Darüber hinaus wird die Notwendigkeit betont, die Möglichkeit der Option einmalig für weitere optionswillige Kommunen zu öffnen. Dieser Beschluß wurde mit 10 Ja-Stimmen gegen 5 Nein-Stimmen (Berlin, Brandenbg., Bremen, Rheinl-Pf., Thüringen) bei 1 Enthaltung (Meck-Pom.) gefasst.

Wenige Tage zuvor war das Ergebnis einer aktuellen Umfrage des Deutschen Landkreistages unter den insgesamt 240 Landkreisen, die an einer Arge beteiligt sind, bekannt geworden. Danach sprachen sich 171 Landkreise dafür aus die Option zu ziehen, wenn ihnen das Gesetz hierfür die Möglichkeit eröffnen würde.

Inzwischen liegen dem Bundestag einige Gesetzesvorschläge zur Frage der SGB II-Organisationsreform vor:

- Gesetzesentwürfe der SPD-Fraktion (BT-Dr. 17/181 und 17/182), in denen eine GG-Änderung vorgeschlagen wird zur Rettung der Argen (und in einem verbesserten Entwurf auch zur Absicherung der 69 bestehenden Optionskommunen). Dabei wird das frühere ZAG-Modell (Zentrum für Arbeit und Grundsicherung) des ehemaligen Ministers Scholz vollinhaltlich wiederholt. In der Bundestagsdebatte vom 17.12.09 über ihre Entwürfe hat die SPD-Bundestagsfraktion sogar ausdrücklich auch eine Zustimmung zu einer „moderaten Öffnung der Option“ für weitere optionswillige Kommunen angeboten.
- Gesetzesentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (BT-Dr. 17/206), der ebenfalls auf eine GG-Änderung zur Rettung der Argen, aber auch auf eine verfassungsrechtliche Absicherung der Option und auf eine einmalige, unbeschränkte Öffnung der Option zielt.
- Ein weiterer Gesetzesantrag liegt dem Bundesrat von den Ländern Berlin, Bremen und Rheinland-Pfalz vor (BR-Dr. 876/09), in dem ebenfalls die verfassungsrechtliche Absicherung der Argen, sowie auch der 69 bestehenden Optionskommunen vorgeschlagen wird (jedoch keine Öffnung der Option).

Seit dem ist bis zum Tag der Erstellung dieser Vorlage keine neue Entwicklung mehr eingetreten. Auch wenn alle Redner der CDU/CSU-Fraktion in der Bundestagsdebatte am 17.12.09 auf einer Lösung ohne Verfassungsänderung bestanden haben, muss doch konstatiert werden, dass seit dem Abschluss des Koalitionsvertrages wieder Bewegung in die Sache gekommen ist.

Es ist damit zu rechnen, dass eine endgültige Entscheidung auf der politischen Ebene bis etwa Februar/März 2010 gefunden sein muss, wenn bis Mitte 2010 eine Verabschiedung des notwendigen Gesetzesvorhabens gelingen soll. Dann hätten die betroffenen Verwaltungen in Deutschland gerade noch ein halbes Jahr für die erforderlichen organisatorischen Umstellungen, um die Frist des Bundesverfassungsgerichts (31.12.2010) einhalten zu können.

4. Kindergelderhöhung 2010

Im Dezember 2009 wurde das Wachstumsbeschleunigungsgesetz beschlossen, das auch eine Erhöhung des Kindergeldes brachte – von dem SGB II-Empfänger allerdings tatsächlich nicht profitieren. Es war nicht einmal eine Übergangsregelung vorgesehen, so dass das erhöhte Kindergeld (ebenso wie die erhöhten Unterhaltsleistungen) als höhere Einkünfte zum 1.1.2010 zu berücksichtigen war und in allen betroffenen Fällen zum Januar 2010 Änderungsbescheide zu erlassen waren.

5. Anträge nach § 44 SGB X

Offenbar auf Anregung einer entsprechenden Internetseite erreichte uns zum Jahresende eine große Anzahl von Anträgen nach § 44 SGB X. Nach dieser Vorschrift, die lt. Rechtsprechung auch im SGB II gilt, müssen zu Unrecht verweigerte Sozialleistungen – auch nach Unanfechtbarkeit der Bescheide – rückwirkend bis längstens 4 Jahre vor der Bescheidkorrektur, bzw. vor Eingang eines entsprechenden Antrags nachgezahlt werden. Die Antragsteller spekulieren dabei auf eine Entscheidung aus Karlsruhe (zu erwarten etwa zur Jahresmitte), wonach die Hartz IV-Regelsätze – also nicht nur die Kinderregelsätze – für verfassungswidrig erklärt werden könnten. Man erhofft sich dann die Nachzahlung erhöhter Regelsätze rückwirkend zum 1.1.2005.

Ob jemals die rechtlichen Voraussetzungen für solche Nachzahlungen – und in welcher Höhe – eintreten werden, ist jedoch derzeit noch völlig ungewiss. Jedenfalls vor der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts können diese zahlreichen Anträge nicht bearbeitet werden.

6. Ausblick

Bedingt durch die Bundestagswahl und den anschließenden Regierungswechsel gibt es derzeit noch keinen beschlossenen Bundeshaushalt 2010. Wir werden deshalb zunächst im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung wohl mit leicht gekürzten Abschlagszahlungen vorlieb nehmen müssen.

Zwischenzeitlich liegt die Eingliederungsmittelverordnung 2010 (EingIMV) vor. In dieser Eingliederungsmittelverordnung werden jährlich Höhe und Verteilung der Bundesmittel für die Eingliederungsleistungen und für Verwaltungskosten detailliert geregelt. Nach einer ersten Einschätzung erscheinen die Mittel für das Haushaltsjahr 2010 als auskömmlich.

Anlagen: Anlage Eckwerte
Anlage monatlicher Mittelverbrauch
Sachstandsbericht der GGFA

III. Abstimmung

siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Sachstandsbericht der GGFA
Berichtsmonat: November 2009

Inhaltsverzeichnis

<u>1</u>	<u>Aktuelle Entwicklungen</u>	<u>3</u>
<u>2</u>	<u>Verlauf Eckwerte</u>	<u>4</u>
<u>3</u>	<u>Statistische Auswertungen</u>	<u>5</u>
3.1	Verteilung der Kunden nach Kundentypen und Geschlecht (15-65)	5
3.2	Entwicklung der Kundentypen	8
<u>4</u>	<u>Rechtsanspruchsdauer Arbeitslosengeld I nach Alter</u>	<u>9</u>
<u>5</u>	<u>Fallmanagement</u>	<u>10</u>
5.1	Betreuungsschlüssel	10
5.2	Aktivierung von Jugendlichen, Stand November 2009	10
5.3	Reporting Profiling	12
5.4	Verbleib der X-, Y-, Z-Kunden im Alter von 15-24	12
5.5	Verbleib aller X-, Y-, Z-Kunden im Alter von 15 – 65 Jahren	13
5.6	Kunden mit Einkommen aus Erwerbstätigkeit oder Selbstständigkeit	13
<u>6</u>	<u>In Anspruch genommene Integrationsinstrumente</u>	<u>15</u>
6.1	In Anspruch genommene Integrationsinstrumente Jan bis Nov 2009	15
6.2	Gesamtausgaben für Eingliederungsmittel	16
6.3	Ausgaben für Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekte auf AGH-Basis	16
<u>7</u>	<u>Personalvermittlung</u>	<u>17</u>
7.1	Gesamteingliederungssituation mit Branchenverteilung	17
7.2	Entwicklung der 914 Eingliederungen und Ausbildungsplatzbesetzung	18
7.3	Verteilung der Eingliederungen nach Altersgruppen	18
7.4	Verteilung der Eingliederungen nach Umfang und Art der Beschäftigung und Ausbildung	19
7.5	Verteilung der Eingliederungen nach Altersgruppen und Arbeitgeberförderung	19
7.6	Eingliederungen/Vermittlungen – Frauen/Männer nach Altersgruppen	20
7.7	Anteil Eingliederungen/Vermittlungen mit Migrationshintergrund	20
<u>8</u>	<u>Finanzauswertungen</u>	<u>21</u>
8.1	Eingesetzte Mittel aus Verwaltungs- und Integrationsbudget	21
8.2	Ausgaben für eingesetzte Integrationsinstrumente	22
8.3	Jahresübersicht Eingliederungsmittel und Mittelabruf	23
8.4	Jahresübersicht Verwaltungskosten und Mittelabruf	24

1 Aktuelle Entwicklungen

Arbeitsmarkt

Erfreulicherweise ist für Dezember 2009 sogar ein geringer Rückgang der SGB II Langzeitarbeitslosen zu verzeichnen, der sich jedoch nicht auf die Alg II Quote von weiterhin 2,5 % niederschlägt.

Bereits in den ersten Tagen des neuen Jahres konnten einige Vermittlungen vollzogen werden, was uns für die Gesamtjahresentwicklung 2010 hoffen lässt.

Die kompletten Statistikzahlen für das Jahr 2009, deren Bewertung und die Jahresziele für 2010 sind im nächsten SGA Bericht zu finden.

Bundesmittel 2010

Die in der ersten Jahreswoche erhaltene Eingliederungsverordnung des Bundesministerium für Arbeit und Soziales legt die bundesweite Verteilung der Verwaltungsmittel als auch der Integrationsmittel fest, dieses Jahr unter dem Vorbehalt einer vorläufigen Haushaltsführung.

Eine erste Hochrechnung ergibt, dass die GGFA-Planbedarfe für 2010 abgedeckt werden.

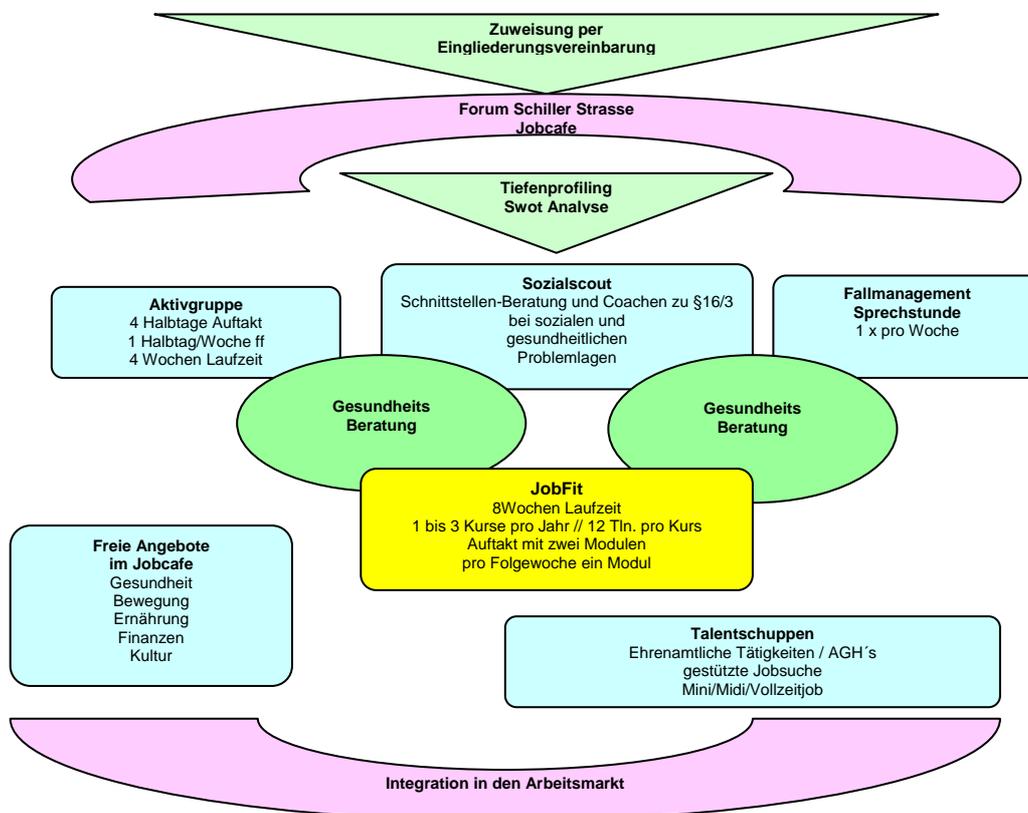
Planungssicherheit haben wir letztlich nicht nach dem Erhalt der Mittelzuweisung Ende Januar, sondern erst, wenn im Frühsommer 2010 der Bundeshaushalt beschlossen wird.

Perspektive 50plus im Jahr 2010

Im Dezember haben wir den Zuwendungsbescheid für 2010 in der Höhe der beantragten Summe von € 765.000,-€ erhalten. Insgesamt konnte die GGFA, die die finanzverantwortliche Stelle und Koordinator des Paktes ist, für 2010 2.4730.000,- € Bundesmittel für den 50plus Pakt mit den Paktpartnern der SGB II Arbeitsgemeinschaften der Stadt Ingolstadt und der Landkreise Amberg-Sulzbach, Eichstätt, Pfaffenhofen und Neuburg-Schrobenhausen für 2010 anwerben.

Inhaltlich wurde das Perspektive 50plus Programm um ein neues Finanzierungsmodell C erweitert, auf dessen Grundlage vor allem marktferne ältere Langzeitarbeitslose in erster Linie primär aktiviert werden sollen.

Das Konzept der GGFA zum Finanzierungsmodell C zeigt folgendes Schaubild:



2 Verlauf Eckwerte

Entwicklung der Basiszahlen SGB II mit Vormonatsvergleich

	Dez 08	Jan 09	Feb 09	Mrz 09	Apr 09	Mai 09	Jun 09	Jul 09	Aug 09	Sep 09	Okt 09	Nov 09	Dez 09
Bedarfsgemeinschaften*	2412	2490	2484	2567	2581	2600	2586	2619	2616	2554	2532	2551	2563
Veränderung gg Vormonat	0,71%	3,23%	-0,24%	3,34%	0,56%	0,74%	-0,54%	1,28%	-0,11%	-2,37%	-0,86%	0,76%	0,47%
erwerbsfähige Hilfebedürftige (eHb)*	3198	3294	3292	3398	3420	3445	3414	3471	3471	3347	3340	3351	3377
Veränderung gg Vormonat	0,69%	3,00%	-0,06%	3,22%	0,65%	0,73%	-0,90%	1,67%	0,00%	-3,57%	-0,21%	0,33%	0,78%
eHb unter 25 Jahre*	552	550	585	589	594	598	589	602	576	575	565	572	583
Veränderung gg Vormonat	-0,90%	-0,36%	6,36%	0,68%	0,85%	0,67%	-1,51%	2,21%	-4,32%	-0,17%	-1,74%	1,24%	1,92%
Sozialgeldempfänger*	1444	1425	1460	1461	1445	1442	1397	1416	1419	1388	1394	1394	1428
Veränderung gg Vormonat	0,14%	-1,32%	2,46%	0,07%	-1,10%	-0,21%	-3,12%	1,36%	0,21%	-2,18%	0,43%	0,00%	2,44%
Arbeitslose SGB II	1323	1332	1363	1384	1383	1435	1471	1452	1485	1473	1402	1448	1413
Veränderung gg Vormonat	-2,29%	0,68%	2,33%	1,54%	-0,07%	3,68%	6,36%	1,18%	0,95%	1,45%	-5,59%	-1,70%	0,78%
davon Arbeitslose SGB II unter 25 Jahre	109	100	115	117	112	118	111	100	98	103	111	121	113
Veränderung gg Vormonat	-1,80%	-8,26%	15,00%	1,74%	-4,27%	5,36%	-5,93%	-9,91%	-2,00%	5,10%	7,77%	9,01%	-6,61%
Aktivierbare Kunden (A-E)	1933	1986	2040	2080	2112	2158	2140	2151	2125	2065	2049	2066	2082
Veränderung gg Vormonat	0,26%	2,74%	2,72%	1,96%	1,54%	2,18%	-0,83%	0,51%	-1,21%	-2,82%	-0,77%	0,83%	0,77%
Aktivierbare Kunden u25 (A-E) inkl JiA	245	273	289	293	302	301	287	290	268	235	235	247	249
Veränderung gg Vormonat	0,00%	11,43%	5,86%	1,38%	3,07%	-0,33%	-4,65%	1,05%	-7,59%	-12,31%	0,00%	5,11%	0,81%
Arbeitslosenquote Erlangen gesamt	3,7%	4,2%	4,3%	4,3%	4,4%	4,4%	4,4%	4,5%	4,7%	4,6%	4,4%	4,5%	4,4%
Veränderung gg Vormonat	2,78%	13,51%	2,38%	0,00%	2,33%	0,00%	0,00%	2,27%	4,44%	-2,13%	-4,35%	2,27%	-2,22%
Arbeitslosenquote SGBII Erlangen	2,3%	2,3%	2,4%	2,4%	2,4%	2,5%	2,6%	2,5%	2,6%	2,6%	2,4%	2,5%	2,5%
Veränderung gg Vormonat	-4,17%	0,00%	4,35%	0,00%	0,00%	4,17%	4,00%	-3,85%	4,00%	0,00%	-7,69%	4,17%	0,00%
Arbeitslosenquote SGBIII Erlangen	1,4%	1,9%	1,9%	1,9%	2,0%	1,9%	1,8%	2,0%	2,1%	2,1%	2,0%	2,0%	2,0%
Veränderung gg Vormonat	16,67%	35,71%	0,00%	0,00%	5,26%	-5,00%	-5,26%	11,11%	5,00%	0,00%	-4,76%	0,00%	0,00%

* bis August 2009 entgeltliche Werte (t-3), ab September vorläufige Werte

17/117

3 Statistische Auswertungen

3.1 Verteilung der Kunden nach Kundentypen und Geschlecht (15-65) Monatsauswertung

November 09	01.11.2009		bis		30.11.2009					
Männer:	15-24		25-49		50-58		59-65		Gesamt (15-65)	
A - Kunden	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%
B - Kunden	21	3,5%	90	4,4%	10	1,8%	1	0,4%	122	3,5%
C - Kunden	59	10,0%	205	10,0%	21	3,8%	3	1,2%	288	8,3%
D - Kunden	56	9,5%	350	17,1%	94	17,0%	6	2,3%	506	14,7%
E - Kunden	7	1,2%	106	5,2%	106	19,1%	25	9,7%	244	7,1%
Zwischensumme A bis E	143	24,2%	751	36,7%	231	41,7%	35	13,6%	1160	33,6%
X - Kunden	50	8,4%	226	11,0%	63	11,4%	13	5,1%	352	10,2%
Y - Kunden	80	13,5%	2	0,1%	1	0,2%	71	27,6%	154	4,5%
Z - Kunden	6	1,0%	9	0,4%	2	0,4%	3	1,2%	20	0,6%
Zwischensumme X bis Z	136	23,0%	237	11,6%	66	11,9%	87	33,9%	526	15,2%
Zwischensumme Männer	279	47,1%	988	48,2%	297	53,6%	122	47,5%	1686	48,9%

Frauen:	15-24		25-49		50-58		59-65		Gesamt (15-65)	
A - Kunden	0	0,0%	2	0,1%	0	0,0%	0	0,0%	2	0,1%
B - Kunden	14	2,4%	43	2,1%	5	0,9%	0	0,0%	62	1,8%
C - Kunden	47	7,9%	194	9,5%	15	2,7%	2	0,8%	258	7,5%
D - Kunden	39	6,6%	276	13,5%	65	11,7%	8	3,1%	388	11,2%
E - Kunden	4	0,7%	76	3,7%	87	15,7%	29	11,3%	196	5,7%
Zwischensumme A bis E	104	17,6%	591	28,9%	172	31,0%	39	15,2%	906	26,3%
X - Kunden	139	23,5%	454	22,2%	84	15,2%	14	5,4%	691	20,0%
Y - Kunden	63	10,6%	2	0,1%	1	0,2%	81	31,5%	147	4,3%
Z - Kunden	7	1,2%	13	0,6%	0	0,0%	1	0,4%	21	0,6%
Zwischensumme X bis Z	209	35,3%	469	22,9%	85	15,3%	96	37,4%	859	24,9%
Zwischensumme Frauen:	313	52,9%	1060	51,8%	257	46,4%	135	52,5%	1765	51,1%

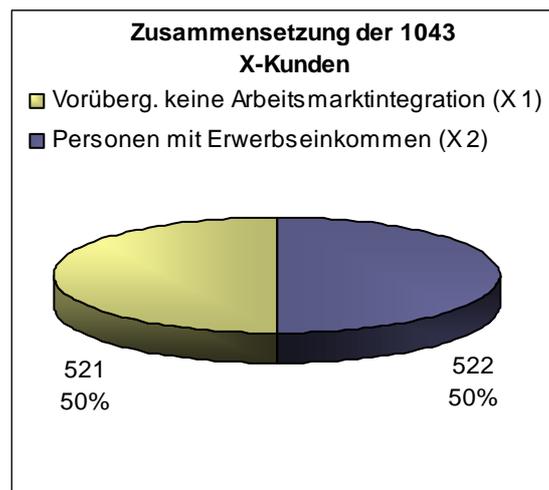
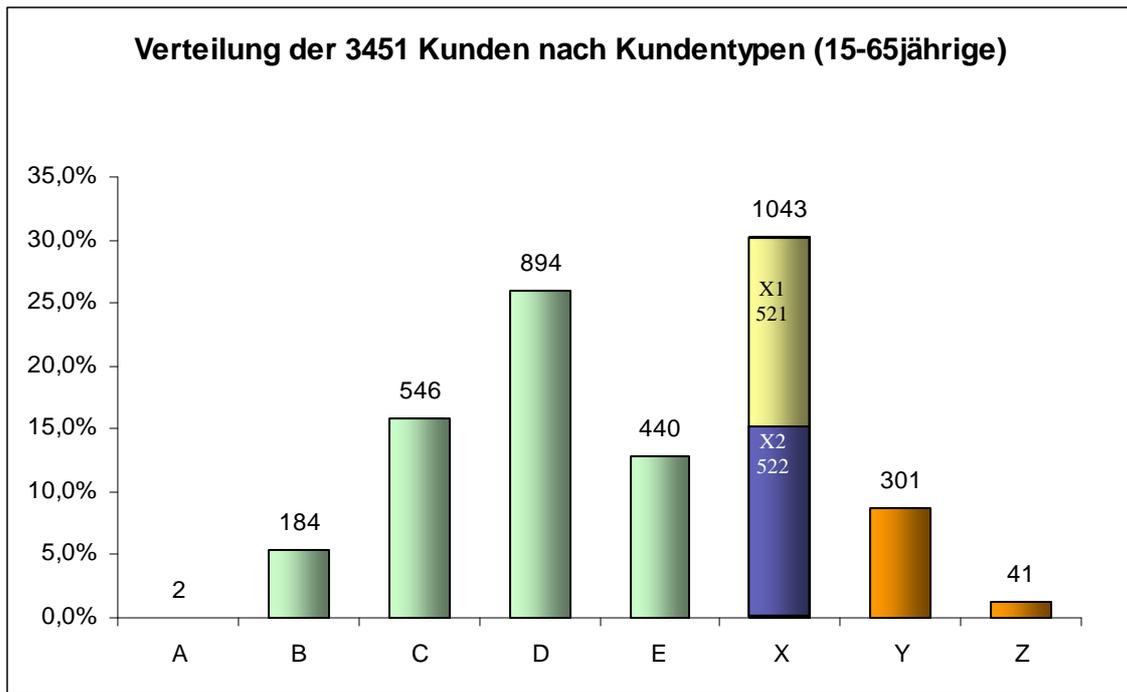
Alle Kunden:	15-24		25-49		50-58		59-65		Gesamt (15-65)	
A - Kunden	0	0,0%	2	0,1%	0	0,0%	0	0,0%	2	0,1%
B - Kunden	35	5,9%	133	6,5%	15	2,7%	1	0,4%	184	5,3%
C - Kunden	106	17,9%	399	19,5%	36	6,5%	5	1,9%	546	15,8%
D - Kunden	95	16,0%	626	30,6%	159	28,7%	14	5,4%	894	25,9%
E - Kunden	11	1,9%	182	8,9%	193	34,8%	54	21,0%	440	12,7%
Zwischensumme A bis E	247	41,7%	1342	65,5%	403	72,7%	74	28,8%	2066	59,9%
X - Kunden	189	31,9%	680	33,2%	147	26,5%	27	10,5%	1043	30,2%
Y - Kunden	143	24,2%	4	0,2%	2	0,4%	152	59,1%	301	8,7%
Z - Kunden	13	2,2%	22	1,1%	2	0,4%	4	1,6%	41	1,2%
Zwischensumme X bis Z	345	58,3%	706	34,5%	151	27,3%	183	71,2%	1385	40,1%
Gesamtkunden	592	100%	2048	100%	554	100%	257	100,0%	3451	100%

Vorjahr November 2008

November 08	01.11.2008		bis		30.11.2008					
Männer:	15-24		25-49		50-58		59-65		Gesamt (15-65)	
A - Kunden	0	0,0%	4	0,2%	0	0,0%	0	0,0%	4	0,1%
B - Kunden	14	2,4%	81	4,0%	6	1,1%	0	0,0%	101	3,0%
C - Kunden	47	8,0%	176	8,8%	23	4,4%	2	0,9%	248	7,4%
D - Kunden	59	10,1%	337	16,8%	114	21,7%	6	2,6%	516	15,4%
E - Kunden	23	3,9%	91	4,5%	86	16,3%	4	1,7%	204	6,1%
Zwischensumme A bis E	143	24,4%	689	34,3%	229	43,5%	12	5,2%	1073	32,0%
X - Kunden	55	9,4%	242	12,1%	45	8,6%	4	1,7%	346	10,3%
Y - Kunden	77	13,1%	2	0,1%	2	0,4%	98	42,4%	179	5,3%
Z - Kunden	6	1,0%	17	0,8%	2	0,4%	3	1,3%	28	0,8%
Zwischensumme X bis Z	138	23,5%	261	13,0%	49	9,3%	105	45,5%	553	16,5%
Zwischensumme Männer	281	47,9%	950	47,4%	278	52,9%	117	50,6%	1626	48,5%

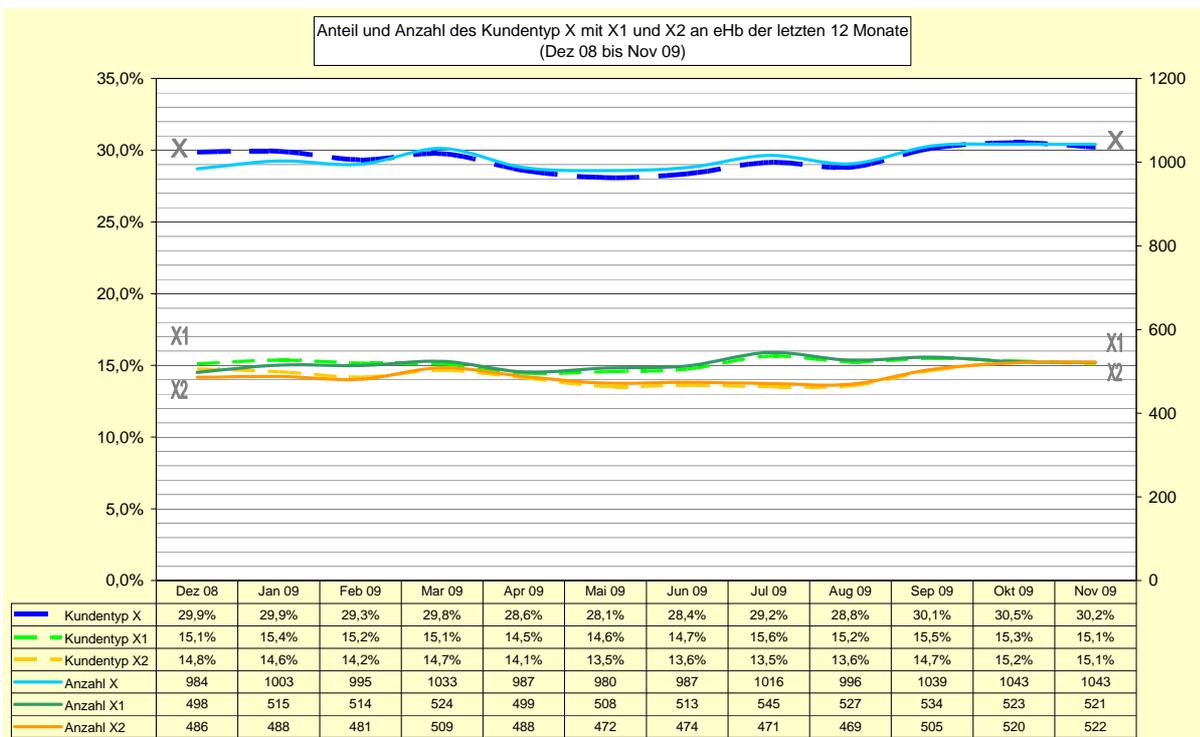
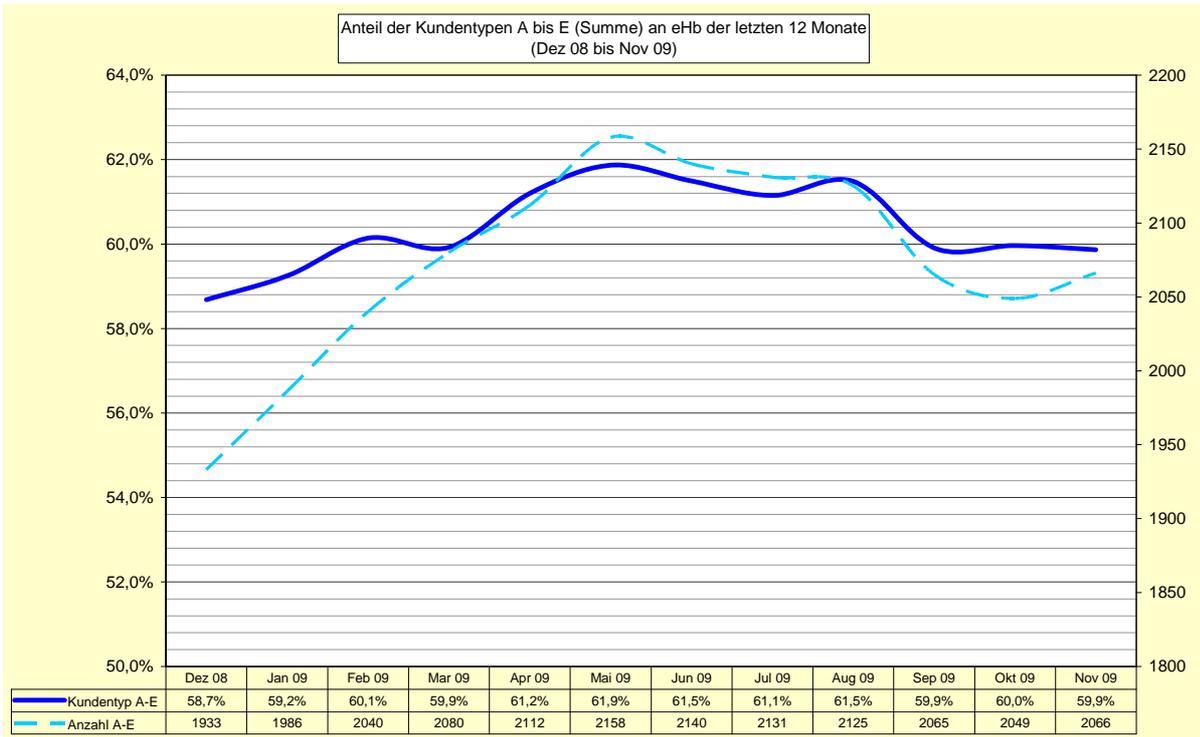
Frauen:	15-24		25-49		50-58		59-65		Gesamt (15-65)	
A - Kunden	0	0,0%	3	0,1%	0	0,0%	0	0,0%	3	0,1%
B - Kunden	16	2,7%	60	3,0%	6	1,1%	0	0,0%	82	2,4%
C - Kunden	36	6,1%	157	7,8%	13	2,5%	0	0,0%	206	6,1%
D - Kunden	33	5,6%	290	14,5%	69	13,1%	6	2,6%	398	11,9%
E - Kunden	17	2,9%	61	3,0%	81	15,4%	7	3,0%	166	5,0%
Zwischensumme A bis E	102	17,4%	571	28,5%	169	32,1%	13	5,6%	855	25,5%
X - Kunden	130	22,1%	466	23,2%	74	14,1%	5	2,2%	675	20,1%
Y - Kunden	63	10,7%	1	0,0%	2	0,4%	92	39,8%	158	4,7%
Z - Kunden	11	1,9%	18	0,9%	3	0,6%	4	1,7%	36	1,1%
Zwischensumme X bis Z	204	34,8%	485	24,2%	79	15,0%	101	43,7%	869	25,9%
Zwischensumme Frauen:	306	52,1%	1056	52,6%	248	47,1%	114	49,4%	1724	51,5%

Alle Kunden:	15-24		25-49		50-58		59-65		Gesamt (15-65)	
A - Kunden	0	0,0%	7	0,3%	0	0,0%	0	0,0%	7	0,2%
B - Kunden	30	5,1%	141	7,0%	12	2,3%	0	0,0%	183	5,5%
C - Kunden	83	14,1%	333	16,6%	36	6,8%	2	0,9%	454	13,6%
D - Kunden	92	15,7%	627	31,3%	183	34,8%	12	5,2%	914	27,3%
E - Kunden	40	6,8%	152	7,6%	167	31,7%	11	4,8%	370	11,0%
Zwischensumme A bis E	245	41,7%	1260	62,8%	398	75,7%	25	10,8%	1928	57,6%
X - Kunden	185	31,5%	708	35,3%	119	22,6%	9	3,9%	1021	30,5%
Y - Kunden	140	23,9%	3	0,1%	4	0,8%	190	82,3%	337	10,1%
Z - Kunden	17	2,9%	35	1,7%	5	1,0%	7	3,0%	64	1,9%
Zwischensumme X bis Z	342	58,3%	746	37,2%	128	24,3%	206	89,2%	1422	42,4%
Gesamtkunden	587	100%	2006	100%	526	100%	231	100,0%	3350	100%



- A - Kunden: Direkte Arbeitsmarktintegration
- B - Kunden: Direkte Arbeitsmarktintegration mit Förderungsangeboten
- C - Kunden: Orientierung und Qualifizierung mittelfristig in den ersten Arbeitsmarkt
- D - Kunden: Arbeitsmarktintegration längerfristig möglich - zunächst Arbeitserprobung und -gewöhnung, soziale Stabilisierung
- E - Kunden: 25 – 65 jährige: Arbeitsgelegenheiten zur sozialen Stabilisierung sinnvoll/gewünscht, aber Arbeitsmarktintegration auch längerfristig unwahrscheinlich
15 - 24 jährige: Vermittlungsprojekt Jugend in Ausbildung
- X - Kunden: 1 Vorübergehend keine Arbeitsmarktintegration: vorübergehend materielle Grund-sicherung (Personen im Erziehungsurlaub, Personen, die Pflege für Angehörige übernommen haben, psychisch beeinträchtigte Personen)
2 Personen mit Erwerbseinkommen aus maximal zumutbarer Beschäftigung, das nicht für den Bedarf der Bedarfsgemeinschaft ausreicht
- Y - Kunden: Längerfristig keine Arbeitsmarktintegration - materielle Grundsicherung
- Z - Kunden: Status ungeklärt

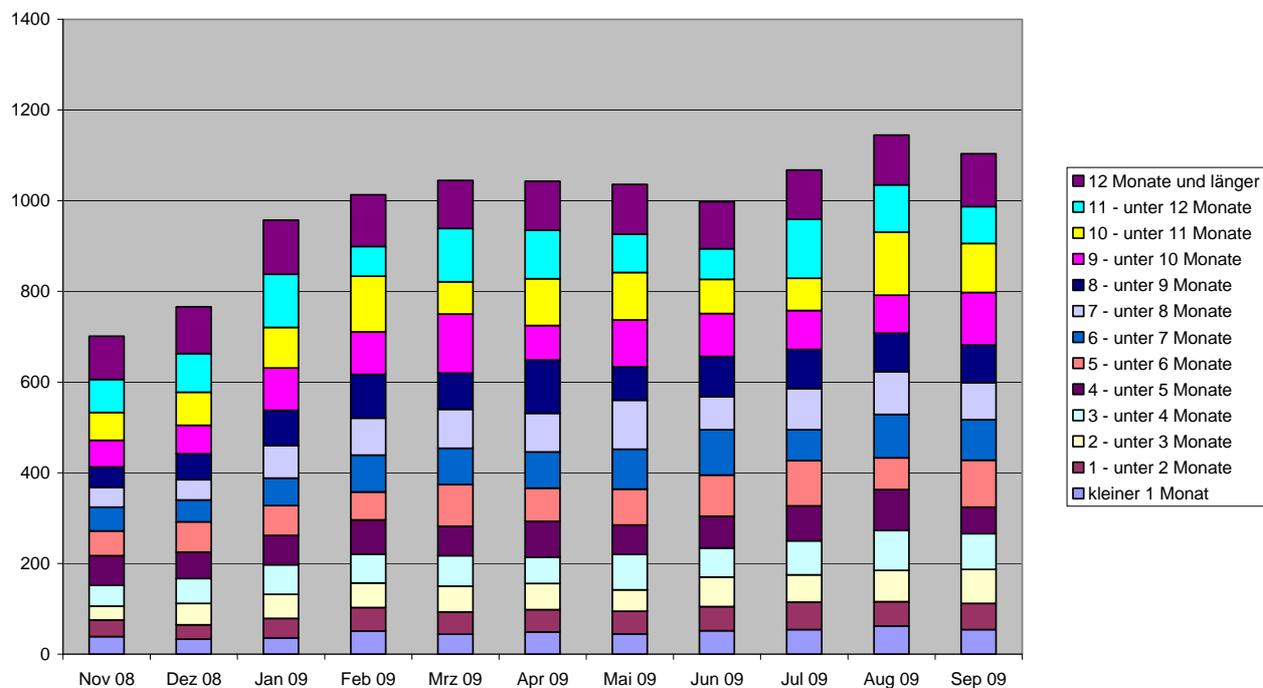
3.2 Entwicklung der Kundentypen



4 Rechtsanspruchsdauer Arbeitslosengeld I nach Alter

Die Tabelle zeigt t-2 Werte. Nach Aussagen der BA ist von einem Übergang ins SGB II von ca. 30% auszugehen.

Restanspruchsdauer Alg 1 - alle Altersgruppen



Verlauf Restanspruchsdauer Arbeitslosengeld I

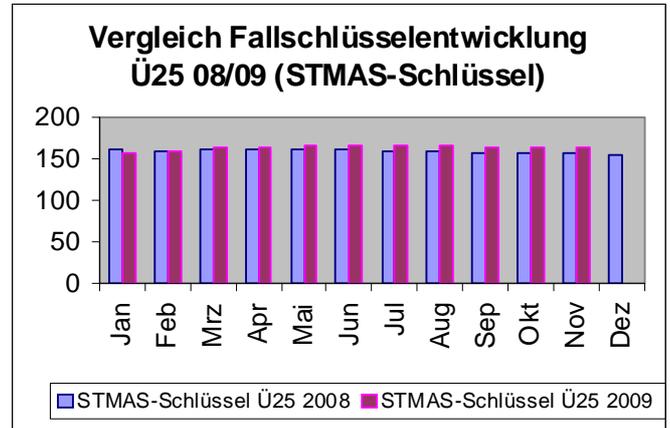
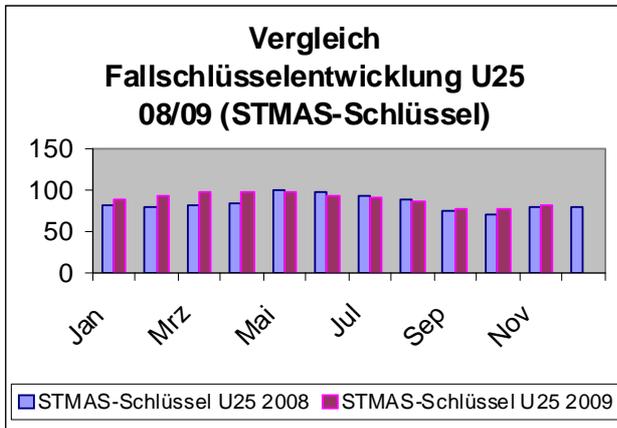
Restanspruchsdauer	Nov 08	Dez 08	Jan 09	Feb 09	Mrz 09	Apr 09	Mai 09	Jun 09	Jul 09	Aug 09	Sep 09
Alle											
kleiner 1 Monat	39	33	36	51	44	49	45	52	54	62	54
1 - unter 2 Monate	36	32	43	52	49	49	50	53	61	54	58
2 - unter 3 Monate	31	47	53	54	57	58	47	65	60	69	75
3 - unter 4 Monate	46	55	65	64	67	58	78	64	75	88	79
4 - unter 5 Monate	65	58	65	75	65	79	65	70	77	90	58
5 - unter 6 Monate	55	67	66	62	92	73	79	91	100	70	104
6 - unter 7 Monate	52	48	60	81	80	80	88	100	68	96	89
7 - unter 8 Monate	44	45	72	82	86	85	108	73	91	94	82
8 - unter 9 Monate	45	57	78	96	80	118	74	89	86	85	83
9 - unter 10 Monate	59	63	93	94	130	76	103	94	86	84	116
10 - unter 11 Monate	61	73	90	123	71	103	105	76	71	139	108
11 - unter 12 Monate	73	85	117	65	118	107	85	67	130	104	81
12 Monate und länger	95	103	119	114	106	108	109	104	109	110	117
Alo Alg I - Alle	701	766	957	1013	1045	1043	1036	998	1068	1145	1104

5 Fallmanagement

5.1 Betreuungsschlüssel

Gemäß StMAS-Definition

Erwachsene : **164,2** Fälle pro Fallmanager
Jugendliche: **80,3** Fälle pro Fallmanager



5.2 Aktivierung von Jugendlichen, Stand November 2009

Gesamtkunden (A-Z) im Alter von 15-24: 592
- davon aktivierbare Kunden (A-E): **247 (41,7 %)**

A) Übersicht über die aktivierbaren Jugendlichen nach Zuständigkeiten

- Kunden in Betreuung durch die Personalvermittlung (A/B):	35
- Kunden in Betreuung durch das Jugend-Fallmanagement (C-D):	201
- Schüler vorgemerkt für Jugend in Ausbildung 2010 (E):	<u>11</u>
	247

B) Übersicht über die aktivierbaren Jugendlichen nach bisherigen Aktivitäten

- wurden beraten oder warten auf geplanten Maßnahmebeginn	22
- sind im aktiven Vermittlungsprozess in Arbeit durch die PV	24
- während der Ausbildung in Betreuung	0
- haben schon mind. 1 Integrationsangebot absolviert	73
- befinden sich aktuell in Maßnahmen	117
- Schüler vorgemerkt für Jugend in Ausbildung 2010(E):	<u>11</u>
	247

C) Verteilung der aktuell aktivierten jugendlichen Kunden nach Art der Aktivierungsmaßnahme (Stichtagsbetrachtung 30.11.2009)

Betreuende Maßnahmen (Transit, AQUA, Quickstep, Alst)	74
EDV-Qualifizierung (GGFA)	0
MAE, extern	2
BRK-Pflegeprojekt	0
Qualifizierung und Beschäftigung in GGFA-Werkstätten	11
Praktikum	1
Sprachkurs	4
EQ	6
Nachholen des Schulabschlusses, Integrationskurs, BVB, BVJ	14
Berufliche Qualifizierung (BaE, JuWe Eltersdorf)	5
sind im aktiven Vermittlungsprozess in Arbeit durch die PV	24
Schüler vorgemerkt für Jugend in Ausbildung 2010	11
Summe	152

D) Verbleib der Kunden, die derzeit nicht in Maßnahmen sind

Verweigerer	25
Kranke/Suchtkranke	11
Maßnahme geplant	
Jugendmaßnahme	11
MAE intern oder extern	3
sonstige Maßnahme	8
Multiple Problemlagen	3
werden aus dem Bezug fallen	3
Arbeit oder Ausbildung in Ausblick	
Arbeit	0
Ausbildung	0
Sprachprobleme	0
nicht behebbare Vermittlungshemmnisse	1
Kunde in TZ/MJ	7
Kinderbetreuung nicht gewährleistet	2
Kunde kommt aus einer Maßnahme	17
keine Angaben	1
im Laufe des Monats Bezug beendet	3
Summe	95

E) Übersicht über die aktivierbaren Jugendlichen nach Schulabschluss

Schulabschluss	Anzahl	%-Anteil
Keine Angabe	2	0,8%
Kein Abschluss	56	22,7%
In schulischer Ausbildung	11	4,5%
Sonstiger Schulabschluss	4	1,6%
Abschluss der Sonderschule	20	8,1%
Hauptschulabschluss	89	36,0%
Qual. Hauptschulabschl. Klasse 10	37	15,0%
Mittlere Reife	16	6,5%
Fachhochschulreife	1	0,4%
Abitur	5	2,0%
ausländischer Schulabschluss	6	2,4%
Summe	247	100,0%

5.3 Reporting Profiling

Berichtszeitraum 01.11.2009 - 30.11.2009

Anzahl der noch nicht durchgeführten Profilings am 30.11.2009	168
Anzahl der noch nicht erfolgten Einladungen am 30.11.2009	5
Anzahl der verabredeten und zugesandten Einladungen (teils mehrfach)	95
Anzahl der vergebenen Termine 2 Wochen nach 30.11.2009	56

Anzahl Neumeldungen 01.11.2009 -30.11.2009	109
--	------------

Anzahl Einladungen	102
Durchgeführte Profilings	54
Entschuldigt	40
Anzahl der Sanktionen	8
davon 1. Sanktion	4
davon 2. Sanktion	2
davon 3. Sanktion	2
Entscheidung über Sanktion noch offen	4

Nicht bewilligt (nach stattgefundenem Profiling)	21
--	-----------

Anzahl nicht gemeldeter Fälle mit dem Kennzeichen "0" und "leer"	154
--	------------

5.4 Verbleib der X-, Y-, Z-Kunden im Alter von 15-24

Grund	X	Y	Z	Summe
Mitwirkungspflicht aus gesundheitlichen/psychischen Gründen beschränkt §10 Abs.1 Nr.1 SGBII (Arbeit aus gesundheitlichen/psychischen Gründen nicht zumutbar)	1			1
Mitwirkungspflicht wegen Kinderbetreuung beschränkt §10 Abs.1 Nr.3 SGBII (Kinderbetreuung)	47			47
Mitwirkungspflicht wegen Schulbesuch beschränkt §10 Abs.1 Nr.5 SGBII	23	107		130
Status in Klärung - Einladung zum Profiling erhalten			13	13
Summe eingeschränkte Mitwirkungspflicht	71	107	13	191
Einkommen aus Erwerbstätigkeit (X2) Personen mit Erwerbseinkommen aus maximal zumutbarer Beschäftigung, das nicht für den Bedarf der Bedarfsgemeinschaft ausreicht	60	10		70
Sonstiges	58	26		84
Summe	189	143	13	345

5.5 Verbleib aller X-, Y-, Z-Kunden im Alter von 15 – 65 Jahren

Grund	X	Y	Z	Summe
Mitwirkungspflicht aus gesundheitlichen/psychischen Gründen beschränkt §10 Abs.1 Nr.1 SGBII (Arbeit aus gesundheitlichen/psychischen Gründen nicht zumutbar)	79			79
Mitwirkungspflicht wegen Kinderbetreuung beschränkt §10 Abs.1 Nr.3 SGBII (Kinderbetreuung)	239			239
Mitwirkungspflicht wegen der Betreuung Angehöriger beschränkt §10 Abs.1 Nr.4 SGBII	13			13
Mitwirkungspflicht wegen Schulbesuch beschränkt §10 Abs.1 Nr.5 SGBII	23	107		130
Status in Klärung - Einladung zum Profiling erhalten			41	41
Summe eingeschränkte Mitwirkungspflicht	354	107	41	502
Eingeschränkte Verfügbarkeit (58-iger Regel)		150		150
Einkommen aus Erwerbstätigkeit (X2) Personen mit Erwerbseinkommen aus maximal zumutbarer Beschäftigung, das nicht für den Bedarf der Bedarfsgemeinschaft ausreicht	522	37		559
Sonstiges	167	7		174
Summe	1043	301	41	1385

5.6 Kunden mit Einkommen aus Erwerbstätigkeit oder Selbstständigkeit

Stand 30.11.2009

	Aktivierbare Kunden A - E	mit max möglicher Beschäftigung (X2)	nicht mitwirkungs- pflichtige Kunden Y	Status in Klärung Z	Summe
0€- 150€ (keine MAE)	97	35	19	0	151
151€- 400€	223	89	14	2	328
401€- 600€	61	84	3	3	151
601€- 800€	33	103	0	0	136
801€- 1000€	15	96	0	0	111
>1001€	13	115	1	0	129
Summe	442	522	37	5	1006

B) Kunden mit Einkommen aus Erwerbstätigkeit oder Selbstständigkeit nach Einkommensart

	Nov 09
Einkünfte aus Erwerbstätigkeit	950
Einkünfte aus Selbstständigkeit / Gewerbebetrieb	56
Summe	1006

C) Entwicklung der Kundenzahlen nach Höhe der angerechneten Einkommen aus Erwerbstätigkeit und Selbständigkeit

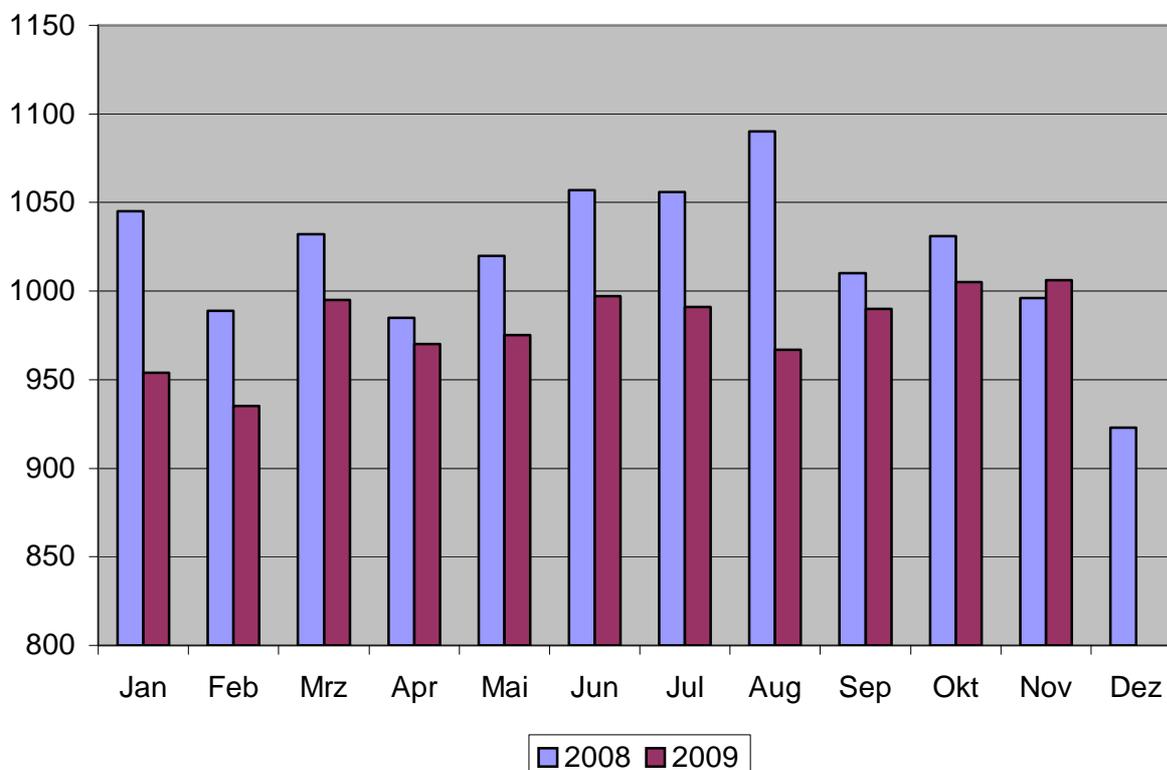
2008

	01/08	02/08	03/08	04/08	05/08	06/08	07/08	08/08	09/08	10/08	11/08	12/08
0€ - 150€	135	130	144	152	153	148	160	161	151	143	141	123
151€ - 400€	376	356	376	350	360	363	361	370	345	345	319	305
401€ - 600€	159	139	136	135	131	156	151	136	137	160	137	116
601€ - 800€	134	136	141	129	134	131	141	153	138	132	129	125
801€ - 1000€	115	106	106	96	102	105	111	109	114	116	126	120
>1001€	126	122	129	123	140	154	132	161	125	135	144	134
Summe	1045	989	1032	985	1020	1057	1056	1090	1010	1031	996	923

2009

	01/09	02/09	03/09	04/09	05/09	06/09	07/09	08/09	09/09	10/09	11/09
0€ - 150€	139	138	157	156	159	168	171	162	175	159	159
151€ - 400€	321	321	334	328	335	339	329	321	332	356	356
401€ - 600€	131	131	150	141	148	151	160	146	133	143	143
601€ - 800€	141	141	154	154	134	144	133	136	138	127	127
801€ - 1000€	97	97	102	98	102	95	91	90	111	109	109
>1001€	125	107	98	93	97	100	107	112	101	111	111
Summe	954	935	995	970	975	997	991	967	990	1005	1005

Vergleich Anzahl der Personen mit Einkünften aus Erwerbstätigkeit und Selbständigkeit in 2008 und 2009

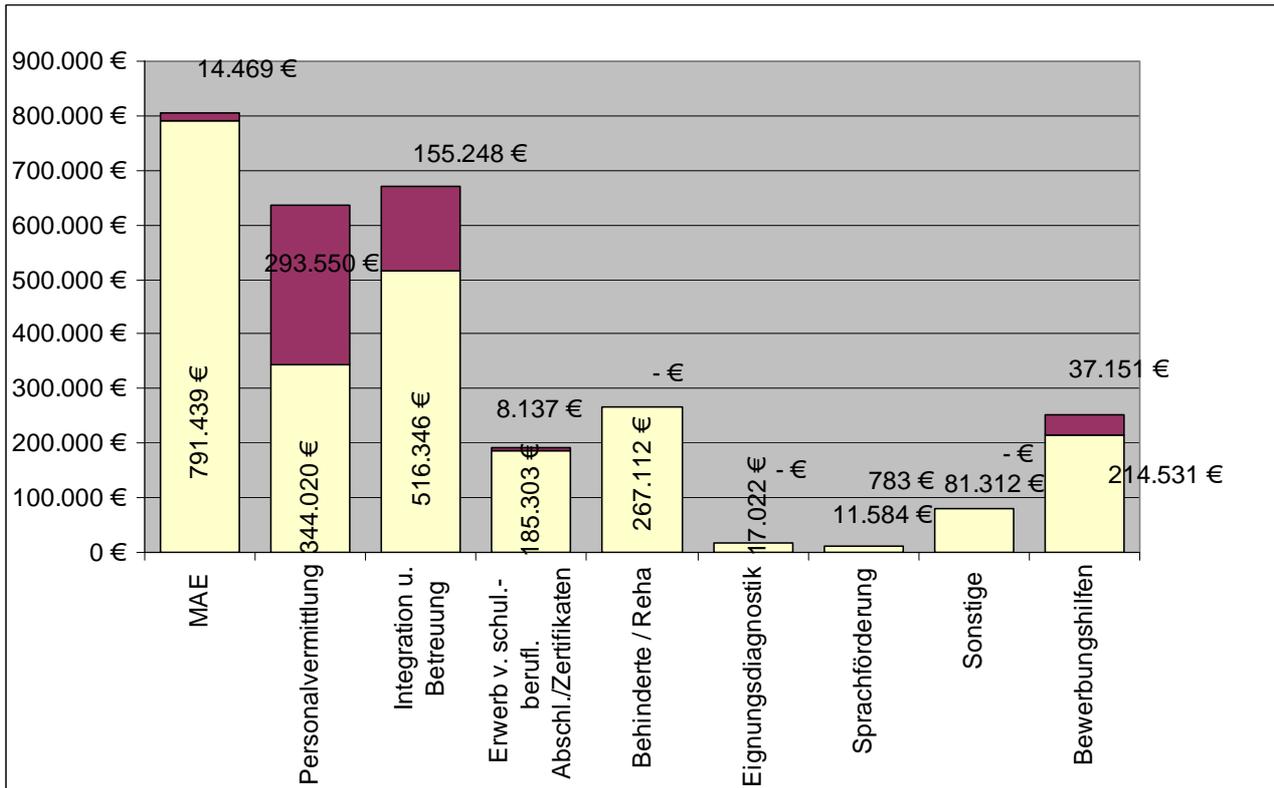


6 In Anspruch genommene Integrationsinstrumente

6.1 In Anspruch genommene Integrationsinstrumente Jan bis Nov 2009

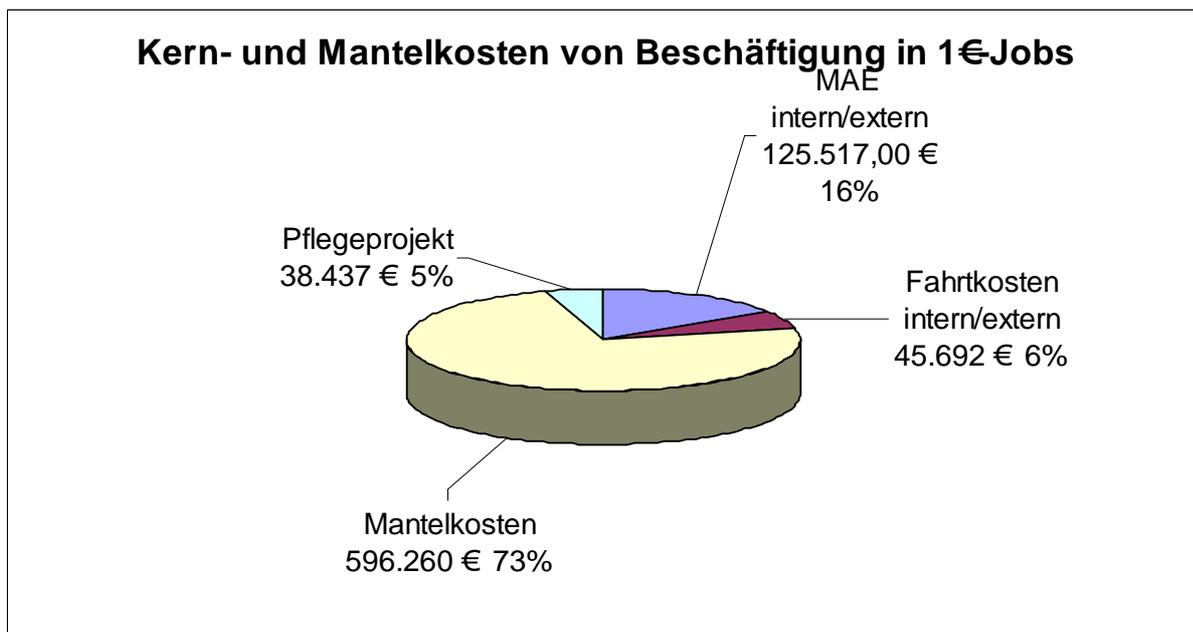
Kosten	Instrument	Träger	Ges.	ü 25	u 25	w	m
267.112 €	Behinderte / Reha						
	Beratung und Vermittlung	Access	66	60	6	18	48
	Berufliche Rehabilitation	diverse	10	10	0	4	6
		Summe	76	70	6	22	54
17.022 €	Eignungsdiagnostik						
	Profiling	GGFA	748	565	183	351	397
	Überprüfung gesundheitl. Situation	Gesundheitsamt	40	32	8	21	19
	Seminare "Existenzgründung"	GGFA	66	62	4	14	52
		Summe	854	659	195	386	468
11.584 €	Sprachförderung						
	Berufsbezogene Sprachförderung	diverse	42	39	3	33	9
	Integration Sprachkurse (FK + Büchergeld)	diverse	51	49	2	33	18
		Summe	93	88	5	66	27
185.303 €	Erwerb. v. schul./berufl. Abschl./Zert.						
	externe Schulabschlüsse	VHS und andere	6	4	2	3	3
	Qualifizierung Betreuung/Pflege/Medizin	diverse	46	45	1	32	14
	IT.BASICS	GGFA	82	81	1	33	49
	eKontor/newStep/4service!	GGFA	49	48	1	27	22
	gewerbl. -technische Qualifizierungen	diverse	37	31	6	3	34
	sonstige Qualifizierungen	diverse	6	6	0	5	1
		Summe	226	215	11	103	123
516.346 €	Integration u. Betreuung						
	Projekt Alleinerziehende	GGFA	26	26	0	26	0
	EQ / BaE	Arbeitgeber/GGFA	19	0	19	8	11
	AQuA (ESF)	GGFA	53	0	53	17	36
	Last minute	GGFA	21	0	21	11	10
	quick step	GGFA	83	63	20	30	53
	transit	GGFA	122	11	111	52	70
	Ausbildung Holzfachwerker	JUWE	5	0	5	0	5
	Verbundausbildung	Transit e.K.	5	0	5	2	3
	Anlaufstelle (u25 + ü25)	GGFA	63	29	34	26	37
	abH	GGFA	14	1	13	5	9
		Summe	411	130	281	177	234
	209.647 €	Arbeitsgelegenheiten / MAE+Fahrtkosten					
HAWI (TZ-Qualifizierung)		GGFA	45	43	2	45	0
bike and more		GGFA	72	65	7	2	70
Pflegeprojekt (incl. Qualifizierung)		BRK	26	24	2	21	5
MAE extern (incl. MAE-Coach)		exteme Träger	37	31	6	21	16
MAE GGFA (incl. Qualifizierung + Betreuung)		GGFA	265	229	36	45	220
Sozialintegrative MAE (entfristet)		GGFA	8	8	0	2	6
596.260 €	Mantelkosten&ESF-Restkosten MAE-Projekte	GGFA u. BRK					
	Summe		453	400	53	136	317
214.531 €	Bewerbungshilfen						
	Unterstützung Erstellung Bew.-Unterlagen	GGFA	1.112	952	160	443	669
	Summe		1.112	952	160	443	669
Kommune	Psycho-soziale Beratung (§16a SGB II)						
	Schuldnerberatung/Insolvenzverfahren	Kommune	60	54	6	25	35
	Suchtberatung/Psycho-soziale Beratung	Kommune	40	31	9	13	27
	Summe		100	85	15	38	62
344.020 €	Arbeitgeber-Förderung, Existenzgründung						
	Einarbeitungszuschüsse	Summe	92	84	8	46	46
509.338 €	fifty up						
	Integration Sprachkurse (FK + Büchergeld)	diverse	9	9	0	7	2
14.469 €	MAE	GGFA+Extern	58	58	0	18	40
	sozialintegrative MAE (entfristet)	GGFA +Extern	5	5	0	1	4
	50 up Jobfabrik (incl. TN ü25 = 11)	GGFA	65	65	0	32	33
	Einarbeitungszuschüsse	Arbeitgeber	46	46	0	14	32
	Männercoaching	GGFA	31	31	0	0	31
	Frauencoaching	GGFA	38	38	0	38	0
	Aktivwoche	GGFA	69	69	0	34	35
	Summe		321	321	0	144	177
81.312 €	Sonstige						
2.938.006 €	Gesamtsumme		3.738	3.004	734	1.561	2.177

6.2 Gesamtausgaben für Eingliederungsmittel (2.938.006 €)



rot = fifty up Mittel
gelb = EGT-Mittel

6.3 Ausgaben für Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekte auf AGH-Basis (805.908 €)



7 Personalvermittlung

7.1 Gesamteingliederungssituation mit Branchenverteilung

Eingliederungen kumuliert im Zeitraum: 01.01.2009 bis 16.12.2009

Eingliederungen 2009 kumuliert unter 25							Min	TZ	VZ	Exi	Aus	EAZ	
Mig	Female	Male	Eingliederungsstatistik unter 25 Jährige										
77	89	95	184	Summe Eingliederungen				19	33	44	1	87	11
42%	48%	52%	20%	Anteil aller Eingliederungen von 15 bis 65				10%	18%	24%	1%	47%	6%

Eingliederungen 2009 kumuliert über 25							Min	TZ	VZ	Exi	Aus	EAZ	
Mig	Female	Male	Eingliederungsstatistik über 25 Jährige										
280	254	355	609	Summe Eingliederungen				108	156	290	32	23	71
46%	42%	58%	67%	Anteil aller Eingliederungen von 15 bis 65				18%	26%	48%	5%	4%	12%

Eingliederungen 2009 kumuliert 50up							Min	TZ	VZ	Exi	Aus	EAZ	
Mig	Female	Male	Eingliederungsstatistik über 47 Jährige										
49	35	86	121	Summe Eingliederungen				28	36	47	10	0	35
40%	29%	71%	13%	Anteil aller Eingliederungen von 15 bis 65				23%	30%	39%	8%	0%	29%

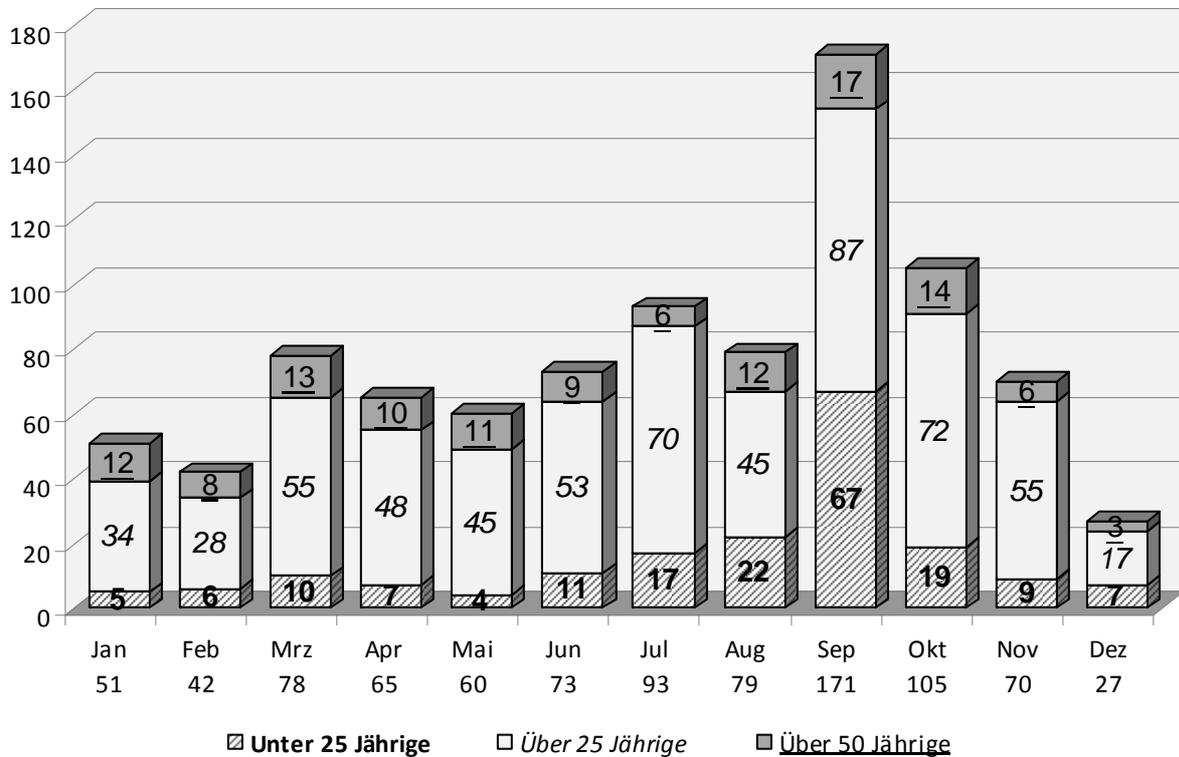
Eingliederungen 2009 kumuliert							Min	TZ	VZ	Exi	Aus	EAZ	
Mig	Female	Male	Eingliederungsstatistik über 47 Jährige										
406	378	536	914	Summe Eingliederungen				155	225	381	43	110	117
44%	41%	59%	100%	Anteil aller Eingliederungen von 15 bis 65				17%	25%	42%	5%	12%	13%

Mehrfacheingliederungen : 88 kumuliert 01.01. – 16.12.2009 (Anteil 9,6%)
 Interne Eingliederungen : 8 kumuliert 01.01.- 16.12.2009

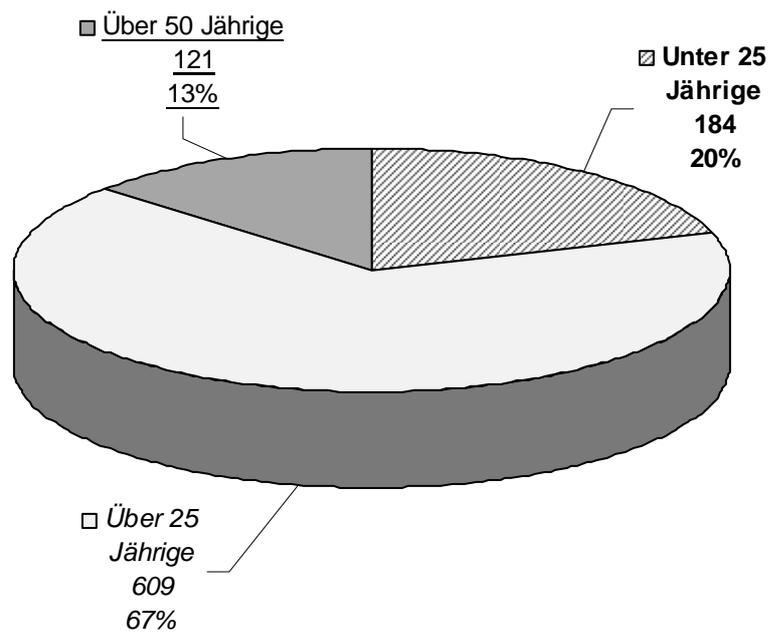
Branchenverteilung

u25	ü25	ü47	Branchenverteilung	
10	28	11	49	A) Handwerk
16	136	31	183	B) Handwerkliche Dienstleistungen (Reinigung, Hausmeister)
10	53	7	70	C) Dienstleistungen (freiberufliche, z.B. Arzthelferin, RA-Angest. St.Ber.)
54	123	28	205	D) Öffentliche/Soziale Dienstleistungen
18	100	11	129	E) Zeitarbeit (AMP=88 / BZA/IGZ=41)
1	12	0	13	F) Call Center
10	8	5	23	G) Industrie (Maschb./Elektro, Kunststoff etc.)
45	69	16	130	H) Handel (Gross/Einzelhandel Verkäufer)
2	10	2	14	I) IT/Telekommunikation/HighTech, Med-Tech
18	70	10	98	J) Hotel/Gastro
184	609	121	914	

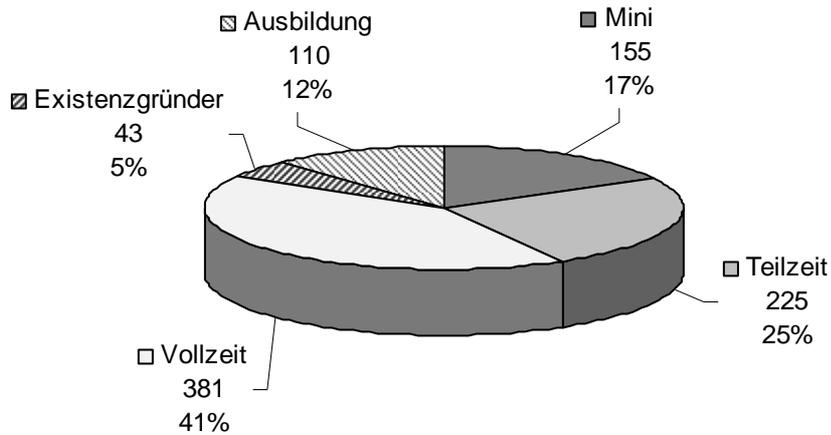
7.2 Entwicklung der 914 Eingliederungen und Ausbildungsplatzbesetzung (01. 01. – 16.12.2009)



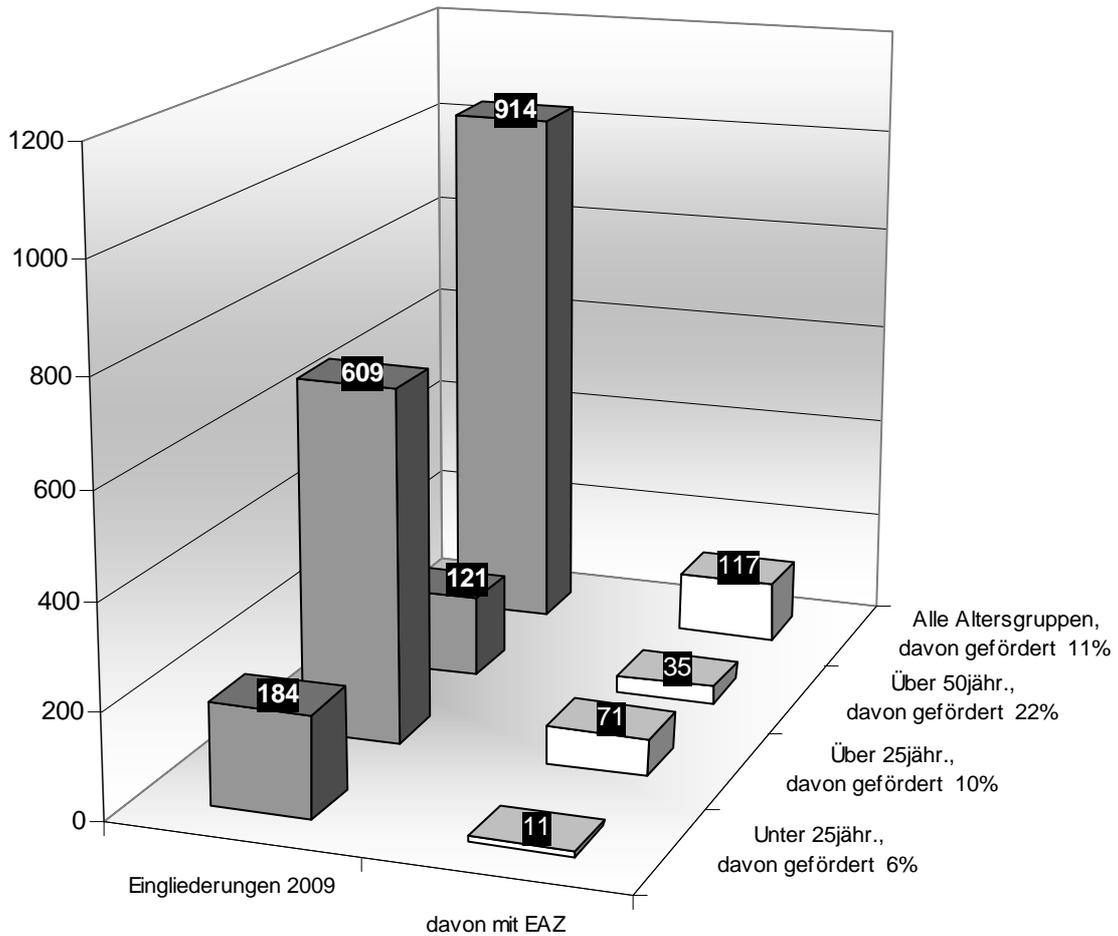
7.3 Verteilung der Eingliederungen nach Altersgruppen



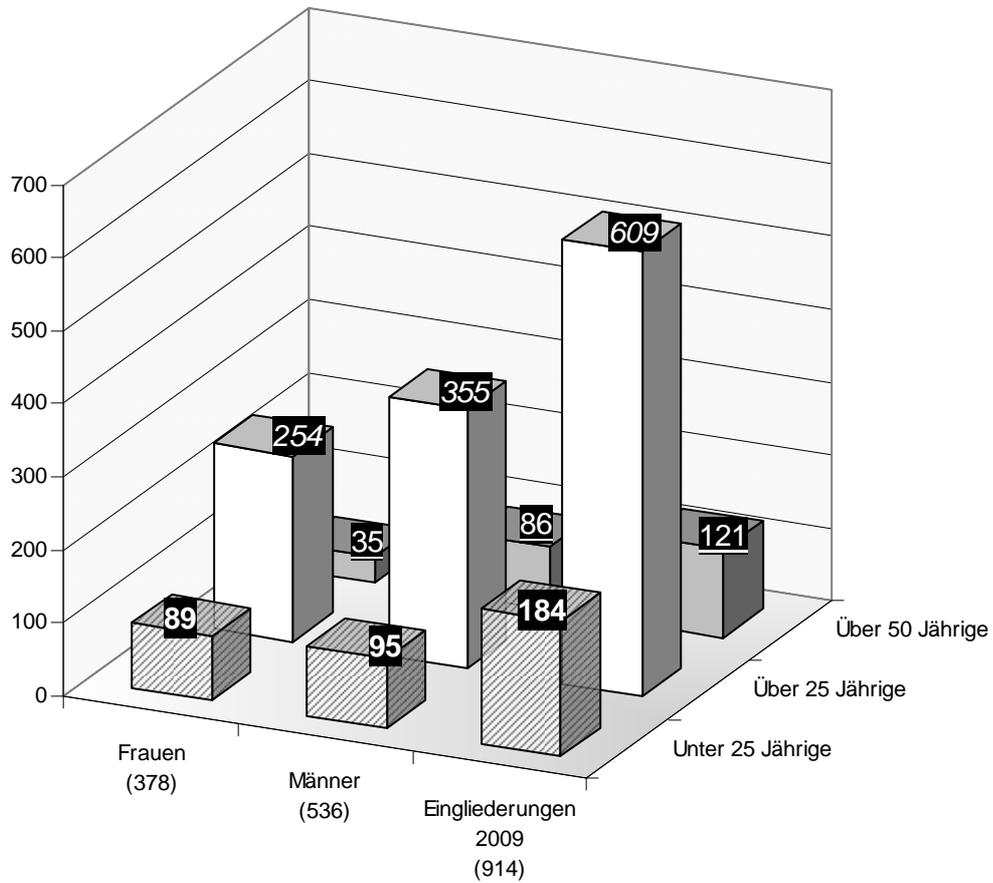
7.4 Verteilung der Eingliederungen nach Umfang und Art der Beschäftigung und Ausbildung



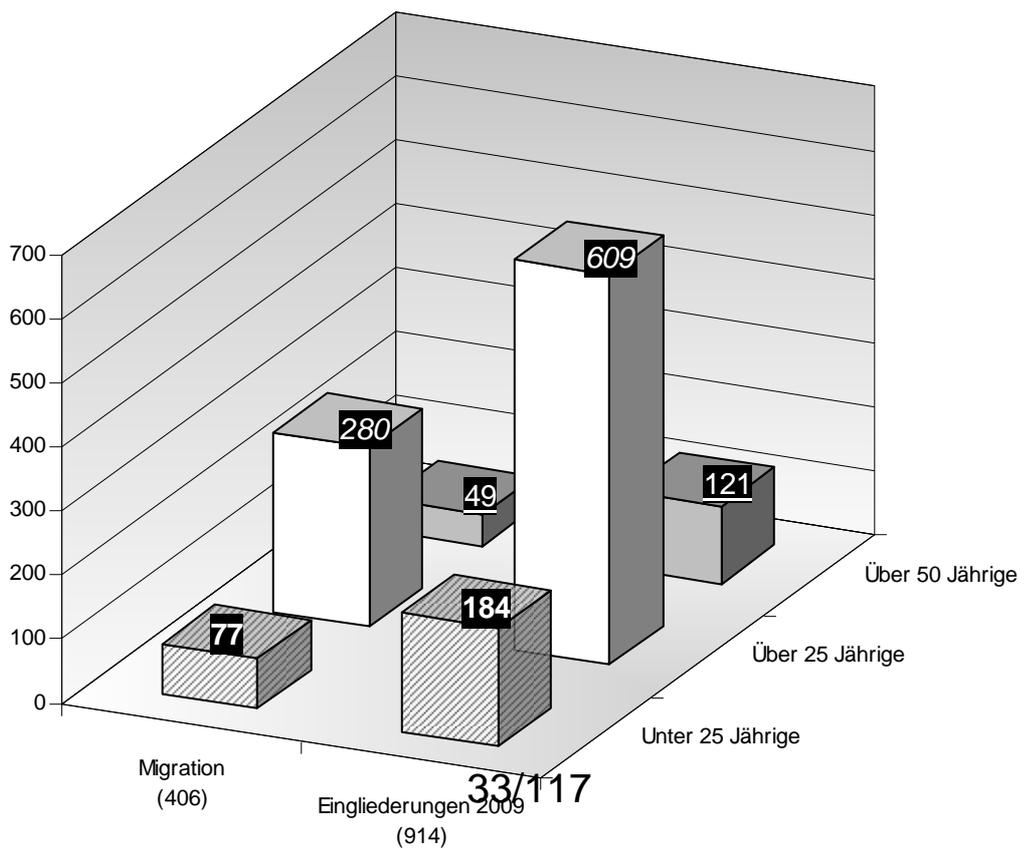
7.5 Verteilung der Eingliederungen nach Altergruppen und Arbeitgeberförderung



7.6 Eingliederungen/Vermittlungen – Frauen/Männer nach Altergruppen



7.7 Anteil Eingliederungen/Vermittlungen mit Migrationshintergrund



8 Finanzauswertungen

8.1 Eingesetzte Mittel aus Verwaltungs- und Integrationsbudget

GGFA	Budget 2009	IST Jan-Nov	PLAN Jan-Nov	Abweichung
Integrationsbudget 2009 gesamt	3.379.747			
- Umschichtungsbetrag für Verwaltungsk.	-470.000			
= verfügbares Integrationsbudget 2009	2.909.747			
Verfügbares Integrationsbudget pro Monat	242.479			
Ausgaben Integration (01/09- 11/09)		2.428.669	2.667.268	-238.599
Verbleibender Zuschuss Dez 09	481.078			
GGFA	Budget 2009	IST Jan-Nov	PLAN Jan-Nov	Abweichung
Verwaltungskostenbudget GGFA 2009 ges.	1.836.762			
Verwaltungskostenbudget GGFA p .Monat	142.385			
Ausgaben				
-Personalkosten FM/PV/IM		1.127.435		
-Personal-Gemeinkosten		293.163		
-Personalnebenkosten		53.115		
-Sachkosten o. FM		142.742		
-anteilige Personalkosten div. Mitarbeiter		38.989		
-Altersvorsorge		53.367		
Gesamt		1.708.811	1.694.377	14.434
Verbleibender Zuschuss Dez 09	127.951			
Fifty up	Budget 2009	IST Jan-Nov	PLAN Jan-Nov	Abweichung
Gesamtzuschuss 2009	745.000			
Gesamtzuschuss pro Monat	62.083			
Ausgaben: (Ist-Kosten)				
-Integration		509.338		
-Sachkosten incl. Overhead		91.869		
-Personalkosten		53.357		
-Investitionen		2.218		
Gesamtausgaben		656.782	682.917	-26.135
Verbleibender Zuschuss Dez 09	88.218			

8.2 Ausgaben für eingesetzte Integrationsinstrumente (01.01.2009 – 30.11.2009)

Instrumente	GGFA	Fifty up	Gesamt
U 25 Behinderte / Reha	14.346,59 €		14.346,59 €
Ü 25 Behinderter / Reha	252.765,66 €		252.765,66 €
Eignungsdiagnostik U25	2.690,29 €		2.690,29 €
Eignungsdiagnostik Ü25	14.331,24 €		14.331,24 €
Sprachförderung U25	2.927,70 €		2.927,70 €
Sprachförderung Ü25	8.656,44 €	782,64 €	9.439,08 €
U25 Erwerb v.schul.-berufl. Abschl./Zert.	8.633,47 €		8.633,47 €
Ü25 Erwerb v.schul.-berufl. Abschl./Zert.	176.669,66 €	8.136,70 €	184.806,36 €
Integration und Betreuung U25	307.363,67 €		307.363,67 €
Integration und Betreuung Ü25	208.982,68 €	155.247,70 €	364.230,38 €
MAE U25	59.459,19 €		59.459,19 €
MAE Ü25	731.979,44 €	14.469,36 €	746.448,80 €
Bewerbungshilfen U25	38.956,00 €		38.956,00 €
Bewerbungshilfen Ü25	175.574,56 €	37.150,70 €	212.725,26 €
Personalvermittlung U25	102.606,17 €		102.606,17 €
Personalvermittlung Ü25	241.414,24 €	293.550,42 €	534.964,66 €
Sonstige U25	10.375,00 €		10.375,00 €
Sonstige Ü25	70.936,82 €		70.936,82 €
Summe Instrumente	2.428.668,82 €	509.337,52 €	2.938.006,34 €

8.3 Jahresübersicht Eingliederungsmittel und Mittelabruf

Gesamtübersicht							
Mittelverwendung Integrationsinstrumente 2009							
Budget klassisch 2009: 2.893.815+152.550 KonJP II							2.846.365,00
Budget 16f 2009:321.025+16.950 KonP II							337.975,00
Budget 16 e: 195.407							195.407,00
Gesamt EGT 2009: 3.379.747 - Umschichtung 470.000 = 2.909.747 €							3.379.747,00
Position	Jan	Feb	Jan - Feb. 09	Mrz	Jan - Mrz 09	Apr	Jan - Apr. 09
Verwendung							
EGT klassisch	158.999,27	206.860,72	365.859,99	229.049,86	594.909,85	229.253,83	824.163,68
§ 16 f	0,00	6.285,71	6.285,71	892,02	7.177,73	11.905,40	19.083,13
Option gesamt	158.999,27	213.146,43	372.145,70	229.941,88	602.087,58	241.159,23	843.246,81
Abruf klassisch	180.000,00	150.000,00	330.000,00	235.000,00	565.000,00	230.000,00	795.000,00
Abruf § 16f	0,00	7.000,00	7.000,00	6.300,00	13.300,00	6.000,00	19.300,00
Differenz klass.	21.000,73	-56.860,72	-35.859,99	5.950,14	-29.909,85	746,17	-29.163,68
Differenz § 16f	0,00	714,29	714,29	5.407,98	6.122,27	-5.905,40	216,87
Position		Mai	Jan - Mai 09	Jun	Jan - Jun. 09	Jul	Jan - Juli 09
Verwendung							
EGT klassisch		209.031,56	1.033.195,24	231.815,85	1.265.011,09	233.877,09	1.498.888,18
§ 16 f		6.285,71	25.368,84	6.285,71	31.654,55	6.285,71	37.940,26
Option gesamt		215.317,27	1.058.564,08	238.101,56	1.296.665,64	240.162,80	1.536.828,44
Abruf EGT klassisch		235.000,00	1.030.000,00	220.000,00	1.250.000,00	200.000,00	1.450.000,00
Abruf § 16 f		6.000,00	25.300,00	6.000,00	31.300,00	6.000,00	37.300,00
Differenz EGT klassisch		25.968,44	-3.195,24	11.815,85	15.011,09	33.877,09	48.888,18
Differenz § 16 f		-285,71	-68,84	285,71	354,55	285,71	640,26
Position		Aug	Jan - Aug. 09	Sept.	Jan - Sept. 09	Okt.	Jan - Okt. 09
Verwendung							
EGT klassisch		176.707,56	1.675.595,74	211.204,51	1.886.800,25	226.600,86	2.113.401,11
§ 16 e		0,00	0,00		0,00	1.896,95	1.896,95
§ 16 f		62,80	38.003,06	12.571,42	50.574,48	841,00	51.415,48
Option gesamt		176.770,36	1.713.598,80	223.775,93	1.937.374,73	229.338,81	2.166.713,54
Abruf EGT klassisch		280.000,00	1.730.000,00	200.000,00	1.930.000,00	170.000,00	2.100.000,00
Abbruf § 16 e		0,00	0,00	0,00	0,00	1.800,00	1.800,00
Abruf § 16 f		6.900,00	44.200,00	6.900,00	51.100,00	3.000,00	54.100,00
Differenz EGT klassisch		103.292,44	54.404,26	-11.204,51	43.199,75	-56.600,86	-13.401,11
Differenz § 16 e		0,00	0,00	0,00	0,00	-96,95	-96,95
Differenz § 16 f		6.837,20	6.196,94	-5.671,42	525,52	2.159,00	2.684,52
Position		Nov.	Jan - Nov. 09	Dez	Jan - Dez 09		
Verwendung							
EGT klassisch		254.303,47	2.367.704,58				
§ 16 e		2.263,24	4.160,19				
§ 16 f		5.388,57	56.804,05				
Option gesamt		261.955,28	2.428.668,82				
Abruf EGT klassisch		250.000,00	2.350.000,00				
Abruf § 16 e		3.000,00	4.800,00				
Abruf § 16 f		4.000,00	58.100,00				
Differenz EGT klassisch		-11.955,28	-17.704,58				
Differenz § 16 e		736,76	639,81				
Differenz § 16 f		-1.388,57	1.295,95				
Abruf ges.			2.412.900,00				
Verbrauch			2.428.668,82				
			-15.768,82				

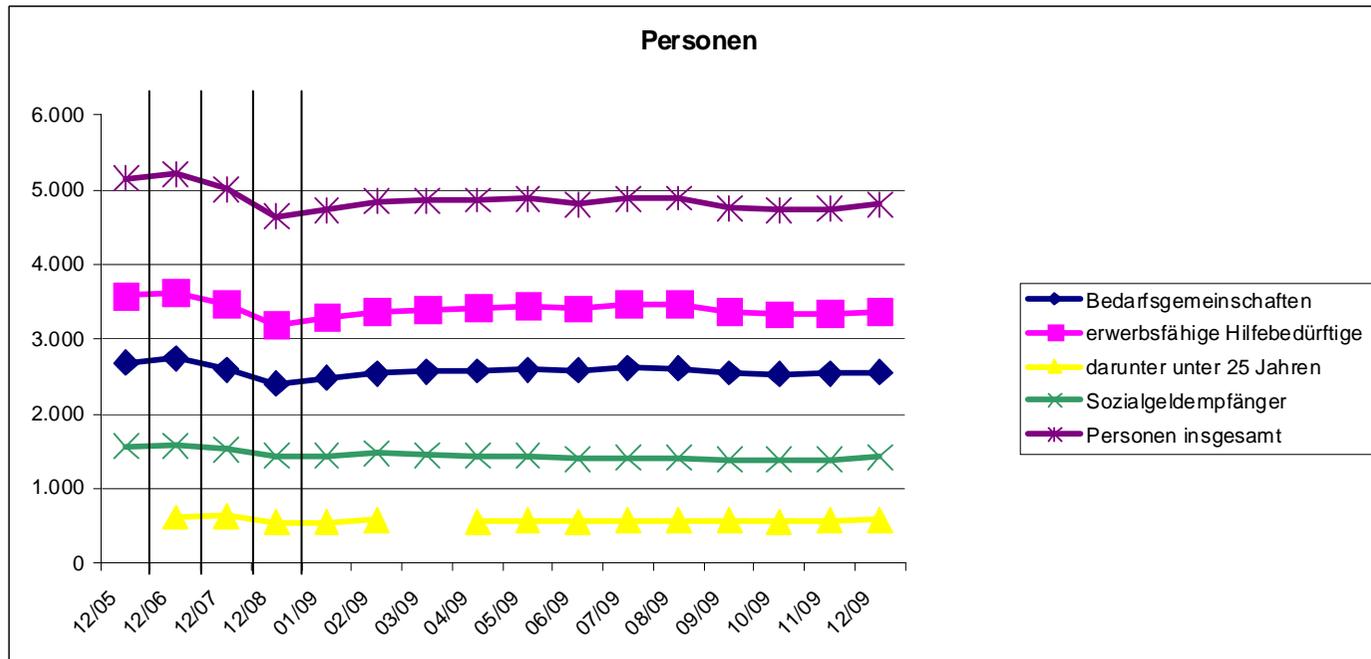
8.4 Jahresübersicht Verwaltungskosten und Mittelabruf

Position	Jan	Feb	Jan - Feb. 09	Mrz	Jan - Mrz 09	Apr	Jan - Apr. 09
Verwendung							
P-Gemeinkosten	25.193,76	25.401,66	50.595,42	24.062,86	74.658,28	25.659,19	100.317,47
P-Nebenkosten	4.904,73	4.904,73	9.809,46	4.904,73	14.714,19	4.880,57	19.594,76
Sachkosten o. FM	13.258,81	13.258,81	26.517,62	13.258,81	39.776,43	13.258,81	53.035,24
ant.PK div. Mitarb.	2.688,94	2.544,60	5.233,54	2.543,01	7.776,55	2.543,67	10.320,22
Altersvorsorge	4.649,14	4.849,27	9.498,41	4.738,18	14.236,59	4.833,40	19.069,99
Option gesamt	50.695,38	50.959,07	101.654,45	49.507,59	151.162,04	51.175,64	202.337,68
Mittelabruf	50.000,00	55.000,00	105.000,00	50.000,00	155.000,00	50.000,00	205.000,00
Differenz	-695,38	4.040,93	3.345,55	492,41	3.837,96	-1.175,64	2.662,32
Position		Mai	Jan - Mai 09	Jun	Jan - Jun. 09	Jul	Jan - Juli 09
Verwendung							
P-Gemeinkosten		24.814,22	125.131,69	25.566,44	150.698,13	24.781,02	175.479,15
P-Nebenkosten		4.865,04	24.459,80	4.865,04	29.324,84	4.756,32	34.081,16
Sachkosten o. FM		13.258,81	66.294,05	13.258,81	79.552,86	12.627,91	92.180,77
ant.PK div. Mitarb.		2.543,01	12.863,23	2.543,01	15.406,24	2.131,01	17.537,25
Altersvorsorge		4.833,40	23.903,39	5.849,52	29.752,91	4.818,63	34.571,54
Option gesamt		50.314,48	252.652,16	52.082,82	304.734,98	49.114,89	353.849,87
Mittelabruf		50.000,00	255.000,00	48.000,00	303.000,00	50.000,00	353.000,00
Differenz		-314,48	2.347,84	-4.082,82	-1.734,98	885,11	-849,87
Position		Aug	Jan - Aug. 09	Sept.	Jan - Sept. 09	Okt.	Jan - Okt. 09
Verwendung							
P-Gemeinkosten		23.974,92	199.454,07	23.621,80	223.075,87	24.422,36	247.498,23
P-Nebenkosten		4.825,34	38.906,50	4.744,24	43.650,74	4.732,14	48.382,88
Sachkosten o. FM		13.028,48	105.209,25	12.557,81	117.767,06	12.487,71	130.254,77
ant.PK div. Mitarb.		1.587,32	19.124,57	1.587,32	20.711,89	7.607,20	28.319,09
Altersvorsorge		4.833,41	39.404,95	4.715,28	44.120,23	4.625,70	48.745,93
Option gesamt		48.249,47	402.099,34	47.226,45	449.325,79	53.875,11	503.200,90
Mittelabruf		50.000,00	403.000,00	48.000,00	451.000,00	50.000,00	501.000,00
Differenz		1.750,53	900,66	773,55	1.674,21	-3.875,11	-2.200,90
Position		Nov.	Jan - Nov. 09	Dez.	Jan. - Dez. 09		
Verwendung							
P-Gemeinkosten		45.664,61	293.162,84		293.162,84		
P-Nebenkosten		4.732,14	53.115,02		53.115,02		
Sachkosten o. FM		12.487,71	142.742,48		142.742,48		
ant. PK-Mitarb.		10.670,32	38.989,41		38.989,41		
Altersvorsorge		4.622,37	53.368,30				
Option gesamt		78.177,15	581.378,05	0,00	581.378,05		
Mittelabruf		83.000,00	584.000,00		584.000,00		
Differenz		4.822,85	2.621,95	0,00	2.621,95		

Eckwerte zum SGB II-Leistungsbereich für die Stadt Erlangen

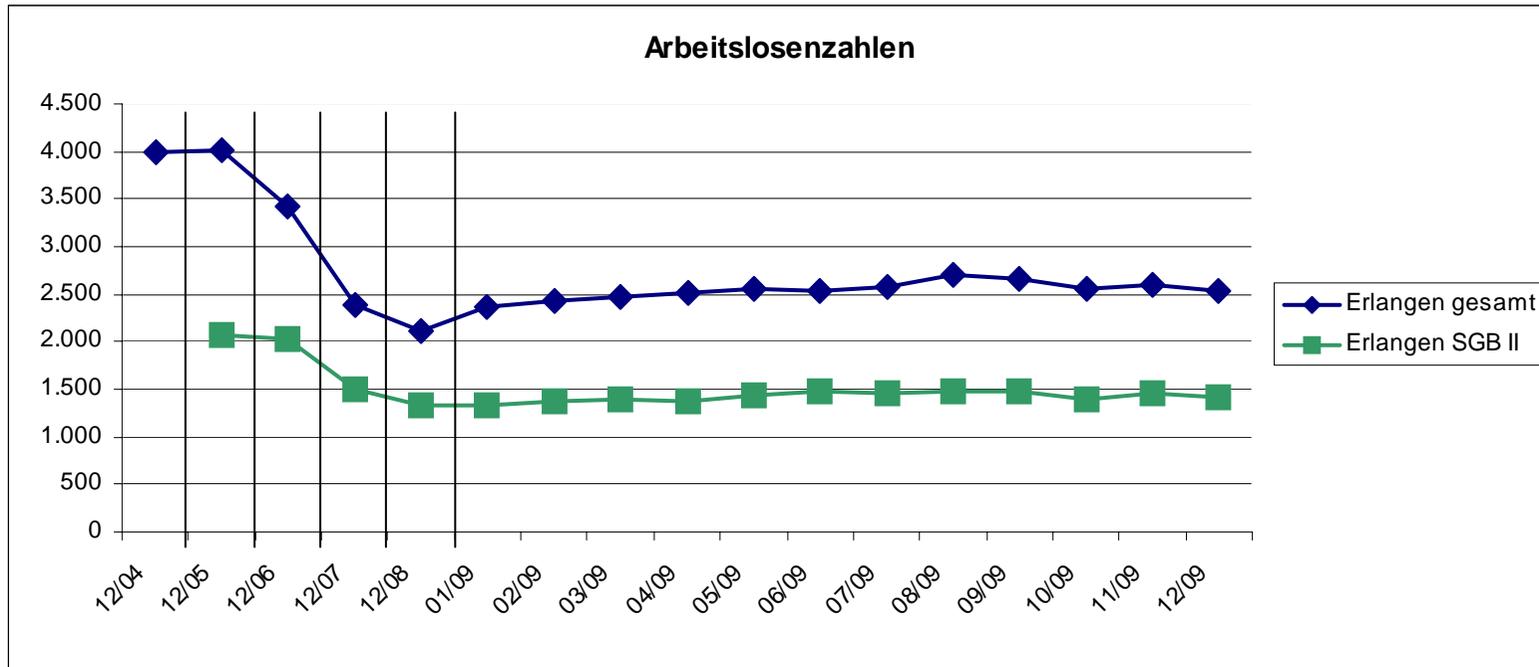
1. Personen

	12/05	12/06	12/07	12/08	01/09	02/09	03/09	04/09	05/09	06/09	07/09	08/09	09/09	10/09	11/09	12/09
Bedarfsgemeinschaften	2.688	2.750	2.595	2.412	2.490	2.540	2.567	2.581	2.600	2.586	2.619	2.616	2.554	2.532	2.551	2.563
erwerbsfähige Hilfebedürftige	3.588	3.626	3.483	3.198	3.294	3.368	3.398	3.420	3.445	3.414	3.471	3.471	3.374	3.340	3.351	3.377
darunter unter 25 Jahren		623	642	558	550	585		564	573	567	575	576	575	565	572	583
Sozialgeldempfänger	1.568	1.585	1.532	1.444	1.438	1.480	1.458	1.445	1.442	1.397	1.416	1.419	1.388	1.394	1.394	1.428
Personen insgesamt	5.156	5.211	5.015	4.642	4.732	4.848	4.856	4.865	4.887	4.811	4.887	4.890	4.762	4.734	4.745	4.805



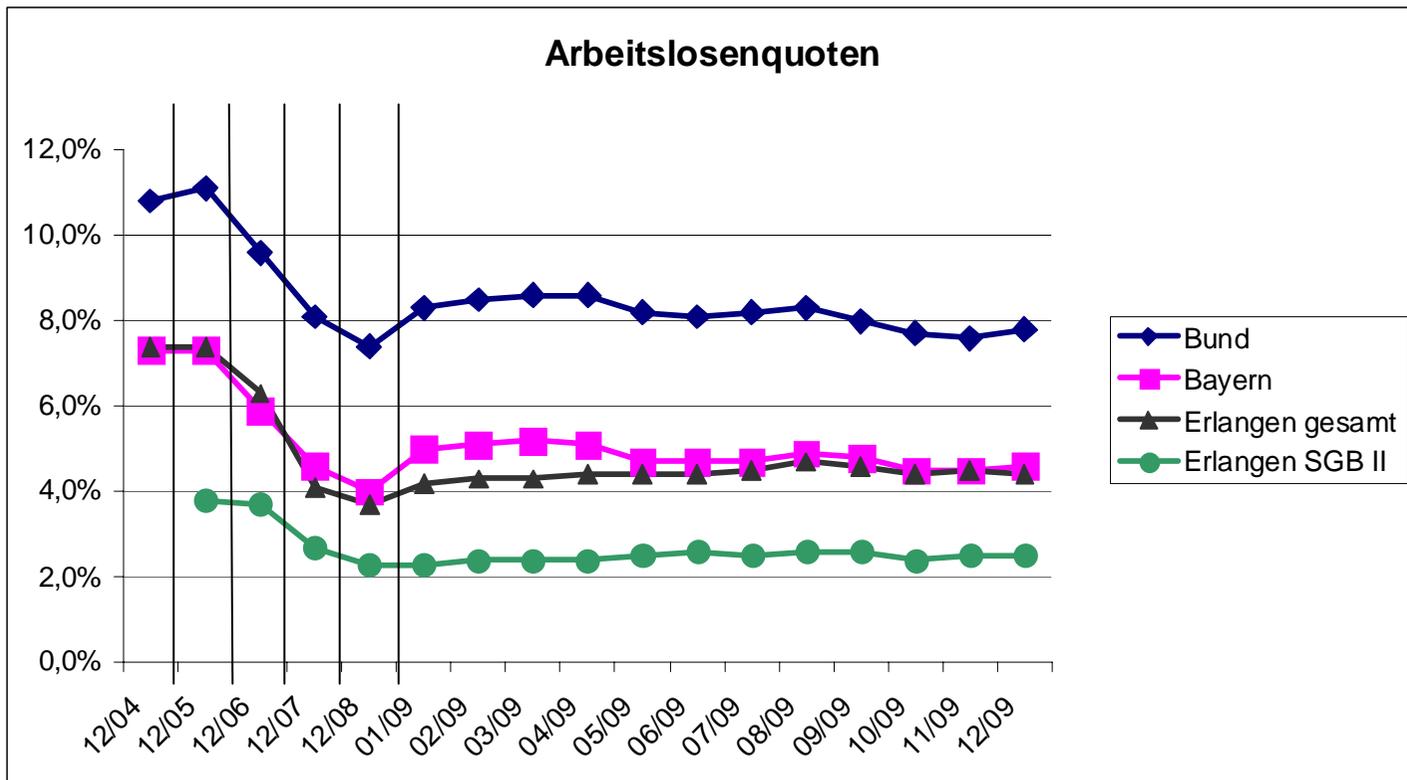
2. Arbeitslosenzahlen

	12/04	12/05	12/06	12/07	12/08	01/09	02/09	03/09	04/09	05/09	06/09	07/09	08/09	09/09	10/09	11/09	12/09
Erlangen gesamt	3.991	4.014	3.432	2.392	2.120	2.372	2.431	2.477	2.508	2.550	2.529	2.578	2.711	2.667	2.549	2.596	2.543
Erlangen SGB II		2.077	2.018	1.504	1.323	1.332	1.363	1.384	1.383	1.435	1.471	1.452	1.485	1.473	1.402	1.448	1.413



3. Arbeitslosenquoten

	12/06	12/05	12/06	12/07	12/08	01/09	02/09	03/09	04/09	05/09	06/09	07/09	08/09	09/09	10/09	11/09	12/09
Bund	10,8%	11,1%	9,6%	8,1%	7,4%	8,3%	8,5%	8,6%	8,6%	8,2%	8,1%	8,2%	8,3%	8,0%	7,7%	7,6%	7,8%
Bayern	7,3%	7,3%	5,9%	4,6%	4,0%	5,0%	5,1%	5,2%	5,1%	4,7%	4,7%	4,7%	4,9%	4,8%	4,5%	4,5%	4,6%
Erlangen gesamt	7,4%	7,4%	6,3%	4,2%	3,7%	4,2%	4,3%	4,3%	4,4%	4,4%	4,4%	4,5%	4,7%	4,6%	4,4%	4,5%	4,4%
Erlangen SGB II		3,8%	3,7%	2,7%	2,3%	2,3%	2,4%	2,4%	2,4%	2,5%	2,6%	2,5%	2,6%	2,6%	2,4%	2,5%	2,5%



40/117

Übersicht über den monatlichen Mittelverbrauch 2009

	ALG II Sozialgeld (Nettoaus- gaben)	Sozial- versicherung (Nettoaus- gaben)	KdU (Bruttoaus- gaben)	einmalige Leistungen	Transfer	Eingliederung	kommunale Eingleiderung	Eingliederung	Verwaltung	Gesamt
Januar 2009	1.432.667 €	361.032 €	778.913 €	35.261 €	2.607.873 €	158.999 €	2.850 €	161.849 €	258.830 €	3.028.552 €
Februar 2009	819.266 €	376.168 €	793.279 €	16.048 €	2.004.761 €	213.47 €	0 €	213.147 €	262.744 €	2.480.652 €
März 2009	809.066 €	391.391 €	782.676 €	20.917 €	2.004.050 €	229.02 €	0 €	229.942 €	260.202 €	2.494.194 €
April 2009	851.393 €	402.093 €	837.672 €	24.421 €	2.115.579 €	241.59 €	0 €	241.159 €	261.020 €	2.617.758 €
Mai 2009	810.978 €	391.925 €	788.703 €	17.187 €	2.008.793 €	215.38 €	0 €	215.318 €	258.026 €	2.482.137 €
Juni 2009	790.313 €	401.463 €	772.764 €	10.644 €	1.975.184 €	238.02 €	12.900 €	251.002 €	273.982 €	2.500.168 €
Juli 2009	913.276 €	393.579 €	864.567 €	19.455 €	2.190.877 €	240.63 €	0 €	240.163 €	260.653 €	2.691.693 €
August 2009	847.831 €	404.172 €	771.160 €	12.510 €	2.035.674 €	176.71 €	6.050 €	182.821 €	264.916 €	2.483.411 €
September 2009	868.795 €	373.233 €	838.336 €	27.560 €	2.107.924 €	223.76 €	0 €	223.776 €	260.124 €	2.591.824 €
Oktober 2009	814.193 €	375.197 €	818.650 €	31.225 €	2.039.265 €	229.39 €	0 €	229.339 €	262.900 €	2.531.504 €
November 2009	834.093 €	355.498 €	830.866 €	18.751 €	2.039.208 €	261.95 €	12.301 €	274.256 €	377.450 €	2.690.913 €
Dezember 2009										
	9.791.871 €	4.225.751 €	8.877.586 €	233.979 €	23.129.18 €	2.428.671 €	34.101 €	2.462.772 €	3.000.847 €	28.59806 €

41/117

Erläuterung zuzüglich Ausgaben i.H.v. 554.263,46 € (Monatszahlung Januar, fällig am 31.12.2008, gebucht im HJ 2009 (Rechnungsabgrenzungsposten))
Betrag ist in den Ausgaben für Dezember 2008 enthalten.

Haushalt 2010

Amt für Soziales,
Arbeit und Wohnen

SGA-Beratungen zum Haushalt 2010

Sitzung des Sozialbeirates am 26.01.2010

Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 26.01.2010

Doppische Haushaltsunterlagen 2010 für das Amt 50 (Auszug aus dem HH-Entwurf der Kämmerei) mit Budgetdokumentation	S. 2
Beschlussvorschlag der Kämmerei zum Budget 2010 des Amtes 50 (Sachkosten und Transferleistungen) als Basis Für die Beratung der Änderungsanträge	S. 9
Beratung der Änderungsanträge zum Haushalt 2010	S. 12
A. Änderungsanträge zum Arbeitsprogramm	S. 12
B. Änderungsanträge zum Ergebnishaushalt	S. 17
C. Änderungsanträge zum Investitionshaushalt	S. 22
D. Änderungsanträge zum Stellenplan	S. 24
Kopien der Fraktionsanträge	S. 29
Entwurf zum Arbeitsprogramm 2010 des Sozialamtes Beschlussvorlage zum Arbeitsprogramm 2010	
Übersicht über das Budget 2010 / die Produkte 2010 Beschlussvorlage zum Ergebnishaushalt 2010	
Investitionsbeschreibungen 2010 Beschlussvorlage zum Investitionshaushalt 2010	
Beschlussvorlage zum Stellenplan 2010	

Amt für Soziales, Arbeit und Wohnen (Amt 50)

Zuständiger Fachausschuss: Sozial- und Gesundheitsausschuss

Das Fachamt erbringt Leistungen für die Produktgruppen

- 311 Grundversorgung nach SGB XII
- 312 Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II
- 313 Leistungen für Asylbewerber
- 315 Bereitstellung und Betrieb sozialer Einrichtungen
- 321 Leistungen nach dem BVG
- 331 Förderung der Wohlfahrtspflege
- 351 Sonstige soziale Hilfen und Leistungen
- 352 Wohngeld
- 412 Gesundheitseinrichtungen
- 521 Bau- und Grundstücksordnung
- 711 Unselbständige Stiftungen

Teilergebnishaushalt Amt 50 Amt für Soziales, Arbeiten und Wohnen							
Stadt Erlangen							
Amt	50	Amt für Soziales, Arbeiten und Wohnen					
Pos.	Bezeichnung	Ansatz Vorjahr	Ansatz 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	
0010	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	
0020	+ Zuwendungen u. allg. Umlagen	-23.686.300	-23.746.300	0	0	0	
0030	+ Sonstige Transfererträge	-415.000	-403.000	0	0	0	
0040	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-559.600	-559.500	0	0	0	
0050	+ Auflösung von Sonderposten	0	0	0	0	0	
0060	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-26.800	-26.800	0	0	0	
0070	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-4.804.500	-4.619.400	0	0	0	
0080	+ Sonstige ordentliche Erträge	-7.500	-4.500	0	0	0	
0090	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	
0100	+/-Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	
0110	= Ordentliche Erträge	-29.499.700	-29.359.500	0	0	0	
0120	- Personalaufwendungen	4.742.000	4.887.100	0	0	0	
0130	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0	0	
0140	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	940.500	933.500	0	0	0	
0150	- Planmäßige Abschreibungen	0	0	0	0	0	
0160	- Transferaufwendungen	40.145.700	39.202.400	0	0	0	
0170	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	926.600	1.047.200	0	0	0	
0180	= Ordentliche Aufwendungen	46.754.800	46.070.200	0	0	0	
0190	= Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	17.255.100	16.710.700	0	0	0	
0200	+ Finanzerträge	0	0	0	0	0	
0210	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	200	0	0	0	0	
0220	= Finanzergebnis	200	0	0	0	0	
0230	= Ordentliches Jahresergebnis	17.255.300	16.710.700	0	0	0	
0240	+ außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	
0250	- außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	
0260	= außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0	
0270	= Jahresergebnis vor interner Leistungsverrech	17.255.300	16.710.700	0	0	0	
0280	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0	0	0	
0290	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	229.000	229.000	0	0	0	
0300	= Ergebnis	17.484.300	16.939.700	0	0	0	
0400	Nachrichtlich:	0	0	0	0	0	
0401	Gesamtbetrag der Erträge	-29.499.700	-29.359.500	0	0	0	
0402	Gesamtbetrag der Aufwendungen	46.984.000	46.299.200	0	0	0	
0403	Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuß	17.484.300	16.939.700	0	0	0	

Teilfinanzhaushalt Amt 50 Amt für Soziales, Arbeiten und Wohnen							
Stadt Erlangen							
Amt	50	Amt für Soziales, Arbeiten und Wohnen					
Pos.	Bezeichnung	Ansatz Vorjahr 2009	Ansatz HH-Jahr 2010	Finanzplan 2011	Finanzplan 2012	Finanzplan 2013	Merkposten
0010	Steuern u. ähnl. Abgaben	0	0	0	0	0	0
0020	+ Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	23.686.300	23.746.300	0	0	0	0
0030	+ Sonstige Transfereinzahlungen	415.000	403.000	0	0	0	0
0040	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	559.600	559.500	0	0	0	0
0050	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	26.800	26.800	0	0	0	0
0060	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	4.804.500	4.619.400	0	0	0	0
0070	+ Sonstige Einzahlungen	7.500	4.500	0	0	0	0
0080	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0	0	0	0	0	0
0090	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	29.499.700	29.359.500	0	0	0	0
0100	- Personalauszahlungen	-4.742.000	-4.887.100	0	0	0	0
0110	- Versorgungsauszahlungen	0	0	0	0	0	0
0120	- Auszahlungen f. Sach- u. Dienstleistungen	-940.500	-933.500	0	0	0	0
0130	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	-200	0	0	0	0	0
0140	- Transferauszahlungen	-40.145.700	-39.202.400	0	0	0	0
0150	- Sonstige Auszahlungen	-926.600	-1.047.200	0	0	0	0
0160	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-46.755.000	-46.070.200	0	0	0	0
0170	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	-17.255.300	-16.710.700	0	0	0	0
0180	+ Einzahlg aus Investitionszuschüssen	0	0	0	0	0	0
0190	+ Einzahlg a. Investitionsbeitr. u.ä. Entgelten	0	0	0	0	0	0
0200	+ Einzahlg a.d. Veräußerg v. Sachanlagen	0	0	0	0	0	0
0210	+ Einzahlg a.d. Veräußerg v. Finanzverm.	0	0	0	0	0	0
0220	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0	0	0	0	0	0
0230	=Einzahlung aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
0240	- Ausz. für den Erwerb von Grundst. u. Gebäuden	0	0	0	0	0	-120.000
0250	- Ausz. für Baumaßnahmen	0	0	0	0	0	0
0260	- Ausz. für den Erwerb v.bewgl. Sachvermögen	-17.300	0	0	0	0	0
0270	- Ausz. für den Erwerb von Finanzvermögen	0	0	0	0	0	0
0280	- Ausz. von Investitionszuschüssen	-30.000	-20.000	-20.000	-20.000	-20.000	0
0290	- Sonstige Investitionsauszahlungen	0	0	0	0	0	0
0300	= Auszahlung aus Investitionstätigkeit	-47.300	-20.000	-20.000	-20.000	-20.000	-120.000
0310	= Saldo aus Investitionstätigkeit	-47.300	-20.000	-20.000	-20.000	-20.000	-120.000

Investitionen Amt 50 Amt für Soziales, Arbeiten und Wohnen							
Stadt Erlangen							
Amt 50		Amt für Soziales, Arbeiten und Wohnen					
Nr. Bezeichnung	Ansatz Vorjahr	Ansatz 2010	Finanzplan 2011	Finanzplan 2012	Finanzplan 2013	VE 2011 VE 2012	Merkposten
315C.400 Holzwerkstatt, Buckenhofer Weg, Anbau	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00 0,00	-120.000,00
0240 - Ausz. für den Erwerb von Grundst. u. Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00 0,00	-120.000,00
331.882 IP 47.4 Baukostenzuschuss an Altenh.trä	-20.000,00	-20.000,00	-20.000,00	-20.000,00	-20.000,00	0,00 0,00	0,00
0280 - Ausz. von Investitionszuschüssen	-20.000,00	-20.000,00	-20.000,00	-20.000,00	-20.000,00	0,00 0,00	0,00
311.K Kleininvestitionen für Produktgruppe 311							
311.K351 Einrichtungsgegenstände, Geräte	-17.300,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00 0,00	0,00
0260 - Ausz. für den Erwerb v.bewgl. Sachvermögen	-17.300,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00 0,00	0,00
Summe	-17.300,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00 0,00	0,00
315.K Kleininvestitionen für Produktgruppe 315							
Summe	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00 0,00	0,00
331.K Kleininvestitionen für Produktgruppe 331							
331.K883 Baukostenzuschuss f.alternative Wohnformen	-10.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00 0,00	0,00
0280 - Ausz. von Investitionszuschüssen	-10.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00 0,00	0,00
Summe	-10.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00 0,00	0,00
362.K Kleininvestitionen für Produktgruppe 362							
362.K880 Förderung von Jugendheimbaumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	0,00 0,00	0,00
0280 - Ausz. von Investitionszuschüssen	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	0,00 0,00	0,00
Summe	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	0,00 0,00	0,00

Kontenschema

Erlangen
 Periode 01.01.10..31.12.10
 Geschäftsjahr Startd 01.01.10
 Kontenschema SKO_DRUCK Kontenschema SKO für Druck Haushaltsplan
 Spaltenlayout DRUCK

Alle Beträge sind in EUR.

Kontenschemazelle: Datumsfilter: 01.01.10..31.12.10, Budgetfilter: HHP, Gemeindefilter: 01, Haushaltsjahrfilter: 2009..2010

Rubriken	Beschreibung	Ansatz 2009	Ansatz 2010
	Amt 50		
	Amt für Soziales, Arbeit u. Wohnen		
	ERTRÄGE:		
500414	Zuwendungen und allgemeine Umlagen (SKO) in Pos. 0020 des Ergebnisplans enthalten		
500439	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte (SKO) in Pos. 0040 des Ergebnisplans enthalten	-559.600,00	-559.500,00
500447	privatrechtl. Leistungsentgelte in Pos. 0060 des Ergebnisplans enthalten	-26.800,00	-26.800,00
500448	Kostenerstattungen in Pos. 0070 des Ergebnisplans enthalten	-3.103.200,00	-3.103.200,00
500489	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen in Pos. 0280 des Ergebnisplans enthalten		
50E	Summe Erträge	-3.689.600,00	-3.689.500,00
	AUFWENDUNGEN:		
500501	Personalaufwendungen (Honorare) in Pos. 0120 des Ergebnisplans enthalten	898.000,00	898.000,00
500529	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Pos. 0140 des Ergebnisplans enthalten	940.500,00	933.500,00
500539	Transferaufwendungen (budgetrelevant) in Pos. 0160 des Ergebnisplans enthalten	1.128.600,00	1.009.200,00
500549	Sonstige ordentliche Aufwendungen (SKO) in Pos. 0170 des Ergebnisplans enthalten	900.600,00	1.019.500,00
500589	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen in Pos. 0290 des Ergebnisplans enthalten	229.000,00	229.000,00
50A	Summe Aufwendungen	4.096.700,00	4.089.200,00
50SKO	Saldo	407.100,00	399.700,00
50PKE	Personalkostenzuschüsse/-erstattungen in Pos. 0020 des Ergebnisplans enthalten	-16.100,00	-16.300,00
50PKA	Personalaufwand in Pos. 0120 des Ergebnisplans enthalten	2.703.200,00	2.809.700,00
	Saldo Kontenschema PK	2.687.100,00	2.793.400,00

Budgetdokumentation

Fachamt: 50	Erträge	Aufwand	Zuschuß- budget	Überschuß- budget	Erläuterungen
Datum:	3.888.800,00 €	19.023.300,00 €	15.134.500,00 €		Sachkostenbudget des Fachamtes im Haushaltsjahr 2008 (S. 544 f. HHP 2008) Veränderungen im Rahmen der Haushaltsplanung 2009 (Einsparungen als negativer Wert)
	-123.000,00 €	-106.600,00 €			Ansatzreduzierungen auf Einnahmeansätze in MPS HHST 41110, 16250/24100/24300/24500/24900, 41220, 16250/24100/24300/24500, 41282, 16250
	52.100,00 €				HHST 4700, 7027/7052/7058/7062 (Zuschüsse übernimmt Bezirk)
		-1.422.300,00 €			Ansatzerhöhungen in MPS bei HHST 4822, 1910
		1.471.000,00 €			Ansatzreduzierungen durch Fachamt auf Ausgabeansätze in MPS HHST 4002, 5230, 41020, 73510, 41030, 73510, 41040, 73510, 41220, 73510, 41283, 73510, 4001, 5230, 6201, 5230, 4000, 523
		10.000,00 €			Ansatzreduzierungen in MPS bei HHST 41450, 73510, 41510, 73510, 41510, 73550, 41520, 73510, 4822, 7831
		6.000,00 €			SfR: mehr für Kindergruppe Frauenhaus
		6.000,00 €			SfR: mehr für "Grünes SOFA"
		5.000,00 €			SfR: mehr für Erlanger Tafel
					Steuerrecht: Herausnahme Ansätze Büro-/Telefonanlage (GRP 523x), künftig Sachkonto 085002
	3.817.900,00 €	18.992.400,00 €	15.174.500,00 €		Sachkostenbudget des Fachamtes im Haushaltsjahr 2009 (S. 340 f. HHP 2009)
					Entwicklung des künftigen Kontenschemas SKO für das Fachamt
					a) Folgende Positionen werden herausgerechnet:
	-3.185.300,00 €	-16.592.600,00 €			Die im Budget enthaltenen Sozialtransferteleistungen werden künftig in Kontenschema 50_TFÖT erfasst.
	-51.200,00 €				Zur Budgetabrechnung sind die Kontenschematas SKO und TFÖT zusammenzufassen (siehe auch HHST 4315, 2410
					HHST 4400, 1600 u. 4400, 1610 nach Vorgabe Amt 50 (Vermerk vom 02.09.2009/Herr Vierthellig)
					Für die ehem. Delegationshaushalte wird das Kontenschema DEL eingerichtet.
					Die Kontenschematas TFÖT und DEL werden im Kontenschema TF zusammengefasst.
					Herausnahme Ansätze Büro-/Telefonanlage (GRP 523x) bereits bei Druck HHP 2009 berücksichtigt
					HHST 6200, 8470 Kautionen und HHST 6201, 2635 Ausgleichszahlungen, jetzt Kontenschema FH
	-1.000,00 €	-200,00 €			b) Folgende Positionen werden hinzigerchnet:
		4.100,00 €			HHST 4315, 7870 nach Vorgabe Amt 50 (Vermerk vom 02.09.2009/Herr Vierthellig)
		6.000,00 €			HHST 4315, 2410 nach Vorgabe Amt 50 (Vermerk vom 02.09.2009/Herr Vierthellig)
					HHST 6200, 1650 Ersatz von GeWoBau, Budget 04.99.10, Nullansatz
					HHST 4101, 1621, 4121, 1621, 4130, 1621 aus Budget 08.04., 08.06 und 08.07, Nullansatz
					HHST 4822, 4165 aus Budget 08.51.10 (ansonsten finden sich die Planansätze im Kontenschema 50_DEL)
	-3.103.200,00 €	1.651.000,00 €			alle Einnahme- und Ausgabeansätze des SKO-Schemas in Budget 08.50.10
		42.000,00 €			ACHTUNG: Änderung Budgetvolumen durch Herausrechnen der Kostenleistungen für Jugend-/Sozialhilfe
					Die Sachkonten wurden am 04.08.2009 eingerichtet
					Aufgrund Vermerk V150VOA vom 02.09.2009 wurde Zuordnung bestimmter Planansätze neu geregelt.
	3.689.600,00 €	4.096.700,00 €	407.100,00 €		Ergebnis Kontenschema SKO in nsk für Haushaltsjahr 2009

Ergebnishaushalt 2010 Verwaltungsentwurf zum Sachkostenbudget

Amt lfd. Nr.	Bezeichnung/Begründung für den Verwaltungsentwurf bzw. Änderungsantrag	Erträge	Aufwendungen	Volumen
		(minus = Ansatz- reduzierung bzw. Minderertrag)	(minus = Aufwands- reduzierung bzw. Einsparung)	Überschuß- bzw. Zuschußbudget

Sozial- und Gesundheitsausschuss

Amt 50 (Amt für Soziales, Arbeit und Wohnen)

Gesamterträge / Gesamtaufwand / Budget 2009
(negativer Betrag = Zuschußbudget)

Rücklage am 31.12.2006: EURO 17.524,64

Rücklage am 31.12.2007: EURO 61.407,96

Rücklage am 31.12.2008: EURO 319.784,32

bereinigtes SKB-Ergebnis 2008: EURO 3.147.630,27

Hinweis:

Mit Umstieg auf den doppischen Buchungsstil wurden die ehemaligen Delegationshaushalte dem Budget zugeordnet. Im Budget sind Transferleistungen nach SGB enthalten.

errechnetes Budgetvolumen 2009 (Sachkosten + Transferleistungen)	29.476.100	43.042.500	-13.566.400
nachrichtlich: anteiliges Budgetvolumen Sachkosten	3.689.600	4.096.700	407.100
nachrichtlich: anteiliges Budgetvolumen Transferleistungen	25.786.500	38.945.800	13.159.300
<u>Sparvorgabe des Stadtrats vom 30.07.2009</u>			684.309

Budgetvolumen 2010 (Sachkosten + Transferleistungen)	29.338.700	42.212.800	-12.874.100
nachrichtlich: anteiliges Budgetvolumen Sachkosten	3.689.500	4.089.200	399.700
nachrichtlich: anteiliges Budgetvolumen Transferleistungen	25.649.200	38.123.600	12.474.400
<u>Einsparungen nach Ansatzverteilung durch Fachamt</u>			692.300

<p>50. 1.0. <u>Verwaltungsentwurf zum Budget :</u> Das errechnete Zuschußbudget von Amt 50 (Sachkosten und Transferleistungen) in Höhe von 12.874.100,-- im Verwaltungsentwurf wird angenommen.</p>	<p>Abstimmung SGA : Stimmen</p> <p>Abstimmung HH-HFPA : Stimmen</p>
---	---

Änderungsanträge ergehen auf Basis des begutachteten Verwaltungsentwurfs.

Art	Id. Nr.	Bezeichnung/Begründung für den Verwaltungsentwurf bzw. Änderungsantrag	Änderungsanträge zum Verwaltungsentwurf					F.W.G.
			Grüne Liste	FDP	Erlanger Linke	odp		
			CSU	SPD	286 289/2009	316 319/2009	304/2009	
					314/2009	303/2009	304/2009	
					257/2009	301 302/2009	304/2009	
					317/2009		304/2009	
			Erträge (minus = Ansatzreduzierung bzw. Minderertrag)	Aufwendungen (minus = Aufwandsreduzierung bzw. Einsparung)	Volumenüberschuss- bzw. Zuschußbudget			

Sozial- und Gesundheitsausschuss (Sitzung am 26.01.2010)

Art 50 (Amt für Soziales, Arbeit und Wohnen)

Erträge/Aufwendungen im Sachkostenbudget 2009
 (negativer Betrag = Zuschußbudget)
 Rücklage am 31.12.2006: EURO 17.524,64
 Rücklage am 31.12.2007: EURO 61.407,96
 Rücklage am 31.12.2008: EURO 319.784,32
 bereinigtes SKB-Ergebnis 2008: EURO 3.147.630,27

Hinweis:

Mit Umstieg auf den doppelten Buchungstil wurden die ehemaligen Delegationshaushalte dem Budget zugeordnet. Im Budget sind Transferleistungen nach SGB enthalten.

errechnetes Budgetvolumen 2009
 (Sachkosten + Transferleistungen)
 nachrichtlich: anteiliges Budgetvolumen Sachkosten
 nachrichtlich: anteiliges Budgetvolumen Transferleistungen
 Sparvorgabe des Stadtrats vom 30.07.2009

Budgetvolumen 2010

(Sachkosten + Transferleistungen)
 nachrichtlich: anteiliges Budgetvolumen Sachkosten
 nachrichtlich: anteiliges Budgetvolumen Transferleistungen
 Einsparungen nach Ansatzverteilung durch Fachamt

29.476.100	43.042.500	-13.566.400
3.689.600	4.096.700	407.100
25.786.500	38.945.800	13.159.300
		684.309
29.338.700	42.212.800	-12.874.100
3.689.500	4.089.200	399.700
25.649.200	38.123.600	12.474.400
		692.300

Anz.	Bezeichnung/Begründung für den Verwaltungsentwurf bzw. Änderungsantrag	Erträge (minus = Ansatz- reduzierung bzw. Minderertrag)	Aufwendungen (minus = Ansatz- reduzierung bzw. Einsparung)	Volumen Überschub- bzw. Zuschußbudget	Änderungsanträge zum Verwaltungsentwurf					F.W.G.
					CSU	SPD	Grüne Liste	FDP	Erlanger Linke	
50.	Vorschlag der KGSt zum Sachkostenbudget 2010: 112 Zuschuss Verein Grünes S.O.F.A. e.V. Rücknahme Zuschusserhöhung	6.000	Abstimmung SB Stimmen Abstimmung SGA Stimmen	-3.000	3-17/2009	257/2009 301/302/2009	314/2009	303/2009	283/284/2009 286/289/2009 316/319/2009	304/2009
	113 Zuschuss Integrative Sportgemeinschaft Erlangen (ISG)	4.000	Abstimmung SB Stimmen	-4.000						
	118 Zuschüsse an Krankenpflegestationen	90.000	Abstimmung SB Stimmen Abstimmung SGA Stimmen	-90.000						
	119 Maßnahmen außerhalb des Sozialhilferechtes	15.000	Abstimmung SB Stimmen Abstimmung SGA Stimmen	-30.000						
	120 Zuschuss Sprungbretter e.V.	4.000	Abstimmung SB Stimmen Abstimmung SGA Stimmen	-4.000						
	121 Zuschuss DIE WABE	15.000	Abstimmung SB Stimmen Abstimmung SGA Stimmen	-15.000						
50.	Vorschlag der KGSt zum Sachkostenbudget in den Folgejahren: Die Vorschläge der KGSt zum Sachkostenbudget sollen in den Verwaltungsentwurf zum Haushaltsplan 2011 und Folgejahre einfließen.		Abstimmung SB Stimmen Abstimmung SGA Stimmen							
	112 Zuschuss Verein Grünes S.O.F.A. e.V. Rücknahme Zuschusserhöhung	6.000	Abstimmung SGA Stimmen	-3.000						
	113 Zuschuss Integrative Sportgemeinschaft Erlangen (ISG)	4.000	Abstimmung SGA Stimmen	-4.000						
	118 Zuschüsse an Krankenpflegestationen	90.000	Abstimmung SGA Stimmen	-90.000						
	119 Maßnahmen außerhalb des Sozialhilferechtes	15.000	Abstimmung SGA Stimmen	-30.000						
	120 Zuschuss Sprungbretter e.V.	4.000	Abstimmung SGA Stimmen	-4.000						
	121 Zuschuss DIE WABE	15.000	Abstimmung SGA Stimmen	-15.000						

A. Änderungsanträge zum Arbeitsprogramm

1. Vervollständigung des Arbeitsprogramms wegen mangelnder Transparenz durch die Doppik

Fraktionsantrag Nr. 280/09 **Antragsteller: Fraktion Grüne Liste**
Text des Fraktionsantrages auf Seite 29

Wegen mangelnder Transparenz durch die Umstellung auf das doppelte Haushaltssystem wird die Ergänzung des Arbeitsprogramms des Amtes 50 unter 1.2 „Mehrarbeit, Überstundenentwicklung“ und unter 2.2.2 „aktuelle Budgetentwicklung“ gewünscht.

Zu 1.2: Laut Auskunft des Personalamtes sind in 2009 – wie jedes Jahr - regelmäßige Überstunden im Bereich des Übernachtungsheimes Wöhrmühle (396 Std.) sowie der Pflegeberatung (37,5 Std.), bei Hilfskräften für Archivarbeiten (71,76 Std.) und im Bereich der Seniorenbetreuerinnen (61 Std.) angefallen. Ansonsten werden angefallene Überstunden möglichst umgehend ausgeglichen. Die mangelnde Transparenz des doppelten Systems wird durch diese Information jedoch nicht behoben.

Zu 2.2.2: Das Arbeitsprogramm war im August 2009 vorzulegen – eine Aussage zum heute aktuellen Budgetstand war damals schon aus zeitlichen Gründen nicht möglich. Außerdem hat die Verwaltung ebenfalls vergleichbare Probleme mit der mangelnden Transparenz des doppelten Haushaltssystems.

Vorschlag der Verwaltung: Der Antrag hat sich erledigt und gilt als bearbeitet.

Gutachten des Sozialbeirates:	einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen befürwortet / abgelehnt
Gutachten des Sozial- und Gesundheitsausschusses:	einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen befürwortet / abgelehnt

2. Einführung eines „Erlangen-Passes“

Fraktionsantrag Nr. 296/09 **Antragsteller: SPD-Fraktion**
Text des Fraktionsantrages auf Seite 30/31

In Anbetracht von (tatsächlichen oder befürchteten) Haushaltskürzungen, bzw. Entgelterhöhungen wird der ausreichende Zugang benachteiligter Bevölkerungsgruppen zu Bildung und Kultur als gefährdet angesehen. Es wird deshalb die Einführung des sog. „Erlangen-Passes“ gefordert – Haushaltsmittel hierfür sollen offenbar jedoch nicht eingestellt werden.

Dieser Vorschlag wurde in den letzten Jahren bereits mehrfach im SGA ausführlich diskutiert und abgelehnt (zuletzt in der SGA-Sitzung am 18.11.2008). Auf die ausführliche Begründung dieser ablehnenden Entscheidungen wird Bezug genommen. Darüber hinaus müssten bei einer Einführung des Erlangen-Passes nicht nur für die erforderlichen Umsetzungskosten im

Sozialamt, sondern auch für die entsprechenden Einnahmeausfälle in den betroffenen Fachdienststellen die jeweils dabei erforderlichen Haushaltsmittel bereitgestellt werden.

Vorschlag der Verwaltung: Der Antrag wird abgelehnt.

Gutachten des Sozialbeirates:	einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen befürwortet / abgelehnt
Gutachten des Sozial- und Gesundheitsausschusses:	einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen befürwortet / abgelehnt

3. Neuermittlung des Zuschusses Frauenhaus in 2010

Fraktionsantrag Nr. 297/09 **Antragsteller: SPD-Fraktion**
Text des Fraktionsantrages auf Seite 32

Die Neuermittlung des jährlichen Betriebskostenzuschusses für das Erlanger Frauenhaus soll im Arbeitsprogramm des Sozialamtes als verbindlicher Auftrag festgelegt werden.

Der Antrag entspricht exakt dem vorgelegten Arbeitsprogramm des Sozialamtes, in dem die Neuermittlung des jährlichen Betriebskostenzuschusses für das Erlanger Frauenhaus als Aufgabe vorgesehen ist, die im Laufe des Jahres 2010 erledigt werden soll.

Vorschlag der Verwaltung: Der Antrag hat sich erledigt und gilt als bearbeitet.

Gutachten des Sozialbeirates:	einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen befürwortet / abgelehnt
Gutachten des Sozial- und Gesundheitsausschusses:	einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen befürwortet / abgelehnt

4. Einrichtung einer Ernährungsberatung

Fraktionsantrag Nr. 302/09 **Antragsteller: SPD-Fraktion**
Text des Fraktionsantrages auf Seite 33

Für die Einführung einer Ernährungsberatung wird die Bereitstellung von 5.000 € gefordert. Gemeint ist offenbar (ein Antragstext liegt dem Sozialamt nicht vor) eine Ernährungsberatung für Hartz IV-Empfänger, bzw. bedürftige Bevölkerungsgruppen.

Diverse bestehende Kochkurse, Beratungsangebote usw. (z.B. Hausfrauenbund) stehen auch Hartz IV-Empfängern und anderen bedürftigen Kreisen offen. Erfahrungen aus anderen (Options)Kommunen zeigen jedoch, dass solche Angebote des Sozialamtes von Hartz IV-Empfängern nicht angenommen werden, sondern – wenn überhaupt – nur Angebote „neutraler“ Träger eine Chance haben. Aus Sicht der Verwaltung würde es mehr Sinn machen, Angebote von Schulen und Kindertageseinrichtungen stärker zu fördern, die „das gesunde Frühstück“ und „gesunde Ernährung“ im Rahmen ihrer Einrichtung propagieren.

Vorschlag der Verwaltung: Der Antrag wird abgelehnt.

Gutachten des Sozialbeirates: einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen
befürwortet / abgelehnt

Gutachten des Sozial- und Gesundheitsausschusses: einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen
befürwortet / abgelehnt

5. Einführung eines „Sozialtickets“ und Bereitstellung der hierfür erforderlichen Mittel

Fraktionsantrag Nr. 314/09

**Antragsteller: Fraktion Grüne Liste
Agenda 21 - Beirat**

Text des Fraktionsantrages auf Seite 34

Es wird vollinhaltlich Bezug genommen auf die ausführliche Behandlung des Themas in der Beschlussvorlage zur SGA-Sitzung vom 11.11.2009. In dieser SGA-Vorlage vom ist ausführlich dargelegt, dass die Einführung eines Sozialtickets den städtischen Haushalt ein Vielfaches dessen kosten würde, was nach dem Antrag der Fraktion Grüne Liste an Mitteln dafür bereitgestellt werden soll (weniger als 100.000 €). Sie würde auch eine Menge an Mitnahmeeffekten auslösen (u.a. auch eine Entlastung der Bundeskasse) und ihre Notwendigkeit ist auch in der Fahrradstadt Erlangen als durchaus zweifelhaft anzusehen.

Der SGA hat deshalb am 11.11.2009 beschlossen, das Thema vorerst solange zurückzustellen, bis innerhalb der VGN-Gremien eventuelle Möglichkeiten zur Umsetzung dieser Problematik über den Verkehrsverbund des Großraumes diskutiert worden sind.

Darüber hinaus ist auch in der ersten Jahreshälfte 2010 das Urteil des Bundesverfassungsgerichts über die SGB II-Regelsätze zu erwarten. Sollte es dabei zu einer nennenswerten Anhebung der Regelsätze kommen, würde möglicherweise auch der behauptete Bedarf für die Einführung eines Sozialtickets neu zu bewerten sein.

Vorschlag der Verwaltung: Der Antrag wird abgelehnt.

Gutachten des Sozialbeirates: einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen
befürwortet / abgelehnt

Gutachten des Sozial- und Gesundheitsausschusses: einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen
befürwortet / abgelehnt

6. Einsatz eines ehrenamtlichen Mediators für Kunden des Sozialamts

Fraktionsantrag Nr. 316/09

Antragsteller: Fraktion Erlanger Linke

Text des Fraktionsantrages auf Seite 35

Durch konjunkturbedingt ansteigende Hartz IV-Fallzahlen wird in 2010 eine „zwangsläufig schnellere Abfertigung“ der Kunden durch die zahlenmäßig gleichbleibende Anzahl der Sachbearbeiter befürchtet. Zur besseren Wahrung des sozialen Friedens soll deshalb eine

ehrenamtliche Mediatorenstelle für Sozialamtskunden geschaffen und zur Deckung der Unkosten 5.000 € bereitgestellt werden.

Den Antragstellern ist allerdings entgangen, dass im Stellenplan 2010 zwei zusätzliche Hartz IV-Sachbearbeiterstellen vorgesehen sind, die im Fall eines eventuellen Anstiegs der Fallzahlen besetzt werden können und eine gleichbleibende Betreuungsqualität in der Hartz IV-Sachbearbeitung sicherstellen. Unser Anspruch ist und bleibt eine qualitativ gute und korrekte Betreuung unserer Kunden durch die Sachbearbeiter selbst, so dass die Einschaltung von zusätzlichen, externen „Mediatoren“ (durch die der Arbeitsanfall auch keineswegs verringert werden würde) nicht erforderlich ist.

Problematisch erscheint auch der angebotene Deckungsvorschlag (Verzicht auf Kapitalerhöhung bei der Gewobau) – widerspricht dieser Deckungsvorschlag doch inhaltlich dem eigenen Antrag Nr. 291/09 der Fraktion Erlanger Linke (Errichtung einer weiteren Seniorenwohnanlage).

Vorschlag der Verwaltung: Der Antrag wird abgelehnt.

Gutachten des Sozialbeirates:	einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen befürwortet / abgelehnt
Gutachten des Sozial- und Gesundheitsausschusses:	einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen befürwortet / abgelehnt

7. Anonyme Befragung der Kunden des Sozialamts

Fraktionsantrag Nr. 319/09 **Antragsteller: Fraktion Erlanger Linke**
Text des Fraktionsantrages auf Seite 36

Weil die kürzlich veröffentlichte Befragung der Erlanger Bürger nach Zufriedenheit mit den städtischen Dienststellen keinen Hinweis auf die spezielle Situation der Sozialamtskunden ergab, wird die Durchführung einer anonymen Befragung der Erlanger Sozialamtskunden gewünscht, für die 20.000 € bereitgestellt werden sollen.

Unser Anspruch ist und bleibt eine qualitativ gute und korrekte Betreuung unserer Kunden durch die Sachbearbeiter, so dass hier eine anonyme Befragung nicht weiter hilft. Fehler und Unkorrektheiten, die selbstverständlich auch bei uns vorkommen, können nur bei namentlicher Benennung behoben werden und nicht durch eine anonyme Befragung. Darüber hinaus existiert bei uns seit etwa einem Jahr ein sog. „Kummerkasten“ für – anonyme oder namentliche – Beschwerden, Kritik, Lob usw., von dem allerdings nur relativ wenig Gebrauch gemacht wird.

Problematisch erscheint auch der angebotene Deckungsvorschlag (Verzicht auf Kapitalerhöhung bei der Gewobau) – widerspricht dieser Deckungsvorschlag doch inhaltlich dem eigenen Antrag Nr. 291/09 der Fraktion Erlanger Linke (Errichtung einer weiteren Seniorenwohnanlage).

Vorschlag der Verwaltung: Der Antrag wird abgelehnt.

Gutachten des Sozialbeirates: einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen
befürwortet / abgelehnt

Gutachten des Sozial- und Gesundheitsausschusses: einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen
befürwortet / abgelehnt

10. Zuschuss an Integrative Sportgemeinschaft Erlangen

Fraktionsantrag Nr. 302/09

Antragsteller: SPD-Fraktion

Fraktionsantrag Nr. 314/09

Antragsteller: Fraktion Grüne Liste

Text der Fraktionsanträge auf Seite 33 und 34

Für einen Zuschuss an die Integrative Sportgemeinschaft Erlangen wird eine Anhebung des Sozialamtsbudgets um 5.000 € gewünscht.

Im HH-Entwurf ist für diesen Zweck bisher noch kein Ansatz enthalten, da – nach entsprechender ausführlicher Debatte – der SGA erstmals in seiner Sitzung vom 11.11.2009 die Vergabe eines städtischen Zuschusses von 300 € monatlich an die ISG Erlangen beschlossen hat. Da von der ISG selbst die Höhe des nicht gedeckten Defizits für den laufenden Vereinsbetrieb auf 300 € monatlich beziffert wurde, sollte eine Budgetanhebung um 4.000 € ausreichen.

Vorschlag der Verwaltung: Der Antrag wird in Höhe von 4.000 € befürwortet.

Gutachten des Sozialbeirates: einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen
befürwortet / abgelehnt

Gutachten des Sozial- und Gesundheitsausschusses: einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen
befürwortet / abgelehnt

11. Zuschuss an KISS (Regionalzentrum der Selbsthilfegruppen)

Fraktionsantrag Nr. 302/09

Antragsteller: SPD-Fraktion

Text des Fraktionsantrages auf Seite 33

Für einen Zuschuss an KISS (Regionalzentrum der Selbsthilfegruppen) wird eine Anhebung des Sozialamtsbudgets um 2.200 € gewünscht.

Im HH-Entwurf ist für diesen Zweck bereits ein Ansatz von 2.200 € enthalten, der in dieser Höhe auch vom Regionalzentrum beantragt wurde.

Vorschlag der Verwaltung: Der Antrag hat sich erledigt und gilt als bearbeitet.

Gutachten des Sozialbeirates: einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen
befürwortet / abgelehnt

Gutachten des Sozial- und Gesundheitsausschusses: einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen
befürwortet / abgelehnt

12. Zuschuss an Kindergruppe Frauenhaus

Fraktionsantrag Nr. 314/09 Antragsteller: Fraktion Grüne Liste

Text des Fraktionsantrages auf Seite 34

Für einen höheren Zuschuss an die Kindergruppe Frauenhaus wird eine Anhebung des Sozialamtsbudgets um 20.000 € gewünscht.

Im HH-Entwurf ist für diesen Zweck bereits ein Ansatz von 50.700 € enthalten (wie 2009, als eine Anhebung um 6.000 € gegenüber dem Ansatz der Vorjahre vorgenommen wurde). Der Antrag der Fraktion Grüne Liste (70.700 €) entspricht nahezu exakt dem von der Kindergruppe Frauenhaus beantragten Zuschuss (73.900 €). Nach Auffassung der Verwaltung sollte aber die Beibehaltung der Anhebung aus 2009 von 44.700 auf 50.700 € ausreichend sein, um die Fortführung der Arbeit zu gewährleisten.

Vorschlag der Verwaltung: Der Antrag wird abgelehnt.

Gutachten des Sozialbeirates:	einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen befürwortet / abgelehnt
Gutachten des Sozial- und Gesundheitsausschusses:	einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen befürwortet / abgelehnt

13. Zahlung eines SchülerInnengeldes ab der 11. Klasse

Fraktionsantrag Nr. 314/09 Antragsteller: Fraktion Grüne Liste

Text des Fraktionsantrages auf Seite 34

Ohne genaue Bezifferung wird eine Anhebung des Sozialamtsbudgets gewünscht, damit ein Schülerinnengeld ab der 11. Klasse aus städtischen Mitteln gezahlt werden kann.

Aus Sicht der Verwaltung dürfte es der Antragstellerin um die sog. Schulbeihilfe für Schulkinder aus bedürftigen Familien gehen (§ 24 a SGB II, § 28 a SGB XII), die seit dem letzten Herbst jeweils zum Schuljahresbeginn eine zusätzliche Beihilfe von 100 € erhalten. In einem ersten Entwurf von Sommer 2009 zu dieser gesetzlichen Neuerung war tatsächlich vorgesehen, diese zusätzliche Beihilfe für bedürftige Schulkinder nur bis einschließlich der 10. Klasse zu zahlen. Dagegen wurde jedoch u.a. auch von der Stadt Erlangen heftig protestiert, weil es abwegig ist, eine Förderung bedürftiger Schulkinder generell nur bis zur Mittleren Reife – und nicht bis zum Abitur - vorzusehen. Tatsächlich hat der Gesetzgeber dies dann auch rechtzeitig korrigiert: Die neuen, seit August 2009 in Kraft befindlichen Leistungen nach § 24 a SGB II und nach § 28 a SGB XII werden bis zur 13. Klasse gezahlt.

Das Anliegen der Fraktion Grüne Liste ist somit durch die geltende Rechtslage gesichert. Soweit die Stadt die Leistungen finanzieren muss (§ 28 a SGB XII) sind die erforderlichen Mittel im HH-Entwurf enthalten.

Vorschlag der Verwaltung: Der Antrag hat sich erledigt und gilt als bearbeitet.

Gutachten des Sozialbeirates:	einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen befürwortet / abgelehnt
Gutachten des Sozial- und Gesundheitsausschusses:	einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen befürwortet / abgelehnt

14. Zuschuss an Grünes Sofa e.V.

Fraktionsantrag Nr. 314/09 **Antragsteller: Fraktion Grüne Liste**
Text des Fraktionsantrages auf Seite 34

Für einen Zuschuss an das Grüne Sofa e.V. wird ein Zuschuss von 5.000 €(oder eine Anhebung des Sozialamtsbudgets um weitere 5.000 €?) gewünscht.

Im HH-Entwurf ist für diesen Zweck bereits ein Ansatz von 9.000 €enthalten (wie 2009, als eine Anhebung um 6.000 €gegenüber dem Ansatz des Vorjahres vorgenommen wurde). Im Rahmen der Prüfung des Verwendungsnachweises 2008 zeigte sich jedoch, dass eine solche Zuschusserhöhung (von 3.000 €auf 9.000 €) nach den städtischen Zuwendungsrichtlinien nicht vertretbar ist. Mit Einverständnis des Vereins Grünes Sofa wurde deshalb die Auszahlung des Zuschusses 2009 auf 6.000 €begrenzt. Nach Auffassung der Verwaltung sollte der Zuschuss 2010 wieder auf die ursprüngliche Höhe von 3.000 €reduziert werden.

Diese Erkenntnisse haben sich erst zu einem Zeitpunkt gebildet (während der Prüfung des Verwendungsnachweises 2008), als die Anmeldungen des Sozialamtes zum Haushalt 2010 schon längst abgegeben waren (deshalb findet sich dort noch der gleiche Ansatz von 9.000 € wie im Haushalt 2009).

Vorschlag der Verwaltung: Der Antrag wird abgelehnt. Stattdessen wird das Budget (und der Zuschuss an das Grüne Sofa e.V.) um 6.000 €reduziert. Es verbleibt damit ein Zuschuss an das Grüne Sofa e.V. von 3.000 €

Gutachten des Sozialbeirates:	einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen befürwortet / abgelehnt
Gutachten des Sozial- und Gesundheitsausschusses:	einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen befürwortet / abgelehnt

15. Bereitstellung von Mitteln für Leistungen außerhalb des SGB XII

Antragsteller: Agenda 21 - Beirat
Text des Antrages auf Seite 37

Der Agenda 21-Beirat wünscht die Bereitstellung von HH-Mitteln für Leistungen außerhalb des SGB XII.

Der gleiche Antrag wurde vom Agenda 21-Beirat bereits vor einem Jahr zu den Haushaltsberatungen gestellt. Schon damals wurde vom Sozialamt mitgeteilt, dass „seit altersher auf der HHSt. 4980.7873 jährlich 30.000 €für diesen Zweck bereitstehen.“ Dies gilt

auch für den HH-Entwurf 2010 – nur dass dieser Betrag jetzt unter Produkt 3517, Kontenschema 50_TF_ÖT, Sachkonto 533961, Kostenstelle 500090, Kostenträger 35171000 zu finden sein müsste.

Im Rahmen der externen Überprüfungen aller freiwilligen Leistungen durch die KGSt hat das Sozialamt allerdings auch diesen Ansatz zur Diskussion gestellt. Angesichts der schwierigen allgemeinen Haushaltslage und angesichts des vergleichsweise geringen Bedarfs der letzten Jahre aus diesem Ansatz (im Regelfall um die 10.000 €pro HH-Jahr), hat das Sozialamt gegenüber der KGSt eine Halbierung dieses Ansatzes auf 15.000 €angeregt. Die endgültigen Vorschläge der KGSt sind zum jetzigen Zeitpunkt jedoch noch nicht bekannt.

Vorschlag der Verwaltung: Der Antrag hat sich erledigt und gilt als bearbeitet.

Gutachten des Sozialbeirates: einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen
befürwortet / abgelehnt

Gutachten des Sozial- und Gesundheitsausschusses: einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen
befürwortet / abgelehnt

C. Änderungsanträge zum Investitionshaushalt

16. Errichtung einer weiteren Seniorenwohnanlage

Fraktionsantrag Nr. 291/09

Antragsteller: Fraktion Erlanger Linke

Text des Fraktionsantrages auf Seite 38

Unter Hinweis auf entsprechende, beispielhafte Gewobau-Projekte sollen im städtischen Haushalt die notwendigen Mittel zur Errichtung einer weiteren Seniorenwohnanlage durch die Stadt bereit gestellt werden.

Der Vorschlag wird von der Verwaltung begrüßt – die Umsetzung sollte jedoch nicht durch die Stadt, sondern besser durch die Gewobau erfolgen. Eine finanzielle Unterstützung durch die Stadt sollte dann geprüft werden, wenn die Realisierung eines solchen Projekts durch die Gewobau ansteht.

Vorschlag der Verwaltung: Der Antrag wird zuständigkeitshalber an den Aufsichtsrat der Gewobau weiter geleitet.

Gutachten des Sozialbeirates: einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen
befürwortet / abgelehnt

Gutachten des Sozial- und Gesundheitsausschusses: einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen
befürwortet / abgelehnt

17. Zuschuss zum Umbau bestehender Altenheime

Fraktionsantrag Nr. 305/09

Antragsteller: ödp/FDP-Fraktion

Fraktionsantrag Nr. 314/09

Antragsteller: Fraktion Grüne Liste

Antragsteller: Seniorenbeirat

Text der Anträge auf den Seiten 34, 39 und 40

Der städtische Zuschuss zum Umbau bestehender Altenheime in Erlangen nach dem Hausgemeinschaftsmodell soll in 2010 von 20.00 € auf 100.000 € angehoben werden.

Dieser städtische Zuschuss hat sich nach Auffassung der Verwaltung bewährt und hat bereits in zwei Altenheimen zu wesentlichen Verbesserungen für die Bewohnerinnen und Bewohner geführt. Aktuell ist allerdings kein weiteres Umbauprojekt in Aussicht. Aus Sicht der Verwaltung wäre es deshalb sinnvoll, den Ansatz 2010 – wie auch in der Vergangenheit praktiziert – anzusparen zur Finanzierung zukünftiger Projekte.

Vorschlag der Verwaltung: Der Antrag wird befürwortet.

Gutachten des Sozialbeirates: einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen

befürwortet / abgelehnt
 Gutachten des Sozial- und Gesundheitsausschusses: einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen
 befürwortet / abgelehnt

18. Keine Kapitalerhöhung Gewobau

Fraktionsantrag Nr. 287/09 Antragsteller: Fraktion Erlanger Linke
 Text des Fraktionsantrages auf Seite 41

Auf eine Kapitalerhöhung Gewobau in Höhe von 24.700 € soll verzichtet werden – zugunsten der Finanzierung eines ehrenamtlichen Mediators für Kunden des Sozialamts (siehe Änderungsantrag Nr. 7) und zugunsten der Finanzierung einer anonymen Befragung der Kunden des Sozialamts.

Vorschlag der Verwaltung: Der Antrag wird abgelehnt.

Gutachten des Sozialbeirates: einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen
 befürwortet / abgelehnt
 Gutachten des Sozial- und Gesundheitsausschusses: einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen
 befürwortet / abgelehnt

19. Ankauf von Belegungsrechten

Antragsteller: Verwaltung

Im Rahmen der Haushaltsberatungen ist eine Entscheidung herbeizuführen, in welcher Höhe durch eine städtische Beihilfe die Annuitätsbelastung der Gewobau aus den KfW-Krediten zur Sanierung der Belegrechtswohnungen im städtischen Haushalt finanziert wird (siehe Grundsatzbeschluss des Stadtrates vom 30.7.2009 und danach ausformulierter Vertragsentwurf mit der Gewobau).

Die Finanzierung dieser städtischen Belastung erfolgt nach der Zusicherung des Kämmerers aus den entsprechenden, nicht verbrauchten Haushaltsresten, die im Jahr 2009 eingezogen wurden und deshalb in 2010 problemlos wieder neu veranschlagt werden können.

Gutachten des Sozialbeirates: einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen
 befürwortet / abgelehnt
 Gutachten des Sozial- und Gesundheitsausschusses: einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen
 befürwortet / abgelehnt

OBM/ZV/112/CMB T. 1642

Erlangen, Dezember 2009

Änderung und Ergänzung des Stellenplanes 2010

Neufassung

**hier: Auszug aus der Verwaltungsvorlage vom Dezember 2009
für die Sitzung des HFPA-HH am 10.02./11.02.10**

Inhalt:	Seite
1. Vorbemerkungen	2
2. Liste A Fachausschüsse - neue Planstellen, Fraktionsanträge usw. (Seite 19 – 20 der Gesamtvorlage)	3

Referat Zentrale Verwaltung

Ternes

1 Vorbemerkungen

Mit dieser Neufassung wird die ursprüngliche Verwaltungsvorlage auf den aktuellen Stand gebracht.

Aufgeführt sind alle Anträge der ursprünglichen Verwaltungsvorlage sowie neu hinzugekommene Anträge und Vorgänge (mit **! und "neu" gekennzeichnet).**

Sie enthält neben Verwaltungsanträgen auch die im Vorgriff bereits beschlossenen Änderungen des Stellenplanes und die eingegangenen Fraktionsanträge zum Stellenplan.

Die neugefasste Vorlage ist gegliedert in

Liste A Fachausschüsse

darin enthalten sind:

Beschlüsse im Vorgriff = "nachrichtlich"

- **Verwaltungsanträge**
 - neue Planstellen,
 - Stelleneinzüge,
 - Funktionsänderungen,
 - Sperrungen und Entsperrungen
 - kw-Vermerke
- Fraktionsanträge sind mit  gekennzeichnet und *kursiv* geschrieben

Die Liste A dient zur Beratung und Begutachtung in den Fachausschüssen.

Liste B

darin enthalten sind:

- Stellenwertänderungen
- Stellenumwandlungen
- Beschlüsse im Vorgriff = "nachrichtlich"

Die Liste B dient nur zur Beratung im HFPA am 10.02./11.02.10

Änderung und Ergänzung des Stellenplanes 2010

2 Liste A Fachausschüsse neue Planstellen und Stelleneinzüge (einschl. Funktionsänderungen, Sperrungen, Entsperrungen und kw-Vermerke)

In der Liste A Fachausschüsse sind alle Stellenanträge erfasst, die von der Verwaltung für gerechtfertigt angesehen werden sowie alle Fraktionsanträge. Stellenhebungen sind in Liste B enthalten. Die Positionen sind nach Fachausschüssen gegliedert und innerhalb dieser nach Ämtern. Stellenumschichtungen von einem Amt in ein anderes wurden dem künftigen Amt zugeordnet. Falls die Personalkosten bereits in den entsprechenden Amtbudgets angesetzt sind, wurden keine Beträge in der Spalte Personalkosten eingetragen. Die zusätzlich erforderlichen Personalkosten sind im Haushaltsjahr 2010 bei Bedarf in die Amtbudgets einzustellen.

Anträge die bereits in der *grünen Verwaltungsvorlage* enthalten waren, sind hier ohne Bemerkung einbezogen worden.

Anträge der Verwaltung und Beschlüsse im Vorgriff, die zusätzlich zur ursprünglichen grünen Verwaltungsvorlage aufgenommen wurden, besitzen den Vermerk "**neu**" und sind mit **!** gekennzeichnet.

Fraktionsanträge wurden als "**Fraktionsantrag...**" und mit **☞** gekennzeichnet.

Stellen, die bereits durch HFPA- oder Stadtratsbeschluss geschaffen, geändert oder ge- oder entsperrt wurden, sind mit "**nachrichtlich**" gekennzeichnet.

Die Angaben und Abkürzungen zu Funktion und Wert der beantragten Stellen richten sich nach dem Stellenplan.

PISt = Planstellen-Nummer

Zw = Zuwachs an neuen Planstellen

Ein = Einzug von Planstellen

Personalkosten = zusätzliche jährliche Personalkosten (auf der Basis der von Amt 11 ermittelten Durchschnittskosten für die Stadtverwaltung, gerundet auf volle Hundert €); sie entfallen bei kostenneutralen Maßnahmen (z.B. infolge gleichzeitiger Einzüge). Für das Jahr 2010 werden weitestgehend nur die Jahreskosten für ein halbes Jahr angesetzt, da die Besetzung der Planstelle erst im Laufe des Jahres erfolgt.

kw = künftig wegfallend

s = Sperrung

2.1 Nachrichtlich: **Bereits** durch den Stadtrat beschlossene/zu streichende Stellen bzw von OBM/ZV durchgeführte Funktionsänderungen

...

2.2 Stelleneinzüge

...

2.3 Stellenneuschaffungen, Funktionsänderungen, kw-Vermerke, s-Sperrungen bzw. –Entsperrungen
 Auszug aus der Gesamtvorlage Seite 19 - 20

Nr.	Ref/ Amt/PISt	Zw/EZ.	Funktion/Aufgabe/ Thema	Wert	Anteilige Personal- kosten 2010 €	Gesamt- Jahres- kosten ab 2011 €	Begründung	Gutach- ten Fach- aus- schuss	Gutach- ten HFGA 10.02./ 11.02.10	Beschluss Stadtrat 25.02.10
SGA										
Amt 50										
56.	V 50...	2,0	SB	A 9/10	35.400	70.800	Neuschaffung: Aktuelle Stellenbedarfsbemessung hat diesen Stellen- zusatzbedarf bei Abt. 501 (SGB II) ergeben.			
57.	V 50...	0,5	SB	A 9 S	4.500	8.900	Neuschaffung mit Stundensperre in Höhe von 11 Std.: Fallzahlen bei der EOF steigen und machen diesen Stellenneubedarf erforderlich.			
58.	V 50...	0,5	Soz.Päd. Be- wohnerhilfen in Verfügungs- wohnungen	IVb (EG 9)	13.500	27.000	Neuschaffung: Der Einsatz einer Sozialpädagogin im v.g. Bereich (Stellenschaffung 2008) hat sich bewährt und soll aus- geweitet werden.			
59.	Fraktions- antrag CSU V 50		Soz.Päd. Be- wohnerhilfen in Verfügungs- wohnungen	IVb (EG 9)	---	---	Streichung des Änderungsvorschlages Nr. 58: <i>Begründung: Siehe oben Nr. 3</i>			
60.	Fraktions- antrag Grüne Liste V 50	1,0	Förderung der Integration und Teilhabe älterer Menschen mit Migrationshin- tergrund		28.300	56.500	Neuschaffung: <i>Der Anteil der SeniorInnen mit Migrationshintergrund wächst und dieser Entwicklung muss Rechnung getra- gen werden – siehe auch Beschluss des Ausländer- und Integrationsbeirates v. 17.09.09:</i>			

Nr.	Ref/ Amt/PISt	Zw/EZ.	Funktion/Aufgabe/ Thema	Wert	Anteilige Personal- kosten 2010 €	Gesamt- Jahres- kosten ab 2011 €	Begründung	Gutach- ten Fach- aus- schuss	Gutach- ten HFGA 10.02./ 11.02.10	Beschluss Stadtrat 25.02.10
61. 	<u>Fraktions- antrag Grüne Liste</u> V 50	1,0	Soz.Päd. Be- wohnerhilfen in Verfügungs- wohnungen	IVb (EG 9)	27.000	54.000	<u>Neuschaffung:</u> Die Schaffung einer zusätzlichen Stelle wegen des in- tensiven Betreuungsbedarfs – siehe Arbeitsprogramm S. 253			
62. 	<u>Fraktions- antrag Grüne Liste</u> V 50		SGL Wohnungs- bindung und – vermittlung	A 9/10	---	---	<u>Wiederbesetzung der Planstelle 5031010:</u> Siehe Arbeitsprogramm S. 253			
78/1 	<u>Fraktions- antrag SPD</u> V 50	1,0	Förderung der Integration und Teilhabe älterer Menschen mit Migrationshin- tergrund	EG 10	28.300	56.500	<u>Neuschaffung:</u> Zusätzliche Aufgabe – bisher nicht berücksichtigte Si- tuation älterer MigrantInnen			

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 23.11.2009
Antragsnr.: 280/2009
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: V/50/Hr. Vierheilig
mit Referat:

Grüne Liste Rathausplatz 1 91052 Erlangen

Herrn
 Oberbürgermeister
 Dr. Siegfried Balleis
 Rathausplatz 1
 91052 Erlangen



Stadtratsfraktion

Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
 Zimmer 130

tel 09131/862781 fax 09131/861681
 e-mail: gruene-liste@erlangen.de
<http://www.gl-erlangen.de>

Bürozeiten:
 Mo 10-12, 14-18 Di, Mi 10-12 Do 10-14

Erlangen, den 23.11.2009

**Antrag:
 Haushalt 2010 – Arbeitsprogramm des Sozialamtes**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir beantragen:

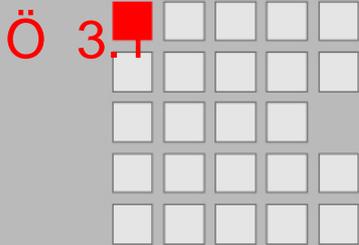
Das Sozialamt legt umgehend ein vollständiges Arbeitsprogramm vor.

Mehrmals wurde ausgeführt, dass die Umstellung auf das doppische Haushaltssystem noch nicht vollständig vollzogen ist und noch viele Mängel beinhaltet. Dazu hat auch der Oberbürgermeister im Rahmen der Informationsveranstaltung 13.11. betont, dass die Arbeitsprogramme eine wichtige Grundlage für die Haushalts-Beratungen sind. Dazu beantragen wir, dass das Sozialamt ein vollständiges Arbeitsprogramm vorlegt, indem die Fragestellungen zur Mehrarbeit, Überstundenentwicklung (1.2.) und zur aktuellen Budgetentwicklung (2.2.2.) auch beantwortet werden.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Wencke Seuberling

F.d.R.: Wolfgang Most



Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 01.12.2009

Antragsnr.: 296/2009

Verteiler: OBM, BM, Fraktionen

**Zust. Referat: V/50/Hr. Vierheilig
mit Referat:**

**SPD Fraktion
im Stadtrat Erlangen**

Rathausplatz 1

91052 Erlangen

Geschäftsstelle im Rathaus,

1. Stock, Zimmer 105 und 105a

Telefon 09131 862225

Telefax 09131 862181

e-Mail spd@erlangen.de

www.spd-fraktion-erlangen.de

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Siegfried Balleis
Rathaus

91052 Erlangen

Antrag zum Haushalt 2010

**Erlangen Pass: Teilhabe an Gesellschaft, Bildung und Kultur
ermöglichen**

Datum

01.12.2009

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

AnsprechpartnerIn

Saskia Coerlin

verordnete Kürzungen im städtischen Etat und hier insbesondere bei den „freiwilligen Leistungen“ führen zu zunehmender Ausgrenzung von Menschen, die in Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaften und als AufstockerInnen und EmpfängerInnen von Grundsicherung oder Wohngeld in Erlangen leben. Viele städtische Ämter und Einrichtungen in diesem Bereich sehen nur noch in der Erhöhung der Gebühren und Eintrittspreise eine Möglichkeit, ihre Aufgaben unter der Vorgabe der verordneten Kürzung von 3% des Sachmittelbudgets erfüllen zu können (vgl. Arbeitsprogramme).

Durchwahl

09131 862225

Seite

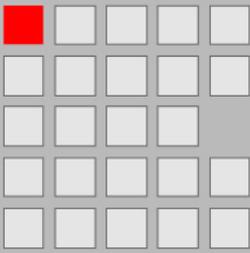
1 von 2

Da bereits absehbar ist, dass Eintrittspreise, Kursentgelte und Beiträge im Jahr 2010 steigen werden, muss umso dringender der Zugang zu Bildung und Kultur für die oben genannten benachteiligten Bevölkerungsgruppen gefördert werden. MitbürgerInnen aus diesen Gruppen sind in besonderem Maße auf einen niederschweligen, d.h. vor allem kostengünstigen, Zugang zu Angeboten der (Weiter)bildung, Bewegung und sozialen Integration angewiesen. Erlangen ist als „kinder- und familienfreundliche Stadt“ mit dem Schwerpunkt „Bildung“ besonders verpflichtet, vor allem Kindern die Teilnahme an Bildungsangeboten zu ermöglichen, die sie auf Grund ihrer sozialen Lage sonst kaum wahrnehmen können.

Wir sehen die Entwicklung des erschwerten Zugangs zu Angeboten in Bildung und Kultur mit großer Sorge und beantragen daher:

Vor dem Hintergrund der Erhöhung von Eintrittspreisen und Kursentgelten wird endlich der Erlangen-Pass eingeführt, der den





Zugang zu Bildung und Kultur erleichtert. Damit können berechnigte Personen bei geringem Verwaltungsaufwand zielgerichtet gefördert werden.

Rathausplatz 1
91052 Erlangen
Geschäftsstelle im Rathaus,
1. Stock, Zimmer 105 und 105a
Telefon 09131 862225
Telefax 09131 862181
e-Mail spd@erlangen.de
www.spd-fraktion-erlangen.de

Mit freundlichen Grüßen

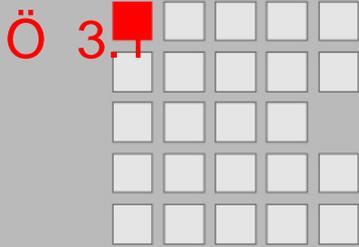
Florian Janik
Fraktionsvorsitzender

Datum
01.12.2009

AnsprechpartnerIn
Saskia Coerlin

Durchwahl
09131 862225

Seite
2 von 2



Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 01.12.2009

Antragsnr.: 297/2009

Verteiler: OBM, BM, Fraktionen

**Zust. Referat: V/50/Hr. Vierheilig
mit Referat:**

**SPD Fraktion
im Stadtrat Erlangen**

Rathausplatz 1

91052 Erlangen

Geschäftsstelle im Rathaus,

1. Stock, Zimmer 105 und 105a

Telefon 09131 862225

Telefax 09131 862181

e-Mail spd@erlangen.de

www.spd-fraktion-erlangen.de

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Siegfried Balleis
Rathaus

91052 Erlangen

**Antrag zum Haushalt 2010
Arbeitsprogramm des Sozialamts – Amt 50**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der Zuschuss für das Erlanger Frauenhaus basiert auf Betriebskosten, die sich auf das bisherige Gebäude und den bisherigen Umfang der Tätigkeit beziehen. Es ist daher erforderlich, die tatsächlich anfallenden Kosten in der ersten Jahreshälfte zu prüfen und ggf. den Zuschuss – nach Verhandlungen mit dem Landkreis über dessen Beteiligung – zu erhöhen. Daher beantragen wir folgende Änderung zum Arbeitsprogramm des Sozialamtes:

Auf S. 257 ist die Neuermittlung des benötigten jährlichen Betriebskostenzuschusses als verbindlicher Auftrag festzulegen.

Mit freundlichen Grüßen

Florian Janik
Fraktionsvorsitzender

Datum

01.12.2009

AnsprechpartnerIn

Saskia Coerlin

Durchwahl

09131 862225

Seite

1 von 1

302/09

Amt lfd. Nr.	Bezeichnung/Begründung für den Verwaltungsentwurf bzw. Änderungsantrag	Erträge	Aufwendungen	Volumen
		(minus = Ansatz- reduzierung bzw. Minderertrag)	(minus = Aufwands- reduzierung bzw. Einsparung)	Überschuß- bzw. Zuschußbudget

Sozial- und Gesundheitsausschuss

Amt 50 (Amt für Soziales, Arbeit und Wohnen)

Gesamterträge / Gesamtaufwand / Budget 2009
(negativer Betrag = Zuschußbudget)

Rücklage am 31.12.2006: EURO 17.524,64

Rücklage am 31.12.2007: EURO 61.407,96

Rücklage am 31.12.2008: EURO 319.784,32

bereinigtes SKB-Ergebnis 2008: EURO 3.147.630,27

Hinweis:

Mit Umstieg auf den doppelstichigen Buchungsstil wurden die ehemaligen Delegationshaushalte dem Budget zugeordnet. Im Budget sind Transferleistungen nach SGB enthalten.

errechnetes Budgetvolumen 2009 (Sachkosten + Transferleistungen)	29.476.100	43.042.500	-13.566.400
nachrichtlich: anteiliges Budgetvolumen Sachkosten	3.689.600	4.096.700	407.100
nachrichtlich: anteiliges Budgetvolumen Transferleistungen	25.786.500	38.945.800	13.159.300
<u>Sparvorgabe des Stadtrats vom 30.07.2009</u>			684.309

Budgetvolumen 2010 (Sachkosten + Transferleistungen)	29.338.700	42.212.800	-12.874.100
nachrichtlich: anteiliges Budgetvolumen Sachkosten	3.689.500	4.089.200	399.700
nachrichtlich: anteiliges Budgetvolumen Transferleistungen	25.649.200	38.123.600	12.474.400
<u>Einsparungen nach Ansatzverteilung durch Fachamt</u>			692.300

50. 1.0.	Verwaltungsentwurf zum Budget: Das errechnete Zuschußbudget von Amt 50 (Sachkosten und Transferleistungen) in Höhe von 12.874.100,- im Verwaltungsentwurf wird angenommen.	Abstimmung SGA : Stimmen
		Abstimmung HH-HFPA : Stimmen

Änderungsanträge ergehen auf Basis des begutachteten Verwaltungsentwurfs.

Änderungsanträge aus den Fraktionen/Stadtrat:			
1. Antrag:	Aids-Hilfe, Kostenstelle 500120, S. 165		9.200
2. Antrag:	Fliederlich, Kostenstelle 500120, S. 165		5.000
3. Antrag:	Integrative Sportgemeinschaft, Kostenstelle 500120, S. 165		5.000
4. Antrag:	Ernährungsberatung		5.000
5. Antrag:	Zuschuss KISS		2.200
6. Antrag:			
7. Antrag:			

314/09

Ergebnishaushalt 2010 Verwaltungsentwurf zum Sachkostenbudget

Amt Ifd. Nr.	Bezeichnung/Begründung für den Verwaltungsentwurf bzw. Änderungsantrag	Erträge	Aufwendungen	Volumen
		(minus = Ansatz- reduzierung bzw. Minderertrag)	(minus = Aufwands- reduzierung bzw. Einsparung)	Überschuß- bzw. Zuschußbudget

Sozial- und Gesundheitsausschuss

Amt 50 (Amt für Soziales, Arbeit und Wohnen)

Gesamterträge / Gesamtaufwand / Budget 2009
(negativer Betrag = Zuschußbudget)
Rücklage am 31.12.2006: EURO 17.524,64
Rücklage am 31.12.2007: EURO 61.407,96
Rücklage am 31.12.2008: EURO 319.784,32
bereinigtes SKB-Ergebnis 2008: EURO 3.147.630,27

Hinweis:

Mit Umstieg auf den doppischen Buchungstil wurden die ehemaligen Delegationshaushalte dem Budget zugeordnet. Im Budget sind Transferleistungen nach SGB enthalten.

errechnetes Budgetvolumen 2009 (Sachkosten + Transferleistungen)	29.476.100	43.042.500	-13.566.400
nachrichtlich: anteiliges Budgetvolumen Sachkosten	3.689.600	4.096.700	407.100
nachrichtlich: anteiliges Budgetvolumen Transferleistungen	25.786.500	38.945.800	13.159.300
<u>Sparvorgabe des Stadtrats vom 30.07.2009</u>			684.309
Budgetvolumen 2010 (Sachkosten + Transferleistungen)	29.338.700	42.212.800	-12.874.100
nachrichtlich: anteiliges Budgetvolumen Sachkosten	3.689.500	4.089.200	399.700
nachrichtlich: anteiliges Budgetvolumen Transferleistungen	25.649.200	38.123.600	12.474.400
<u>Einsparungen nach Ansatzverteilung durch Fachamt</u>			692.300

50. 1.0.	<u>Verwaltungsentwurf zum Budget:</u> Das errechnete Zuschußbudget von Amt 50 (Sachkosten und Transferleistungen) in Höhe von 12.874.100,- im Verwaltungsentwurf wird angenommen.	Abstimmung SGA : Stimmen
		Abstimmung HH-HFPA : Stimmen

Änderungsanträge ergehen auf Basis des begutachteten Verwaltungsentwurfs.

Änderungsanträge aus den Fraktionen/Stadtrat:			
1. Antrag:	Hausgemeinschaft für Demenzkranke – Umbau von bestehenden Abteilungen in den Alten- und Pflegeheimen. Siehe Antrag des Seniorenbeirates	plus 80.000	
2. Antrag:	Zuschuss an Kindergruppe Frauenhaus e.V.	plus 20.000	
3. Antrag:	Verschiedene freiwillige Leistungen (z.B. Sozialticket, Integrative Sportgemeinschaft Erlangen e.V. (ISG), Schülerinnengeld ab 11. Klasse und incl. 5000 Euro Grünes Sofa)	plus 100.000	
4. Antrag:			
5. Antrag:			
6. Antrag:			
7. Antrag:			

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 01.12.2009
Antragsnr.: 316/2009
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: V/50/Vierheilig
mit Referat: OBM/ZV/11, II/20/Sponsel



Erlanger Linke Rathausplatz 1
 91052 Erlangen

Herrn
 Oberbürgermeister
 Dr. Siegfried Balleis
 Rathausplatz 1
 91052 Erlangen

Fraktion Erlanger Linke

Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
 Zimmer 127

Büro: Montags 15.00 Uhr bis 18.00 Uhr
 Und nach Vereinbarung

tel 09131/86-1789
 fax 09131/86-1791
 e-mail: erlanger-linke@stadt.erlangen.de
<http://www.erlanger-linke-stadtrat.de/>
www.twitter.com/erlangerlinke

Erlangen, den 30.11.2009

Antrag zum Haushalt 2010:

Sehr geehrter Herr Dr. Balleis,

die Erlanger Linke beantragt die Schaffung einer ehrenamtlichen Mediatorenstelle für Sozialamtskunden.

Zur Deckung der entstehenden Kosten sind in den Haushalt 5000.- € einzustellen.

Zur Finanzierung sollten eingesparte Mittel herangezogen werden – vgl. hierzu unseren Antrag zu: **522.300 IP 62.1** (Amt 20 Stadtkämmerei / Kapitalerhöhung GEWOBAU : 24.700.-€)

Begründung:

Die wirtschaftliche Situation der Bundesrepublik läßt erwarten, daß die Zahl der hier ansässigen Arbeitslosen im nächsten Jahr noch enorm steigen wird. Eine Zunahme der zu bearbeitenden Sozialamtsfälle wird bei gleichbleibender Anzahl der zuständigen Sacharbeiter zwangsläufig zu schnellerer "Abfertigung" der betroffenen Kundschaft führen. Ärger auf beiden Seiten ist hierdurch vorprogrammiert. Wie schon heute gelegentlich vorkommend, werden sich Sozialamtskunden künftig häufiger als ungerecht behandelt empfinden. Ein als unparteiischer Vermittler agierender ehrenamtlicher Mediator könnte hier dazu beitragen, den sozialen Frieden zu wahren.

Die Stadt Erlangen sollte daher dem Beispiel anderer Städte (wie z.B. Duisburg u.a.) folgen und eine entsprechende Stelle einrichten

Mit freundlichen Grüßen

Frank Heinze
 Stadtrat

Eckart Wangerin
 Stadtrat

Claudia Bittner
 Stadträtin

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 01.12.2009
 Antragsnr.: 319/2009
 Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
 Zust. Referat: V/50/Hr. Vierheilig
 mit Referat: II/20/Hr. Sponsel

erlanger linke

Erlanger Linke Rathausplatz 1
 91052 Erlangen

Herrn
 Oberbürgermeister
 Dr. Siegfried Balleis
 Rathausplatz 1
 91052 Erlangen

Fraktion Erlanger Linke

Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
 Zimmer 127

Büro: Montags 15.00 Uhr bis 18.00 Uhr
 Und nach Vereinbarung

tel 09131/86-1789
 fax 09131/86-1791
 e-mail: erlanger-linke@stadt.erlangen.de
<http://www.erlanger-linke-stadtrat.de/>
www.twitter.com/erlangerlinke

Erlangen, den 30.11.2009

Antrag zum Haushalt 2010:

Sehr geehrter Herr Dr. Balleis,

die Fraktion der Erlanger Linke beantragt die Durchführung einer anonymen Befragung der Erlanger Sozialamtskunden nach Zufriedenheit mit der Behandlung durch die zuständigen Sachbearbeiter des Sozialamts.

Für die entstehenden Kosten der Befragung sollen im Haushalt 20.000.- € eingestellt werden.

Zur Finanzierung sollten eingesparte Mittel herangezogen werden – vgl. hierzu unseren Antrag zu: **522.300 IP 62.1** (Amt 20 Stadtkämmerei / Kapitalerhöhung GEWOBAU : 24.700.-€)

Begründung:

Die kürzlich veröffentlichte statistische Auswertung der Befragung der Erlanger Bürger nach Zufriedenheit mit den städtischen Dienststellen gab keinen Hinweis auf die spezielle Situation der Sozialamtskunden. Es sollte deshalb eine explizite Befragung dieses Erlanger Bürgeranteils vorgenommen werden, um ggf. erforderliche Änderungen vornehmen zu können. Da im nächsten Jahr - entsprechenden Prognosen zufolge – die Zahl der Arbeitslosen noch enorm steigen wird, erscheint uns eine derartige Befragung mit evtl. nötigen Konsequenzen als überaus wichtig, um den sozialen Frieden zu wahren.

Mit freundlichen Grüßen

Frank Heinze
 Stadtrat

Eckart Wangerin
 Stadtrat

Claudia Bittner
 Stadträtin

Referat/Amt: OBM/13/SAQ
Stabsstelle Agenda 21

Bearbeitet von:
Dr. Andreas Schulmeister

Tel.-Nr.:
0 91 31 / 86-2742

Beschlüsse der Erlanger Agenda 21 zum Haushalt 2010

Beteiligungen

Beirat zur Erlanger Agenda 21, Amt 13, Amt 20, UVPA, HFPA, StR

Finanzielle Konsequenzen:

1. Einmalige Kosten 2010:

III. 5.000 €; V. 150.000 €; VI. 200.000 €; VII. 750.000; VIII. 50.000; X. 50.000 €; XI. 200.000 €;
XII. 300.000 €; XIV. 600.000 Gesamt: 2.305.000 €

2. Jährliche Folgekosten: Keine

II.

Beschluss des Vorstandes gem. § 3 GeschO in der Fassung v. 02.04.2008

am 04.12.2009

mit 5 gegen 0 bei 4 Enthaltungen

Antrag des BAK Soziales:

Der Beirat fordert den Stadtrat auf, zur Finanzierung von Leistungen außerhalb SGB XII Mittel in den Haushalt 2010 einzustellen. Das Sozialamt soll hierzu mögliche Einzelleistungen prüfen.

IV.

Beschluss des Vorstandes gem. § 3 GeschO in der Fassung v. 02.04.2008

am 04.12.2009

mit 7 gegen 1 bei 1 Enthaltung

Antrag des BAK Soziales:

Der Beirat fordert den Stadtrat auf, die notwendigen Mittel zur Einführung eines Sozialtickets in Erlangen zur Verfügung zu stellen.

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 01.12.2009
Antragsnr.: 291/2009
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: V/50/Hr. Viehreilig
mit Referat:

erlanger linke

Erlanger Linke Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Siegfried Balleis
Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Fraktion Erlanger Linke

Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
Zimmer 127

Büro: Montags 15.00 Uhr bis 18.00 Uhr
Und nach Vereinbarung

tel 09131/86-1789
fax 09131/86-1791
e-mail: erlanger-linke@stadt.erlangen.de
<http://www.erlanger-linke-stadtrat.de/>
www.twitter.com/erlangerlinke

Erlangen, den 30.11..2009

Antrag zum Haushalt 2010:
Sehr geehrter Herr Dr. Balleis,

Antrag auf Errichtung einer weiteren Seniorenwohnanlage durch die Stadt Erlangen

Hiermit beantragen wir:

Es werden die notwendigen Mittel bereitgestellt, eine weitere Seniorenwohnanlage zu errichten.

Begründung:

Der Bedarf an alters- und bedürfnisgerechtem Wohnraum steigt weiter an. Statt Mittel als Beihilfen für gewinnorientierte Anbieter zu verteilen, sollte jeder Euro in die Förderung von städtischem Eigentum gesteckt werden. Gute Beispiele gibt die GEWOBAU mit den Objekten Angerviertel und Pommernstrasse vor. Damit kommt die Stadt ihrem Auftrag nach, attraktive und bezahlbare Wohnungen in städtischem Besitz zur Verfügung zu stellen.

Mit freundlichen Grüßen

Frank Heinze
Stadtrat

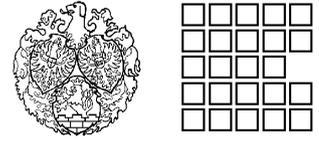
Eckart Wangerin
Stadtrat

Claudia Bittner
Stadträtin

305/09

2

Finanzplan/Investitionen		Beantragt von: ödp/FWG		Antrags-Nr.: 3	
A	Lfd. Nr.:	Kostenstelle, Amt	331.882	Seite: 343	IP-Nr.: 47.4
	Produktgruppen Text:	Baukostenzuschuss			
	Investitionsmaßnahme:	an Altenheimträger			
		Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR		Ansatz Entwurf EUR
2010	Auszahlung:	-20.000	- 80.000	2012	Auszahlung:
	Zuweisungen:				Zuweisungen:
2011	Auszahlung:			2013	Auszahlung:
	Zuweisungen:				Zuweisungen:
	VE:			VE:	
VE = Verpflichtungsermächtigungen				später	Auszahlung:
Begründung: Antrag wie ausführlich vom Seniorenbeirat begründet. Schwerpunkt demographischer Wandel – hier eine konkrete Maßnahme mit freien Trägern umsetzen. Dringender Handlungsbedarf, da stadtwweit zu geringes Angebot an Fachstationen/Tagespflegeplätzen Demenz.					
Gutachten des Der Antrag wird <input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt mit.....gegen.....Stimmen					



I.

Stadt Erlangen Postfach 3160 91051 Erlangen

Amt für Soziales, Arbeit und Wohnen Seniorenbeirat

Herrn
Otto Vierheilig

Amt 50

Gebäude: Rathausplatz 1
Zimmer: 1112, 11. OG
Kontakt: Frau Strobl
Telefon: 0 91 31 / 86-2122
Telefax: 0 91 31 / 86-2727
E-Mail: gisela.strobl@stadt.erlangen.de

Nutzen Sie unsere Angebote im Internet:
<http://www.erlangen.de/seniorenbeirat>

Unser Zeichen / Schreiben:
V/504/SGJ

Ihr Schreiben / Zeichen:

Datum:
10. Dezember 2009

Antrag zum Haushalt 2010; Hausgemeinschaften für Demenzkranke in Erlangen; Umbau von bestehenden Abteilungen in den Alten- u. Pflegeheimen

Sehr geehrter Herr Vierheilig,

seit vielen Jahren setzt sich der Seniorenbeirat für die Errichtung von Hausgemeinschaftsmodellen in bestehenden Pflegeheimen ein. Die zugrunde liegende Philosophie und die von ihr beeinflusste Konzeption, Organisation und Architektur von Hausgemeinschaftsmodellen stellt ein Wohnangebot für Menschen mit hohem Pflege- und/oder Betreuungsaufwand dar.

Erfreulich ist, dass in diesem Jahr im Sozialzentrum der AWO und im Roncallistift jeweils eine Wohngruppe eröffnet werden konnte. Ohne finanzielle Unterstützung der Kommune wäre dies nicht möglich gewesen. Der Bedarf weiterer Wohngruppen für Demenzkranke in bestehenden Pflegeeinrichtungen in Erlangen ist jedoch steigend.

Um der ständig wachsenden Zahl von Demenzkranken und den daraus resultierenden Betreuungsbedarf in Erlangen zu verbessern, stellt der Seniorenbeirat folgenden Antrag:

Die Verwaltung wird gebeten, für das Jahr 2010 und die folgenden Jahre Mittel in Höhe von jeweils 100.000,- €/Jahr bereit zu stellen.

Wir bitten Sie, den Antrag in die Haushaltssitzung des SGA am 26.01.2010 einzubringen.

In der Sitzung des Seniorenbeirates am 9. November 2009 hat Frau Grille folgenden Antrag gestellt:

„Es darf keine Entscheidung über die Zuschussgewährung getroffen werden, bevor nicht die letzten bautechnischen Details, z.B. Brandschutz, geklärt sind“.

Dem Antrag wird mit 15 gegen 4 Stimmen zugestimmt.

Mit freundlichen Grüßen

Helga Steeger
Vorsitzende des Seniorenbeirates

Öffnungszeiten: Mo 08.00-12.00 Uhr, 14.00-18.00 Uhr; Di, Mi, Fr 08.00-12.00 Uhr; Do 08.00-14.00 Uhr
Haltestelle: Neuer Markt Buslinien: 30, 30E, 201, 205, 253, 288, 289, 295

Konten der Stadtkasse: Sparkasse Erlangen Kto. 31 BLZ 763 500 00

- II. Kopie Stadtratsfraktionen <SPD>, <CSU>, <GL>, <F.D.P.>, <ÖDP>, <FWG/Fr. Wirth-Hücking>, <erli> z.K. und mit der Bitte um Unterstützung.
- III. Amt 504/SenB z.V.

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 01.12.2009
Antragsnr.: 287/2009
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: II/BTM/v. Grundherr
mit Referat: II/20/Hr. Schmied

erlanger linke

Erlanger Linke Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Siegfried Balleis
Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Fraktion Erlanger Linke

Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
Zimmer 127

Büro: Montags 15.00 Uhr bis 18.00 Uhr
Und nach Vereinbarung

tel 09131/86-1789
fax 09131/86-1791
e-mail: erlanger-linke@stadt.erlangen.de
<http://www.erlanger-linke-stadtrat.de/>
www.twitter.com/erlangerlinke

Erlangen, den 30.11.2009

Antrag zum Haushalt 2010:

Sehr geehrter Herr Dr. Balleis,

522.300 IP 62.1 Kapitelerhöhung GeWoBau in Höhe von 24.700.00 €
entfällt

Begründung:

Bereits im letzten Jahr wurde das Kapitel der GeWoBau um 282 T€ erhöht mit der Begründung: „Auszahlung für den Erwerb von Finanzvermögen“. In diesem Einsparungsjahr wird kein Finanzvermögen erworben.

Mit freundlichen Grüßen

Frank Heinze
Stadtrat

Eckart Wangerin
Stadtrat

Claudia Bittner
Stadträtin



CSU-Stadtratsfraktion Erlangen
Rathaus, Rathausplatz 1, Zimmer 1.04
91052 Erlangen

Tel (09131) 86-24 05
Fax (09131) 86-21 78
eMail: csu@erlangen.de

CSU-Stadtratsfraktion Erlangen, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen

**Herrn Oberbürgermeister
Dr. Siegfried Balleis
Rathaus**

91052 Erlangen

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 01.12.2009
Antragsnr.: 318/2009
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: OBM/ZV/Hr. Matuschke
mit Referat:

1. Dezember 2009/AB

Haushalt 2010

hier: Anträge der CSU-Stadtratsfraktion zum Stellenplan
Verwaltungsvorlage vom 22.10.2009

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

anbei übermitteln wir unsere Anträge zur Änderung des Stellenplans 2010.

Die zu erwartenden Haushaltsprobleme im Jahr 2010 und in den Folgejahren erfordern nach Auffassung der CSU-Stadtratsfraktion auch Einsparungen bei der Neuschaffung von Planstellen, selbst wenn dies unter Umständen die Verlängerung von Verwaltungsverfahren bzw. Bearbeitungszeiten zur Folge hat.

Die CSU-Stadtratsfraktion beantragt deshalb aus der Liste A des Stellenplans 2010 folgende Positionen zu streichen:

- S. 8 Nr. 2 Ref. VI Amt 24 0,5 Projektassistenz
- S. 12 Nr. 16 Ref. III Amt 30 0,5 HSB
- S. 14 Nr. 20 Ref. III Amt 39 0,5 SB Verwaltungs- u. Geschäftszimmeraufgaben
- S. 14 Nr. 21 Ref. IV Amt 41 1,0 SB Veranstaltungen
- S. 17 Nr. 32 Ref. IV Amt 51 0,5 Soz.Päd. Fap. E
- S. 18 Nr. 45 Ref. I Amt 40 M 0680 1,0 Verwaltungsleitung
- S. 19 Nr. 48 Ref. V Amt 50 0,5 Soz.Päd. Bewohnerhilfen in Verfügungswohnungen
- S. 20 Nr. 52 Ref. VI Amt 61 0,5 Geschäftsleitung Umlegungsausschuss

Mit freundlichen Grüßen

Birgitt Abmus
Fraktionsvorsitzende
Sprecherin für Haushalt + Finanzen

Büro: Zimmer 1.04, Rathaus, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen

Dr. Peter Ruthe
stv. Fraktionsvorsitzender
Sprecher für Personal

Stadt- und Kreissparkasse Erlangen Konto-Nr. 19314 BLZ 763 500 00

Die Stadträtinnen und Stadträte der CSU-Stadtratsfraktion Erlangen:
Fraktionsvorsitzende Birgitt Abmus, Oberbürgermeister Dr. Siegfried Balleis, Gisela Baumgärtel, Wolfgang Beck, Rosemarie Egelseer-Thurek,
Heidi Graichen, Barbara Grille, Hermann Gumbmann, Manfred Hopfengärtner, Bezirksrat Dr. med. Max Hubmann, Robert Hüttner,
Joachim Jarosch, Klaus Könecke, Gabriele Kopper, Bürgermeister Gerd Lohwasser, Adam Neidhardt, Michael Pierer von Esch,
Dr. jur. Peter Ruthe, Mehmet Sapmaz, Prof. Dr. med. Stefan Schwab, Gerlinde Stowasser, Jörg Volleth

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO
Eingang: 01.12.2009
Antragsnr.: 315/2009
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: OBM/ZV/11/Hr. Matuschke
mit Referat:



Stadtratsfraktion

Grüne Liste Rathausplatz 1 91052 Erlangen

Herrn
 Oberbürgermeister
 Dr. Siegfried Balleis
 Rathausplatz 1
 91052 Erlangen

Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
 Zimmer 130

tel 09131/862781 fax 09131/861681
 e-mail: gruene-liste@erlangen.de
 http://www.gl-erlangen.de

Bürozeiten:
 Mo 10-12, 14-18 Di, Mi 10-12 Do 10-14

Erlangen, den 01.12.2009

Haushalt 2010: Änderungsanträge zum Stellenplan

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir beantragen folgende Änderungen zum Stellenplan:

Stellen	Aufgaben	Antrag	Begründung
Amt 50 Abteilung Altenhilfe	Förderung der Integration und Teilhabe älterer Menschen mit Migrationshinter- grund	Zusätzliche Stelle	Der Anteil der SeniorInnen mit Migrationshintergrund wächst und dieser Entwicklung muss Rechnung getragen werden Siehe auch Beschluss des Ausländer- und Integrationsbeirates v. 17.9.09.
Amt 50	SozPäd für BewohnerInnenhilfe in Verfügungs- wohnungen	Zusätzliche Stelle	Die Schaffung einer zusätzlichen Stelle wegen des intensiven Betreuungsbedarfs – siehe Arbeitsprogramm S. 253
Amt 50	SGL-Stelle Wohnungsbindung, und -vermittlung	Wiederbe- setzung der am 15.9. freigewor- denen Stelle	Siehe Arbeitsprogramm S. 253
Amt 20	Beteiligungs- management	Halbe Stelle in eine volle Stelle umwandeln	Wahrnehmung der Eigentümer-Interessen in den Tochterunternehmen
Amt 31	Umsetzung eines ökologischen und sozial fairen Beschaffungs- konzeptes (im Vorgriff zum GL- Antrag "Ökokauf für Erlangen")	Zusätzliche halbe Stelle	Im Sinne des Klimaschutzes und einer lebenswerteren Umwelt beantragten wir vor über einem Jahr, in Erlangen ein an ökologischen Kriterien gebundenes Beschaffungswesen einzuführen - z.B. wie „Ökokauf“ in Wien. Damit dieses Projekt geplant und umgesetzt werden kann, sind vorerst zusätzliche Personalkapazitäten erforderlich.
Amt 61	Straßen- und	Eine Stelle	Ergibt sich aus dem Ausflug des Stadtrates

	Radwegeplanung	Verbesserung der Fuß- und Radwege	nach Münster. Dort sind zehn Ingenieure dafür beschäftigt, in Erlangen nur zwei. Vergleicht man die Städtegrößen, wären rechnerisch 3,75 Stellen in Erlangen notwendig.
--	----------------	---	---

Mit freundlichen Grüßen

gez. Susanne Lender-Cassens



f.d.R.: Most

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Siegfried Balleis
Rathaus

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 01.12.2009
Antragsnr.: 298/2009
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: OBM/ZV/11/Hr. Matuschke
mit Referat:

91052 Erlangen

Anträge zum Stellenplan, Haushalt 2010

Amt	Stellenplannummer	Aufgaben	Besoldungsgruppe/ Kosten	Kurzbegründung
13	13... neu	Schwerpunkt Bildung, Familienbündnis, Unterstützung Kinderbeauftragte	25.000 keine Rückstufung: EG 13	Konzeptionelle Arbeit für Bildungsoffensive – höhere Qualifikation erforderlich
32	3202310	SB Kirchweih	0,5 Stellen Vc 22.000 Aufstockung auf eine Stelle	Arbeitsaufwand zur Betreuung Bergkirchweih u.a. Feste deutlich erhöht
Kulturpro- jektbüro	410S115...	Umsetzung Konzept KS:ER	+0,5 Stellen EG 9 27.000	Neue Aufgabe im Rahmen der Bildungsoffensive – Umsetzung nur mit zusätzlichem Personal
50	50... neu	Betreuung SeniorInnen mit Migrationshintergrund	1 Stelle EG 10 50.000	Zusätzliche Aufgabe - bisher nicht berück- sichtigte Situation älterer MigrantInnen

Mit freundlichen Grüßen

Florian Janik
Fraktionsvorsitzender

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
V/50/VOA - 86 2249

Verantwortliche/r:
Herr Otto Vierheilig

Vorlagennummer:
50/003/2010

Arbeitsprogramm 2010 des Amtes 50 (Amt für Soziales, Arbeit und Wohnen)

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Seniorenbeirat	18.01.2010	öffentlich	Gutachten	
Sozialbeirat	26.01.2010	öffentlich	Gutachten	
Sozial- und Gesundheitsausschuss	26.01.2010	öffentlich	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

Alternative 1:

Das Arbeitsprogramm 2010 des Sozialamtes wird in der eingebrachten Form inhaltlich beschlossen.

Alternative 2:

Das Arbeitsprogramm 2010 des Sozialamtes wird mit folgenden Änderungen, bzw. Ergänzungen beschlossen

II. Begründung

III. Abstimmung

siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Arbeitsprogramm 2010

<Amt für Soziales, Arbeit und Wohnen Amt 50>

Zuständiger Fachausschuss: <Sozial- und Gesundheitsausschuss>

Einbringung am: <26.1.2010>

Datum: 21.09.2009

Unterschrift Amtsleitung

Arbeitsprogramm 2010

Amt	Bearbeitet von	Tel.	Stand
<Sozialamt>	<Vierheilig>	<86-22 49>	<21.09.09>

1 Steckbrief des Amtes

1.1 Personalausstattung (IST- Stand)

	gesamt	Beamte	Tarifbeschäftigte
Planstellen lt. Stellenplan 2009	74	54	20
davon derzeit besetzt mit	<i>Pflicht</i>	<i>Darstellung bitte entsprechend aktuellem Stellenplan 2009, ohne Planstellenummern und ohne Namen der Stelleninhaber/-innen.</i>	
Vollzeitkräften	49		
Teilzeitkräften	27		
davon derzeit nicht besetzt ("freiwillig" bzw. "gesperrt")	1	<i>(Weitergehende Differenzierung z.B. in "Beamte, Tarifbeschäftigte" oder in "männliche und weibliche Beschäftigte" oder nach Abteilungen, Sachgebieten usw. liegt im Ermessen der Fachdienststellen)</i>	
nachrichtlich:			
Stundenkontingente			
Saisonkräfte	1 (Wärmestube)		
sonst. Beschäftigungsverhältnisse	15 Fallmanagement 2 Awo-Asylbetreuer 1 Awo-Migr-berater		
Anmerkungen zu sonst. Beschäftigungsverhältnissen (z.B. Ausbildungsverhältnissen, ABM-Kräften):			

1.2 Mehrarbeit und Überstunden

Vorjahr 2008		Lfd.Kalenderjahr 2009 (z.Zt.d.Erstellung d. ArbProg.)		Lfd. Kalenderjahr 2009 (Progn. Restlaufzeit)		Arbeitsprogrammjahr 2010 (Prognose)	
Std.	Bem.	Std.	Bem.	Std.	Bem.	Std.	Bem.
<i>Pflicht</i>		<i>Pflicht</i>		<i>Pflicht</i>		<i>Pflicht</i>	
Begründung der Mehrarbeit- und Überstundenentwicklung:							
<i>Überstunden fallen regelmäßig (zB Übernachtungsheim Wöhrmühle) oder nach Bedarf (zB Hartz IV) in diversen Aufgabengebieten an. Genaue Zahlen sind der Amtsleitung nicht bekannt.</i>							

1.3 Beantragte Änderungen für den Stellenplan 2010

(Übersicht ohne Stellenwertänderungen)

- a) Folgende **neue Planstellen** wurden von der Fachdienststelle beantragt und mit der Verwaltungsspitze abgestimmt:
- Leistungssachbearbeitung SGB II (+ 2 Stellen)
 - Zusätzliche 10 Wochenstunden Sachbearbeitung EOF
- b) Folgende **Stelleneinzüge, Stellensperrungen und kw-Vermerke** wurden vorgeschlagen:

- c) Folgende Planstellen, Stelleneinzüge und -sperrungen und kw-Vermerke sind **nicht im Konsens mit der Verwaltungsspitze:**

Funktion + Stellenumfang (1 oder 0,5)	Stellenwert	Kurzbegründung Fachamt
Umwandlung zbV in StammPISt SB Wohngeld (1)	A 8	Dauerhafter Bedarf durch Wohngeldnovelle, erneute Bedarfsprüfung in einem Jahr wurde durch das Personalreferat zugesagt
Fachkraft für Integration u. Teilhabe älterer Migranten und Migrantinnen (1)	E 10	Bedarf zur Unterstützung älterer Migrantinnen und Migranten (33,2 % der über 65-jährigen) auf sozialem, gesundheitlichem und psychosozialem Gebiet
SozPäd für Bewohnerhilfen in Verfügungswohnungen (1)	IV b	Die Schaffung einer zusätzlichen SozPäd-Stelle wegen des sehr intensiven Betreuungsbedarfs ist aus unserer Sicht nicht bestreitbar
Wiederbesetzung der SGL-Stelle Wohnbindung, Wohnvermittlung und EOF (zugleich stellv. Abt-Leiter 503)	A 9/10	Auf der Grundlage einer Organisationsuntersuchung aus 2006/2007 verweigert das Personalreferat bisher die Wiederbesetzung dieser, am 15.9.09 freigewordenen Stelle. Seitdem haben sich aber im Aufgabenzuschnitt erhebliche Fallzahlensteigerungen und Aufgabenmehrungen ergeben (mehrfache EOF-Fallzahlen, vollständige Novellierung des Wohngeldrechts, Komplizierungen durch Kinderwohngeld und Kinderzuschlag, kommunale Schulbeihilfe, bevorstehender Ankauf von Belegungsrechten mit kommunal zu organisierender Vermeidung von Fehlbelegung, demografischer Wandel und seniorengerechtes Wohnen usw). Bei Wegnahme der Stelle sind diese neuen, bzw. vermehrten Aufgabenstellungen keinesfalls zu bewältigen.

	Fragen	Antworten
1	"Mit welchen Konsequenzen rechnet das Fachamt, wenn den Stellenplanwünschen nicht entsprochen werden kann?"	<ul style="list-style-type: none"> - dauerhaft benötigte Mitarbeiterinnen sollten auch eine dauerhaft vorhandene Planstelle erhalten - ältere Migranten/-innen und Bewohner von Verfügungswohnungen erhalten nicht die benötigte Hilfe und Unterstützung - Wenn I/ZV die beabsichtigte Stellenkürzung in der Wohnungsabteilung nicht aufgibt, werden wichtige Fortschritte und Aktivitäten in diesem Bereich (Ankauf von Belegungsrechten, Wohnen im Alter) nicht in Angriff genommen werden können
2	"Hat sich die Personalausstattung in den <u>letzten zwei Jahren wesentlich</u> verändert bzw. ist damit im Haushaltsjahr 2010 zu rechnen?" (kurze Begründung bei auffälligen Schwankungen, Stellenmehrungen u. -minderungen mit nachhaltigen Auswirkungen)	<ul style="list-style-type: none"> - Wegfall Fehlbelegungsabgabe (2 Stellen) - Abgabe der Eingliederungshilfe für Behinderte an den Bezirk und Wegfall einer PI-Stelle „Asylbewerberbetreuung“(Umwandlung von 4 Planstellen in zbV-Stellen mit entspr. Personalumsetzung)

1.4 Aufgaben und Arbeitsschwerpunkte

(Beantwortung ausschließlich bei wesentlichen Veränderungen mit gleichzeitiger Darstellung der Auswirkungen)

	Fragen	Antworten
1	"Sind für das Haushaltsjahr 2010 <u>umfassendere Veränderungen</u> bereits absehbar oder konkret geplant?" (organisatorische Veränderungen, Wegfall v. Aufgaben, zusätzl. Aufgaben – bitte in Klammer angeben, welchem Produkt die wegfallende/neue Aufgabe zuzuordnen ist)	<ul style="list-style-type: none"> - evtl. höhere Fallzahlen in Hartz IV - evtl. kommt es zur Einrichtung eines Pflegestützpunktes - Ankauf von 600 Belegungsrechten mit Einführung eines kommunalen Systems zur Überwachung und Vermeidung von Fehlbelegungen – vorausgesetzt Ref. I/ZV verzichtet auf die angestrebte Stellenstreichung
2	"Wie wirken sich diese geplanten Veränderungen auf die Arbeit des Fachamtes aus?" z.B. Qualität der Dienstleistung, Personalausstattung, Belastung/Entlastung Budget usw.	Derzeit nicht konkret bezifferbar

2 Finanzdaten/ Budgetdaten - Finanzziele

"Wie sehen die finanziellen Rahmenbedingungen im Fachamt aus?"

2.1 Übersicht über die voraussichtliche finanzielle Ausstattung der Bewirtschaftungseinheit**Budgetrahmen der Bewirtschaftungseinheit:**

umfasst nicht nur die Einnahmen und Ausgaben des bisherigen Sach- und Personalkostenbudgets eines Amtes, auch Erträge und Aufwendungen, die den kameralen Hauptbudgets 01 (allgemeiner Haushalt), 07 (Kostenrechnende Einrichtungen) oder 08 (Delegationshaushalte) zugeordnet waren.

Die nicht steuerbaren Umsätze werden im Rahmen der Haushaltsberatungen gesondert gemeldet.

Zeile		Budget 2009	Budget 2010 (voraussichtlich)
	Sachmittelbudget		
1	Aufwendungen - Sachmittel Kontenschema SKO Kontenschema TF	Pflicht 4.117.000 € 38.835.800 €	Pflicht 4.126.500 € 37.922.100 €
2	Erträge – Sachmittel Kontenschema SKO Kontenschema TF	Pflicht 3.689.600 € 25.676.500 €	Pflicht 3.689.500 € 25.575.400 €
3	Sachmittelbudget (Zuschuss -Budget) Kontenschema SKO Kontenschema TF	427.400 € 13.159.300 €	437.000 € 12.346.700 €
		Formel = hinterlegt	Formel = hinterlegt
	Personalmittelbudget		
4	Aufwendungen – Personalmittel = Personalmittel - Zuschussbudget (ohne Versorgungs-, Beihilfen-, Personalnebenkosten – entspricht dem kameralen Personalkostenbudget) Kontenschema PK	Pflicht 2.737.585 €	Pflicht 2.789.600 €
5	Erträge – Personalmittel - nicht im Personalmittelbudget -		

6	Zuschuss/Überschuss Fachamtsbudget (Sach- und Personalmittel)	16.324.285 €	15.573.300 €	Verbesserung um 750.985 €
		Formel = hinterlegt	Formel = hinterlegt	
	nachrichtlich:			
7	Budgetrücklage Stand / voraussichtliche Stand	319.784,32 € 01.01.2009	Ca. 19.784,32 € 31.12.2009	
8	Auszahlung aus Investitionstätigkeit siehe Teilfinanzplan – Position 0300)	Pflicht 47.300 €	Pflicht 20.000 €	

2.2 Anmerkungen zur finanziellen Ausstattung

	Fragen	Antworten
1	"Weicht der voraussichtliche Budgetrahmen 2010 auffällig von den Budgetdaten 2009 ab - wenn ja, warum?"	<i>Wegfall der Eingliederungshilfe für Behinderte Spürbare KdU-Mehraufwendungen im SGB II und XII bei gleichzeitig sinkendem Bundesanteil</i>
2	"Wird die voraussichtliche Budgetbemessung als ausreichend zur <u>Erfüllung der "Aufgaben"</u> angesehen - wenn nein, warum?"	<i>Die Frage kann in dieser pauschalen Form nicht beantwortet werden – weder für Pflichtaufgaben, noch für freiwillige Leistungen</i> Auflistung der- Pflichtaufgaben – mit Beträgen, die mit den Budgetmitteln lt. Haushaltsentwurf nicht erfüllt werden können Auflistung der - freiwilligen Aufgaben – mit Beträgen, die mit den Budgetmitteln lt. Haushaltsentwurf nicht erfüllt werden können
3	Neu: Mit Stadtratsbeschluss vom 30.07.09 werden die Ämter beauftragt, im Arbeitsprogramm 2010 Einsparvorschläge zu formulieren. <u>Über das Volumen wird die Kämmerei noch informieren.</u>	Auflistung der Einsparvorschläge unter Angabe von Kostenstelle, Kostenträger und Sachkonto <i>Durch StR-Beschluss vom 30.7.09 wurde Amt 50 eine Einsparvorgabe von 684.309 € auferlegt. Was die umfangreichen Pflichtaufgaben des Sozialamts betrifft, muss in aller Bescheidenheit darauf hingewiesen werden, dass gesetzliche Leistungspflichten vorrangig zu erfüllen sind und die Sparvorgabe des Stadtrates nicht als Aufforderung zum Gesetzesbruch missverstanden werden kann.</i> <i>Das Sozialamt hat die Anmeldungen zum HH 2010 gewissenhaft und unter Beachtung des Sparsamkeitsgrundsatzes vorgenommen. Im Bereich der maßgeblichen Kontenschemen SKO, TF und PK ergibt sich danach für 2010 gegenüber den Werten für 2009 (entsprechend den Überleitungslisten, die die Kämmerei freundlicherweise für uns gefertigt hat) eine Kostensenkung, die sogar deutlich über der geforderten Einsparsumme liegt.</i>
4	"Sind für die Finanzierung des Arbeitsprogramms 2010 Verschiebungen zwischen Sachmitteln und Personalmitteln geplant? Wenn ja, warum und in welcher Form?"	<i>Pflicht</i> <i>Nein</i>
5	"Kann eine vorsichtige Prognose zum <u>Budgetergebnis 2009</u> gemacht werden? In welcher Form könnte das Budgetjahr 2009 finanzielle Auswirkungen auf 2010 haben?"	<i>Pflicht</i> <i>Voraussichtlich kann das Budget eingehalten werden</i>

3 Übergeordnete Strategische Ziele, Programmplanung, Produktspezifische Ziele

"Welche inhaltlichen Schwerpunkte beabsichtigt das Fachamt im Rahmen des voraussichtlichen finanziellen Handlungsspielraumes zu setzen?"

	Fragen	Antworten
1.	Übergeordnete strategische Ziele /Zielbeiträge in Bezug auf ...ⁱ	
1.1	... den demografischen Wandel der Stadtgesellschaft (Veränderungen der Bevölkerungsstruktur, Zielgruppen etc. und Reaktionen darauf, Handlungskonsequenzen, Synergien, <u>insb. mit Blick auf Senioren</u>)	<p>Pflicht</p> <p>Mit dem älter werden der Gesellschaft gewinnt die Barrierefreiheit ständig and Bedeutung, wobei dieser Begriff sowohl materiell (Stufen) als auch im übertragenen Sinn (Internet, etc.) zu sehen ist.</p> <p>Ziel muss daher sein, Teilnahme an öffentlichen Leben und Zugang zu Information und Kommunikation zu ermöglichen, unabhängig vom körperlichen Zustand des/der einzelnen. Dies soll für dieses Arbeitsprogramm an Beispiel der Schwerhörigkeit erläutert werden.</p> <p>Bei Bauvorhaben von öffentlichen Gebäuden erfolgt eine Beratung seitens der Verwaltung, wie eine möglichst große Barrierefreiheit erreicht werden kann, im Falle einer Schwerhörigkeit z. B. durch Induktionsschleifen in Versammlungsräumen oder Ampelanlagen mit akustischer Signalübertragung. Hierbei ist die technische Entwicklung ebenso im Blick zu behalten wie die Besonderheiten historischer Gebäude etc.</p> <p>Hierbei ist der Kontakt zu den Betroffenen bzw. den Selbsthilfegruppen zu halten bzw. aufzubauen, um die Expertise der Betroffenen zu nutzen und Fehlinvestitionen zu vermeiden.</p>
1.2	... den demografischen Wandel des Personalkörpers in ihrem Amtsbereich (Veränderungen der Alterstruktur, besondere Belastungssituationen etc.)	<p>Pflicht</p> <p>Wir werden alle jährlich 1 Jahr älter – zum Glück finden sich in der Belegschaft viele junge Kolleginnen und Kollegen (obwohl die Zahl der Dienstjubiläen heuer auffällig hoch war), so dass wir glauben, auch weiterhin den Arbeitsbelastungen gewachsen zu sein (die in unseren Arbeitsbereichen stark bestimmt werden vom Gesetzgeber, der Häufigkeit von Beschwerden, der öffentlichen Diskussion über Armut, Ausgrenzung und „Demütigung“ usw.). Deshalb wird in letzter Zeit von der Belegschaft auch verstärkt vom Angebot des externen Coachings Gebrauch gemacht.</p>
2	<p>Erledigung des Arbeitsprogramms 2009</p> <ul style="list-style-type: none"> • Kann das Arbeitsprogramm 2009 bis zum Jahresende 2009 abgearbeitet werden? • Wenn nein, was muss nach 2010 verschoben werden und warum? (Auflistung der voraussichtlich unerledigten Arbeiten in Verbindung mit Budgetmitteln) • Welche vorgesehenen Arbeiten für 2009 fallen ersatzlos weg? (z.B. Änderung der Planung, Gesetzesänderung, Wegfall der Geschäftsgrundlage) 	<p>Pflicht</p> <p>Voraussichtlich kann das Arbeitsprogramm 2009 abgearbeitet werden, soweit es sich nicht um länger dauernde Aufgaben handelt</p>
3	<p>"Zwingt der vorhandene Budgetrahmen(Eckwerte 2010+ vorsichtige Prognose zu Budgetergebnis 2009) das Fachamt eventuell zu einer <u>Leistungsreduzierung, Angebotsverdichtung</u> ?</p> <p>Wenn ja, in welcher Form?"</p>	<p>Pflicht</p> <p>nein</p>

4	"Könnten <u>Einflüsse von "außen"</u> , die durch das Amt nicht oder nur eingeschränkt beeinflussbar sind, die Zielerreichung gefährden ? Sehen Sie <u>sonstige "Risiken"</u> , die das Budget und das Leistungsangebot belasten könnten ?" (z.B. Gesetzesänderungen, Saisongeschäft . . .)	Pflicht ja
5	"Erfordern die finanziellen Rahmenbedingungen <u>grundlegende (inhaltliche u./o. finanzielle) Entscheidungen durch die Politik ?</u> "	Pflicht Vorerst nicht
6	"Können <u>Prioritäten/Alternativen zur Entscheidungsunterstützung</u> aufgezeigt werden ?"	Pflicht Nein
7	"Welche <u>Konsequenzen</u> für Bürgerinnen u. Bürger, für die Verwaltung könnten solche Entscheidungen nach sich ziehen ?"	Pflicht s.o.

Arbeitsschwerpunkte 2010

Neben der laufenden Aufgabenerfüllung

Abteilung 501:

- Fortführung der Benchmarkingarbeit in den SGB II – Vergleichsringen und der intensiven überregionalen Zusammenarbeit mit den anderen Optionskommunen, dem DLT und dem DST sowie laufende Auswertung der eigenen Kennziffern und des Kennzahlensystems der BA
- Zuverlässige und korrekte Abwicklung der Leistungssachbearbeitung im SGB II incl. der Bearbeitung von Rechtsbehelfen und Unterhaltsfragen, sowie intensive Kooperation und Optimierung der Zusammenarbeit mit Fallmanagement und Arbeitsvermittlung der GGFA
- Weiterhin: Klärung und Abwicklung offener Abrechnungsfragen und Jahresabrechnungen im Kontakt mit der Prüfgruppe beim BMAS und unter Einbeziehung der BRH-Prüfberichte, sowie erstmalige praktische Anwendung der neuen Kommunalträgerabrechnungsverordnung des Bundes
- Weitere Optimierung der Praxis bei Statistik und Datenübermittlung an die BA, bzw. der geänderten Verpflichtungen aus § 51 b SGB II
- Vorbereitung auf die vom Bundesverfassungsgericht zwingend für 2010 verlangte Reform der Organisationsform der SGB II – Stellen

Abteilung 502:

- Begleitung Neubau Frauenhaus
- Evtl. Neuermittlung des benötigten, jährlichen Betriebskostenzuschusses für das neu bezogene Frauenhaus (in Zusammenarbeit mit dem Landkreis ERH)

Abteilung 503:

- Umsetzung der neuen Wohngeldnovelle
- Erhöhung des Angebots an verfügbarem, preisgünstigem Wohnraum durch Ankauf von Belegungsrechten (Vorbehalt: keine Streichung und baldige Wiederbesetzung der dafür benötigten Planstelle)
- Umfangreichere Beanspruchung im Bereich EOF-Förderung und Wohnungsvermittlung
- Intensivierung der Betreuung von Bewohnern städtischer Verfügungswohnungen in enger Zusammenarbeit mit dem Obdachloenhilfverein
- Räumliche Entflechtung der Standorte von Verfügungswohnungen
- Berichterstattung Demografie und seniorengerechtes Wohnen (Vorbehalt: keine Streichung und baldige Wiederbesetzung der dafür benötigten Planstelle)

Abteilung 504:

- Beteiligung an Konzeption und Aufbau von Pflegestützpunkten
- Intensivierung der Seniorenbetreuung, insbes. durch Schulungsmaßnahmen für unsere Altenbetreuerinnen und durch räumliche Ausdehnung ihrer Einsatzgebiete
- Weitere Betreuung privater Initiativen zu neuen Wohnformen im Alter
- Unterstützung der Pflegeheime, die Umbaumaßnahmen zur Realisierung von Wohngruppen in Angriff nehmen wollen
- Weiterführung der Seniorenschreinerwerkstatt (insbes. bei Ausstattung von Kitas und Schulen), wenn möglich bauliche Erweiterung der bisherigen Werkstatt

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
V/50/VOA - 86 2249

Verantwortliche/r:
Herr Otto Vierheilig

Vorlagennummer:
50/004/2010

Ergebnishaushalt 2010 des Amtes 50 (Amt für Soziales, Arbeit und Wohnen)

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Sozialbeirat	26.01.2010	öffentlich	Gutachten	
Sozial- und Gesundheitsausschuss	26.01.2010	öffentlich	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen**I. Antrag**

Das Amtsbudget (Ergebnishaushalt) 2010 des Amtes für Soziales, Arbeit und Wohnen wird – wie im Haushaltsentwurf vorgesehen, jedoch unter Berücksichtigung der in der heutigen SGA-Sitzung positiv begutachteten Änderungsanträge – gebilligt.

II. Begründung

III. Abstimmung

siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Ö 3.3

Anlage Abstimmung zur Vorlage: 50/004/2010

Referat Amt
V 50 DVB

Tel. Nr.:
09131/86- 2444

Ergebnishaushalt 2010 des Amtes 50 (Amt für Soziales, Arbeit und Wohnen)

Abstimmung:

Gutachten des Sozialbeirat am 26.01.2010
mit gegen Stimmen.

.....
Vorsitzender

.....
Berichterstatter

Beschluss des Sozial- und Gesundheitsausschuss am 26.01.2010
mit gegen Stimmen.

.....
Vorsitzender

.....
Berichterstatter

Kostenträger / Produkte des Amtes 50

Übersicht über den Ergebnishaushalt 2010 lt. amtlicher Gliederung des doppischen Haushalts in Produkten (Amtsbudget 2010)

Mit der Umstellung von der kameralistischen auf die doppische Buchführung zum 01.01.2009 wurde nicht nur das Buchungsverfahren geändert, sondern auch die fachliche und inhaltliche Gliederung des Haushalts (bisher geordnet nach Abschnitten, Unterabschnitten – UA – und nach Haushaltsstellen). Der Haushalt ist jetzt gegliedert nach dem neuen, amtlich vorgegebenen Produktkatalog (Produktgruppen, Produkte, Teilprodukte), sowie nach Kostenträgern, Kostenstellen und Kostenarten.

Eine unmittelbare Gegenüberstellung der einzelnen Haushaltsbereiche für 2008 (kameralistisch) und für 2009, bzw. 2010 (doppisch) ist deshalb nur noch eingeschränkt möglich – insbesondere was die Darstellung der HH-Ergebnisse auf den einzelnen Haushaltsstellen des Jahres 2008 betrifft.

Um dennoch für die Haushaltsberatungen 2010 im SGA die Vergleichbarkeit der Haushaltszahlen für 2008, 2009 und 2010 zu erleichtern, wurde im Folgenden versucht nach der neuen Produktgliederung die Ansätze dieser drei Haushaltsjahre jeweils aufsummiert gegenüber zu stellen. Bitte beachten Sie aber

- dass für 2008 dabei die Ansätze, und nicht die Ergebnisse aufgeführt sind
- und dass ab 2009 mit der Umstellung auf die Doppik auch erstmals die Transferleistungen (z.B. vom Bund finanzierte Sozialleistungen) dem Amtsbudget des Sozialamtes zugeschlagen wurden.

Zur besseren Information für die Haushaltsberatungen wurden dabei an einigen Stellen, zu denen traditionell in den SGA-Beratungen Detailinformationen gewünscht werden, zusätzlich zu den aufsummierten Produktzahlen auch noch Einzelangaben entsprechend den früher maßgeblichen Haushaltsstellen ergänzt (jeweils kursiv gedruckt).

3 Soziales und Jugend

311 Grundversorgung und Hilfen nach dem SGB XII

3111 Hilfe zum Lebensunterhalt, 3. Kap. SGB XII
bisher: UAe 4101 – 4104, 4150

	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
Einnahmen	153.000 €	113.000 €	73.000 €
Ausgaben	544.000 €	290.000 €	285.000 €
Zuschussbedarf	391.000 €	177.000 €	212.000 €

3112 Hilfe zur Pflege, 7. Kap. SGB XII
bisher: UAe 4111 – 4117, 4160

	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
Einnahmen	140.000 €	76.000 €	44.000 €
Ausgaben	1.425.000 €	1.425.000 €	500.000 €
Zuschussbedarf	1.285.000 €	1.349.000 €	456.000 €

3113 Eingliederungshilfe für Behinderte
bisher: UAe 4121 – 4129, 4170

	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
Einnahmen	2.769.000 €	5.000 €	0 €
Ausgaben	3.907.000 €	5.000 €	0 €
Zuschussbedarf	1.138.000 €	0 €	0 €

3114 Hilfen zur Gesundheit
bisher: UAe 413x, 4180

	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
Einnahmen	614.000 €	615.000 €	411.000 €
Ausgaben	1.095.000 €	1.096.000 €	900.000 €
Zuschussbedarf	481.000 €	481.000 €	489.000 €

3115 Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten
bisher: UAe 4141 – 4148, 4190

	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
Einnahmen	61.000 €	61.000 €	31.000 €
Ausgaben	164.000 €	201.000 €	191.000 €
Zuschussbedarf	103.000 €	140.000 €	160.000 €

3116 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, 4. Kap. SGB XII

31161 Grundsicherung für Senioren
bisher: UA 41510

	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
Einnahmen	171.000 €	180.000 €	329.000 €
Ausgaben	1.448.000 €	1.498.000 €	1.637.000 €
Zuschussbedarf	1.277.000 €	1.318.000 €	1.308.000 €

31162 Grundsicherung für Erwerbsgeminderte
bisher: UA 41520

	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
Einnahmen	9.000 €	0 €	0 €
Ausgaben	1.290.000 €	1.340.000 €	1.202.000 €
Zuschussbedarf	1.281.000 €	1.340.000 €	1.202.000 €

3119 Verwaltung der Sozialhilfe
bisher: UAe 4000 und 4002

	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
Einnahmen	1.000 €	2.000 €	2.000 €
Ausgaben	87.100 €	87.100 €	80.100 €
Zuschussbedarf	86.100 €	85.100 €	78.100 €

312 Grundsicherung nach SGB II
bisher: UAe 405x, 482x

	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
Einnahmen	26.955.200 €	27.010.500 €	27.070.400 €
Ausgaben	32.593.700 €	34.141.200 €	34.478.000 €
Zuschussbedarf	5.638.500 €	7.130.700 €	7.407.600 €

Darunter sind u.a. folgende Einzelansätze zu den Kosten der Unterkunft (KdU) enthalten:

	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
KdU-Kosten insges.	9.600.000 €	10.934.000 €	10.832.000 €
KdU-Bundesanteil	2.725.200 €	2.777.300 €	2.437.200 €
KdU-Kosten Stadt	6.874.800 €	8.156.700 €	8.394.800 €

313 Hilfen für Asylbewerber und Flüchtlinge

bisher: UAe 425x, 426x

	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
Einnahmen	637.000 €	637.000 €	771.000 €
Ausgaben	637.000 €	637.000 €	771.500 €
Zuschussbedarf	0 €	0 €	500 €

315 Bereitstellung / Betrieb sozialer Einrichtungen

3151 Einrichtungen für Senioren

bisher: UAe 4310 und 4315 (Dreycedern, Altenhilfe)

	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
Einnahmen	10.000 €	15.000 €	15.000 €
Ausgaben	183.100 €	183.100 €	183.100 €
Zuschussbedarf	173.100 €	168.100 €	168.100 €

3154 Einrichtungen für Wohnungslose

bisher: UAe 4351 und 4355 (Wöhrmühle, Verfügungswohnungen)

	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
Einnahmen	554.100 €	554.100 €	554.100 €
Ausgaben	838.500 €	880.500 €	880.500 €
Zuschussbedarf	284.400 €	326.400 €	326.400 €

321 Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz, KOF

bisher: UA 4400

	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
Einnahmen	61.200 €	61.200 €	61.200 €
Ausgaben	67.400 €	67.400 €	67.400 €
Zuschussbedarf	6.200 €	6.200 €	6.200 €

331 Förderung der Wohlfahrtspflege

bisher: UAe 4700 und 4701

	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
Einnahmen	0 €	0 €	0 €
Ausgaben	1.017.400 €	937.800 €	937.800 €
Zuschussbedarf	1.017.400 €	937.800 €	937.800 €

Darunter sind folgende Einzelansätze enthalten (die Ergebnisse der externen Überprüfung aller freiwilligen Leistungen durch die KGSt sind derzeit noch nicht bekannt):

	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
Z. an Krankenpflegestationen	90.000 €	90.000 €	90.000 €
Z. an Bahnhofsmission	6.600 €	6.600 €	6.600 €
Z. an Frauenhaus	169.000 €	169.000 €	169.000 €
Z. an Telefonseelsorge	29.800 €	29.800 €	29.800 €
Z. an Kindergr. Frauenhaus	44.700 €	50.700 €	50.700 €
Z. an ZSL	45.800 €	0 €	0 €
Z. an Reg-zentr. Selbsthilfegr.	2.200 €	2.200 €	2.200 €
Z. an Aidshilfe	15.300 €	15.300 €	15.300 €
Z. an Schuldnerberatung	34.700 €	34.700 €	34.700 €
MietZ. An Altenclubs	20.500 €	20.500 €	20.500 €
Z. an Grünes S.O.F.A.	3.000 €	9.000 €	9.000 €
Z. an Lebenshilfe	41.700 €	0 €	0 €
Z. an Verein Notruf	64.000 €	64.000 €	64.000 €
Z. an Die Wabe	15.300 €	0 €	0 €
Z. Verlustausgl. Daimlerstr.44	12.800 €	12.800 €	12.800 €
Z. an AWO Asylbetreuung	34.800 €	34.800 €	34.800 €
Z. an Sprungbretter	3.800 €	0 €	0 €
Z. an Obdachlosenhilfe	58.500 €	68.500 €	68.500 €
Z. an AWO Immigrantenbetr.	10.000 €	10.000 €	10.000 €
Z. an versch. soz. Einricht.	24.900 €	24.900 €	24.900 €
Z. an Hospizverein	20.000 €	20.000 €	20.000 €
Z. an Erlanger Tafel	20.000 €	25.000 €	25.000 €
Z. Pflegestationen, PflegeVG	250.000 €	250.000 €	250.000 €

351 sonst. Soziale Hilfen u. Leistungen

Bisher: UAe 4900 und 4980

	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
Einnahmen	0 €	0 €	0 €
Ausgaben	80.200 €	80.200 €	80.200 €
Zuschussbedarf	80.200 €	80.200 €	80.200 €

Darunter sind folgende Einzelansätze enthalten:

	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
Maßn. außerh. Sozialhilferecht	30.000 €	30.000 €	30.000 €
Komm. Schulbeihilfe	30.000 €	30.000 €	30.000 €
Mietkosten Heuwaagstr.	14.200 €	14.200 €	14.200 €
Krankenversorg. § 276 LAG	6.000 €	6.000 €	6.000 €

352 Wohngeld
bisher: UA 4880

	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
Einnahmen	22.000 €	21.000 €	21.000 €
Ausgaben	43.600 €	44.600 €	44.600 €
Zuschussbedarf	21.600 €	23.600 €	23.600 €

Die eigentlichen Leistungen nach dem Wohngeldgesetz werden nicht mehr über die Stadtkasse, sondern direkt über die Staatskasse abgewickelt.

412 Gesundheitseinrichtungen
bisher: UA 5400

	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
Einnahmen	0 €	0 €	0 €
Ausgaben	29.400 €	29.400 €	29.400 €
Zuschussbedarf	29.400 €	29.400 €	29.400 €

522 Wohnungsbauförderung
bisher: UAe 6200 und 6201

	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
Einnahmen	125.300 €	15.300 €	15.200 €
Ausgaben	209.700 €	9.300 €	6.300 €
Zuschussbedarf	84.400 €	- 6.000 €	- 8.900 €

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
V/50/VOA - 86 2249

Verantwortliche/r:
Herr Otto Vierheilig

Vorlagennummer:
50/005/2010

Investitionshaushalt 2010 des Amtes 50 (Amt für Soziales, Arbeit und Wohnen)

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Sozialbeirat	26.01.2010	öffentlich	Gutachten	
Sozial- und Gesundheitsausschuss	26.01.2010	öffentlich	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen**I. Antrag**

Das Investitionsprogramm (Investitionshaushalt) 2010 des Amtes für Soziales, Arbeit und Wohnen wird – wie im Haushaltsentwurf vorgesehen, jedoch unter Berücksichtigung der in der heutigen SGA-Sitzung positiv begutachteten Änderungsanträge – gebilligt.

II. Begründung

III. Abstimmung

siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Ö 3.4

Anlage Abstimmung zur Vorlage: 50/005/2010

Referat Amt
V 50 DVB

Tel. Nr.:
09131/86- 2444

Investitionshaushalt 2010 des Amtes 50 (Amt für Soziales, Arbeit und Wohnen)

Abstimmung:

Gutachten des Sozialbeirat am 26.01.2010
mit gegen Stimmen.

.....
Vorsitzender

.....
Berichterstatter

Beschluss des Sozial- und Gesundheitsausschuss am 26.01.2010
mit gegen Stimmen.

.....
Vorsitzender

.....
Berichterstatter

IvP-Nr.:	Erläuterung der Maßnahme:
331.882	1. Art und Größe der Maßnahme
Text Investitionsmaßnahme:	2. Begründung, Dringlichkeit der Maßnahme
IP 47.4	3. Realisierungs-/Planungsstand
Baukostenzuschuß an Al-	4. Genauigkeit der Kostenermittlung
tenheimträger	5. Wirtschaftlichkeits-/Folgekostenberechnung
Kostenstelle:	6. Änderung gegenüber bisherigem Investitionsprogramm
500090	7. Kostenbeteiligung Dritter
	8. Sonstiges, insbesondere Art der beabsichtigten Vergabe

1. Städtischer Zuschuß in Höhe von 20.000,- €
Erstmals im HH 2006 und 2007 mit je 20.000,- €, im HH 2008 mit 60.000,- € und im HH 2009 wieder mit 20.000,- € enthalten, soll jährlich bereitgestellt werden

2. Mit dem städtischen Zuschuss sollen Träger bestehender Altenheime in Erlangen dazu bewogen werden, ihre Einrichtungen nach und nach gemäß dem Prinzip der „Wohngemeinschaften“ umzugestalten. Das Wohngemeinschaftsmodell entspricht den Erkenntnissen der modernen Altenpflege und erfordert insbesondere die Schaffung eines kombinierten Küchen-/Aufenthaltsraumes in jeder Altenheimstation, um eine bessere Aktivierung und Teilnahme der Bewohner und Bewohnerinnen am Tagesbetrieb zu ermöglichen. Dies wiederum erfordert im Regelfall bauliche Veränderungen, bis hin zum Umfunktionieren einzelner Bewohnerzimmer. Ein entsprechender finanzieller Anreiz ist deshalb nötig, um auch für Erlanger Altenheimbewohner die Chance für eine solche Qualitätsverbesserung zu erreichen

3. die erste Maßnahme in wurde in 2008 im AWO-Sozialzentrum in Büchenbach umgesetzt, mit den dafür angesparten Ansätzen aus 2006 bis 2008. Die öffentliche Einweihung der neuen Station für demente Bewohner erfolgte im Juli 2009.

Nach einstimmigem SGA-Beschluß vom 1.7.09 soll eine entsprechende Umbaumaßnahme im Roncali-Stift aus dem HH-Ansatz 2009, sowie – vorbehaltlich HH-Beschluss – aus dem Ansatz 2010 finanziert werden. Weitere Maßnahmen anderer Heimträger sollen so bald wie möglich folgen.

- 4.

5. Folgekosten für die Stadt sind nicht zu erwarten (die Umbaumaßnahmen werden vom jeweiligen Heimträger durchgeführt)

6. Der Zuschuß wurde im HH 2008 auf 60.000,- € aufgestockt und soll jährlich im Haushalt vorgesehen werden.

7. Siehe zu Ziffer 5

8. Richtlinie über die Zuschußvergabe wurde in der SGA-Sitzung vom 11.7.2006 beschlossen

Amt: 50

Sachbearbeiter/-in: Herr Vierheilig

Tel.Nr.: 86 22 49

Investitionsprogramm 2009 - 2013

IvP-Nr.:522.301

Erläuterung der Maßnahme:

Text Investitionsmaßnahme:

IP 62.2

Ankauf von Belegungsrechten

Kostenstelle:

500090

1. Art und Größe der Maßnahme
2. Begründung, Dringlichkeit der Maßnahme
3. Realisierungs-/Planungsstand
4. Genauigkeit der Kostenermittlung
5. Wirtschaftlichkeits-/Folgekostenberechnung
6. Änderung gegenüber bisherigem Investitionsprogramm
7. Kostenbeteiligung Dritter
8. Sonstiges, insbesondere Art der beabsichtigten Vergabe

1. Ankauf von 600 Belegungsrechten für freifinanzierte Wohneinheiten der Gewobau auf die Dauer von 20 Jahren (Wohnungsbelegung erfolgt durch das Sozialamt mit Transferleistungsempfängern, deren Miet- und Heizungskosten vom städt. Haushalt finanziert werden müssen). Die Gewobau verpflichtet sich, den Kaufpreis vollständig zur baulichen und energetischen Sanierung dieser 600 Wohnungen zu verwenden (geringere Belastung des städt. Haushalts durch die Erstattung der Heizungskosten). Begrenzung der Miethöhe für die Zeit von 20 Jahren auf derzeit 4,95 €/qm, maximal auf festgelegte Mietobergrenze für SGB II/SGB XII-Empfänger (geringere Belastung des städt. Haushalts durch die Erstattung der Mietkosten)
2. Verfügbarkeit von deutlich mehr preisgünstigem Wohnraum für Bedürftige
Bessere Verteilung im Stadtgebiet (wirkt einer „Ghetto-bildung“ entgegen)
Positive ökologische Auswirkungen (Beseitigung eines Großteils der noch vorhandenen Ofenheizungen)
Langfristige Begrenzung der (derzeit noch stark wachsenden) finanziellen Belastung des städt. Haushalts durch die, seit 5, bzw. 7 Jahren bestehende Pflicht zur Übernahme der Miet- und Heizungskosten für bedürftige Haushalte
3. Einstimmiger Grundsatzbeschluss des Stadtrats am 30.07.2009
Derzeit wird von Gewobau und Sozialamt der abzuschließende Vertrag ausgearbeitet
4. Die steuerunschädliche Höhe des Kaufpreises wird derzeit mit Steuerberatern und Finanzbehörden abgestimmt, der Kaufpreis soll in Form der Übernahme der Annuitäten für ein zinsgünstiges Kfwdarlehens der Gewobau vom städtischen Haushalt erbracht werden.
5. Die Belastung des städt. Haushalts durch die gesetzliche Übernahme der Miet- und Heizungskosten für Transferleistungsempfänger ist von ca. 0,6 Mio € in 2003 auf ca. 7,9 Mio € in 2008 angewachsen. Mit der Schaffung eines größeren Angebots an preisgünstigem Wohnraum für Transferleistungsempfänger besteht die Chance, diese Belastung langfristig zu bremsen und zu begrenzen
6. Neue Maßnahme ab 2010
- 7.
- 8.

Amt: 50

Sachbearbeiter/-in: Herr Vierheilig

Tel.Nr.:86 22 49

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
V/50/VOA - 86 2249

Verantwortliche/r:
Herr Otto Vierheilig

Vorlagennummer:
50/006/2010

Stellenplan 2010 des Amtes 50 (Amt für Soziales, Arbeit und Wohnen)

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Sozialbeirat	26.01.2010	öffentlich	Gutachten	
Sozial- und Gesundheitsausschuss	26.01.2010	öffentlich	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen**I. Antrag**

Der Stellenplan 2010 des Amtes für Soziales, Arbeit und Wohnen wird – wie im Haushaltsentwurf vorgesehen, jedoch unter Berücksichtigung der in der heutigen SGA-Sitzung positiv begutachteten Änderungsanträge – gebilligt.

II. Begründung

III. Abstimmung

siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Ö 3.5

Anlage Abstimmung zur Vorlage: 50/006/2010

Referat Amt
V 50 DVB

Tel. Nr.:
09131/86- 2444

Stellenplan 2010 des Amtes 50 (Amt für Soziales, Arbeit und Wohnen)

Abstimmung:

Gutachten des Sozialbeirat am 26.01.2010
mit gegen Stimmen.

.....
Vorsitzender

.....
Berichterstatter

Beschluss des Sozial- und Gesundheitsausschuss am 26.01.2010
mit gegen Stimmen.

.....
Vorsitzender

.....
Berichterstatter

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
V/50/VOA - 86 2249

Verantwortliche/r:
Herr Otto Vierheilig

Vorlagennummer:
50/007/2010

Antrag zum Haushalt 2010:

Arbeitsprogramm Sozialamt - Widerspruchsbehörde Rechtsamt

Fraktionsantrag 312/2009 Grüne Liste vom 01.12.2009

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Sozialbeirat	26.01.2010	öffentlich	Gutachten	
Sozial- und Gesundheitsausschuss	26.01.2010	öffentlich	Gutachten	
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	10.02.2010	öffentlich	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

Amt 30, Amt 11

I. Antrag

1. Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.
2. Der Fraktionsantrag Nr. 312/2009 Grüne Liste vom 01.12.2009 ist damit abschließend bearbeitet.

II. Begründung

3. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Mit dem Fraktionsantrag soll erreicht werden, dass Widersprüche im Sozialbereich besonders fundiert rechtlich überprüft werden.

4. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

In dem Fraktionsantrag wird deshalb beantragt, „künftig soll die Widerspruchsbehörde nicht mehr beim Sozialamt, sondern beim Rechtsamt angesiedelt werden“.

5. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Dem Vorschlag kann nicht entsprochen werden, weil der Gesetzgeber festgelegt hat, dass Widerspruchsbehörde gem. §§ 6, 6 a und 36 SGB II i. V. m § 85 Abs.2 Satz 2 SGG die Ausgangsbehörde ist. Also ist das Sozialamt Widerspruchsbehörde für die Bescheide des Sozialamts. Die Widerspruchsstelle des Sozialamts ist durchaus in der Lage die eingehenden Widersprüche – trotz schwieriger Rechtsmaterie – besonders fundiert rechtlich zu überprüfen.

Die Rechtsabteilung führt erst nach Abschluss der Widerspruchverfahren die Rechtsstreite – falls es nicht vorher zu einer anderen abschließenden Behandlung gekommen ist.

Eine andere Handhabung, nämlich eine Bearbeitung der Widersprüche durch Juristen, ist

weder erforderlich noch üblich. Personalkapazitäten sind in der Rechtsabteilung auch nicht vorhanden und das Einlesen in umfangreiche Sachverhalte würde zusätzlich Arbeitszeit erfordern.

Die Verwaltung widerspricht diesem Antrag zudem in aller Deutlichkeit, weil darin die Unterstellung geäußert wird, in der Widerspruchsstelle würde derzeit **keine** fundierte rechtliche Überprüfung erfolgen. Diese Behauptung ist unzutreffend und wird zurückgewiesen. Die Verwaltung hält es nicht für sachdienlich, wenn „Misserfolgserlebnisse“ anwaltlicher Vertreter unmittelbar in die Formulierung von Fraktionsanträgen einfließen. Auch die Rechtsbehelfsstatistik gibt keinerlei Anlass zu Zweifeln oder Kritik an der hohen, fachlichen Qualifikation der Erlanger SGB II-Rechtsbehelfsstelle:

	2005	2006	2007	2008	2009
Widersprüche	221	252	321	325	298
davon Abhilfe	37	33	47	46	35
Teilabhilfe	13	17	22	27	19
Rücknahme/sonst.	12	7	9	7	6
Zurückweisung	147	195	211	228	194
Eilanträge	23	15	8	16	13
Sozialgericht					
davon Stattgabe	6	1	2	1	1
Vergleich	2	0	0	1	0
Zurückweisung	8	7	1	4	5
Einstellung/Erledigung	4	6	3	8	3
Klagen	55	65	76	75	72
davon Stattgabe	3	0	4	10	7
Vergleich	6	1	4	6	7
Zurückweisung	15	2	10	3	8
Einstellung/Erledigung	12	61	15	11	12

Die guten Ergebnisse des SGB II-Vollzugs in Erlangen und der Arbeit der Rechtsbehelfsstelle (angegliedert nicht in der SGB II-Abteilung 501, sondern unmittelbar bei der Amtsleitung) halten auch einem bundesweiten Vergleich stand: Laut der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 4.3.2009 (Bundestagsdrucksache 16/12132) entstehen aus ca. 1,0 % aller ergangenen Bescheide Klagen zum Sozialgericht – in Erlangen beträgt diese Quote nur ca. 0,6 %.

In der SGB II-Rechtsbehelfsstelle der Stadt Erlangen sind drei besonders erfahrene Sachbearbeiterinnen in Teilzeit (Mütter) und überwiegend in Telearbeit tätig, was hohe Qualität, räumliche Trennung vom laufenden Amtsbetrieb und familiengerechte Arbeitsplätze garantiert. Eine Eingliederung in das Rechtsamt mit dem gleichen Personal ergäbe dabei keinerlei Verbesserung. Sollte der Antragsteller jedoch im Auge haben, das Personal auszutauschen und die Widersprüche (so wie heute die gerichtlichen Verfahren) nur noch von Juristen und Juristinnen bearbeiten zu lassen, wären deutliche Mehrkosten zu erwarten.

III. Abstimmung

siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Anlage Abstimmung zur Vorlage: 50/007/2010

Referat Amt
V 50 DVB

Tel. Nr.:
09131/86- 2444

**Antrag zum Haushalt 2010:
Arbeitsprogramm Sozialamt - Widerspruchsbehörde Rechtsamt
Fraktionsantrag 312/2009 Grüne Liste vom 01.12.2009**

Abstimmung:

Gutachten des Sozialbeirat am 26.01.2010
mit gegen Stimmen.

.....
Vorsitzender Berichterstatter

Gutachten des Sozial- und Gesundheitsausschuss am 26.01.2010
mit gegen Stimmen.

.....
Vorsitzender Berichterstatter

Beschluss des Haupt-, Finanz- und Personalausschuss am 10.02.2010
mit gegen Stimmen.

.....
Vorsitzender Berichterstatter

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 01.12.2009
 Antragsnr.: 312/2009
 Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
 Zust. Referat: V/50/Hr. Vierheilig
 mit Referat: III/30/Fr. Vittinghoff

Grüne Liste Rathausplatz 1 91052 Erlangen

Herrn
 Oberbürgermeister
 Dr. Siegfried Balleis
 Rathausplatz 1
 91052 Erlangen



Stadtratsfraktion

Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
 Zimmer 130

tel 09131/862781 fax 09131/861681
 e-mail: gruene-liste@erlangen.de
<http://www.gl-erlangen.de>

Bürozeiten:
 Mo 10-12, 14-18 Di, Mi 10-12 Do 10-14

Erlangen, den 01.12.2009

**Antrag zum Haushalt 2010 – Arbeitsprogramm Sozialamt:
 Widerspruchsbehörde beim Rechtsamt**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir beantragen,

künftig soll die Widerspruchsbehörde nicht mehr beim Sozialamt, sondern beim
 Rechtsamt angesiedelt werden

Diese Änderung spart unnötige Prozesskosten, da bereits im Widerspruchsverfahren
 eine fundierte rechtliche Überprüfung erfolgt.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Wolfgang Winkler

F.d.R.: Wolfgang Most

Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente	
Einladung -öffentlich-	1
Vorlagendokumente	
TOP Ö 1.1 Bewirtschaftung der Amtrücklage	
Mitteilung zur Kenntnis 50/001/2010	3
Anlage Abstimmung 50/001/2010	5
Beschluss 06.05.09 50/001/2010	6
TOP Ö 2 Sachstandsbericht zum SGB II-Vollzug in der Stadt Erlangen	
Beschlussvorlage 501/001/2010	9
Anlage Abstimmung 501/001/2010	13
Sachstandsbericht der GGFA 501/001/2010	14
Sachstandsbericht_Anlage_Eckwerte 501/001/2010	38
Sachstandsbericht_Anlage_monatlicher Mittelverbrauch 501/001/2010	41
TOP Ö 3.1 Haushalt 2010	
Haushaltsunterlagen 2010 - Übersicht 50/002/2010	42
Unterlagen Seite 2 50/002/2010	44
Unterlagen Seite 3 50/002/2010	45
Unterlagen Seite 4 50/002/2010	46
Unterlagen Seite 5 50/002/2010	47
Unterlagen Seite 6 50/002/2010	48
Unterlagen Seite 7 50/002/2010	49
Unterlagen Seite 8 50/002/2010	50
Budgetvorschlag der Kämmerei 50/002/2010	51
Unterlagen Seiten 10 + 11 50/002/2010	52
Änderungsanträge 50/002/2010	54
Änderungsanträge Stellenplan 50/002/2010	66
Grüne Liste_280_2009 50/002/2010	71
SPD 296/2009 50/002/2010	72
SPD 297/2009 50/002/2010	74
SPD 302/2009 50/002/2010	75
Grüne Liste 314/2009 50/002/2010	76
Erlanger Linke 316/2009 50/002/2010	77
Erlanger Linke 319/2009 50/002/2010	78
Beschluss Agenda 21 50/002/2010	79
Erlanger Linke 291/2009 50/002/2010	80
ÖDP/FWG 305/2009 50/002/2010	81
Antrag Seniorenbeirat 50/002/2010	82
Erlanger Linke 287/2009 50/002/2010	84
CSU 318/2009 50/002/2010	85
Grüne Liste 315/2009 50/002/2010	86
SPD 298/2009 50/002/2010	88
TOP Ö 3.2 Arbeitsprogramm 2010	
Beschlussvorlage 50/003/2010	89
Anlage Abstimmung 50/003/2010	90
Arbeitsprogramm 2010 50/003/2010	91
TOP Ö 3.3 Ergebnishaushalt 2010	
Vorlage 50/004/2010	99
Anlage Abstimmung 50/004/2010	100

ErgebnisHH_Produnkte 2010 50/004/2010	101
TOP Ö 3.4 Investitionshaushalt 2010	
Beschlussvorlage 50/005/2010	107
Anlage Abstimmung 50/005/2010	108
InvestitionsHH_Altenheime 50/005/2010	109
InvestitionsHH_Belegungsrechte 50/005/2010	110
TOP Ö 3.5 Stellenplan 2010	
Vorlage 50/006/2010	111
Anlage Abstimmung 50/006/2010	112
TOP Ö 3.6 Arbeitsprogramm Sozialamt - Widerspruchsbehörde Rechtsamt	
Beschlussvorlage 50/007/2010	113
Anlage Abstimmung 50/007/2010	116
Grüne Liste 312/2009 50/007/2010	117
Inhaltsverzeichnis	118